

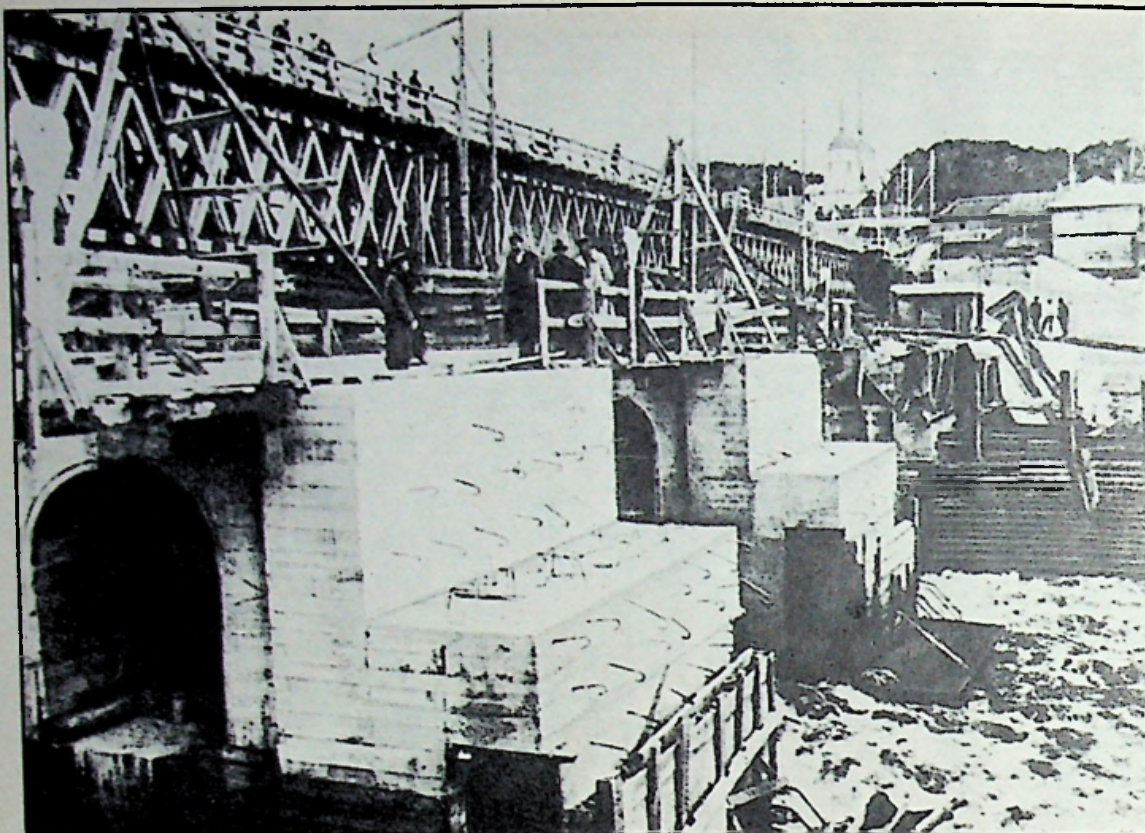
NEUE ZEIT



ENTSCHEIDUNG
DES JAHRHUNDERTS

CHINA 1947 —
US-OKKUPATION?

TASCHENSPIELERTRICK
MIT DER „EURO-BOMBE“



1917-1987

Am 14. März 1918 traf in Moskau ein Telegramm von Prof. J. Lomonossow ein, der im Auftrag der Sowjetregierung angefragt hatte, ob eine weitere Lieferung rollenden Materials aus Amerika möglich sei. Darin hieß es: „Die früher in Betrieben der USA gebauten 750 Lokomotiven und 16 000 Waggons werden aus politischen Gründen nicht nach Rußland abgefertigt.“

Das war also eine Sanktion!

Ungefähr zur selben Zeit begann Lenin die Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft zu planen. Dafür bestanden schon Möglichkeiten. Der Staat ging von der Kontrolle der Arbeiter über die Produktion zu deren Leitung durch sie über. Die Produktivkräfte wurden regeneriert, aber die sozialistische Wirtschaftsleitung mußte noch beim Fortbestehen des Staatskapitalismus und der Privatwirtschaft aufgebaut werden.

Wir wußten, daß im Wirtschaftswettstreit mit dem Kapitalismus der Sieg nur bei einem hohen Grad der Organisation und größerer Produktivität der Arbeit möglich war. Dazu brauchten wir Brennstoff, Elektrizität und Stahl, die im zaristischen Rußland kaum produziert wurden. Diese Wirtschaftszweige mußten erst geschaffen werden. Aber wie? Die ganze Wirtschaft lag darnieder, aus Brennstoff- und Strommangel wurden Betriebe stillgelegt. Züge fuhren keine, die Äcker blieben unbestellt, und das Arbeitslosenheer wuchs an.

Die Arbeiter der Brjansker Lokomotivbauwerke und nach ihnen die Proletarier Petrograds beschlossen Arbeitsbestimmungen. Darin hieß es: „Wir gehen zu schöpferischer Aufbauarbeit über. Wer eine Maschine vorzeitig anhält, wird vor Gericht gestellt und entlassen.“ Bei strikten Sparmaßnahmen und revolutionärer Disziplin des ganzen Volkes begannen die Bolschewiki, die Produktion zu planen. Sie klärten die Kapazität etwa eines Dutzends größter Betriebe und verteilten die Brennstoffe und Rohstoffe unter sie. Der Bau des Wasserkraftwerks am Wolchow, das

der Petrograder Industrie billigen Strom liefern sollte, wurde wiederaufgenommen. In ungeheizten Stadtwohnungen frierend, sannen Ingenieure über die Elektrifizierung der Landesmitte und des Donzbeckens und über den Bau eines Wasserkraftwerks an der Wolga nach. Die besten wissenschaftlichen und technischen

Bau des Wolchow-Kraftwerks, den die Besitzer von Wärmekraftwerken vor der Revolution abgebrochen hatten.

Kräfte Rußlands wurden aufgebieten. Die wirtschaftliche Umstellung weckte bei den Arbeitern Unternehmungsgeist und Neuererfahrungen und bei den Massen revolutionären Elan. Nach den heutigen Maßstäben könnten die Pläne der Partei vom Frühjahr 1918 für das geschwächte Rußland zumindest einem Aufruf zum Start in den Weltraum gleichgesetzt werden. Es kam diesem Aufruf nach.

Die Bauern gingen wie ein Mann gegen die das Getreide verschiebende Dorfbourgeoisie vor. Sie selbst lieferten es zu festen Preisen an den Staat ab.



IN DIESEM HEFT:

2
Wort des Redakteurs
Nach Lenin

3
NZ-Umfrage
Ist eine kernwaffenfreie Welt möglich?
Auf Fragen der Redaktion antworten
Kaunda (Sambia), Jewtuschenko (UdSSR),
Renton (Großbritannien), Blix (IAEA),
Spaggiari (Italien)

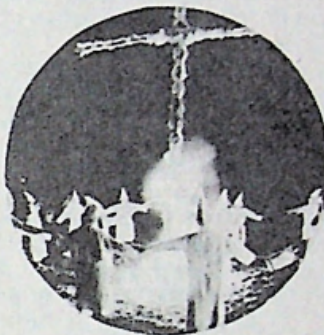
5
Panorama

8
Frankreich
N. Jermakow
Gegenangriff der Rechten

10
Schweden
D. Pogorshelski
Bofors verwischt die Spuren

11
UdSSR--Indien
W. Sacharow, Kulturminister der UdSSR
Festival der Freundschaft

16
Polemik
W. Zwetow
Nein, das ist erforderlich



18
Zeitgeschichte
L. Besymenski
Direktive 476/2

22
A. Lebedew
„Europa-Kernbombe“ (zweiter Beitrag)

25
Unter der wirtschaftlichen Lupe
F. Gorjunow
Devisenspiele

26
Menschenrechte
M. Sturua
Mehrfacher Mord

28
Städte und Jahre
A. Pin
Die Steine Prags

31
G. Oganow
Sonne und Brot in seiner Malerei
(in memoriam Renato Guttuso)

32
Sport
A. Tschaikowski
Igor Belanows „Goldener Ball“

TITELBILD: I. Smirnow

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO

Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLIAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEV,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. ZOPPI



WAS TUN!
Jede
Generation
hat ihren Weg
zu Lenin. Danach,
wie wir uns
Lenin zuwenden,
läßt sich über vieles
urteilen...
Über das ideologische
und geistige
Vermächtnis Lenins
schreibt
der Publizist
Jegor JAKOWLEW

Es ist ganz klar, daß Michail Gorbatschow die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit für die Gewährleistung einer friedlichen Zukunft der Erde erkennt. Die Menschen werden nie vergessen, wie dringend der sowjetische Spitzenpolitiker in Reykjavik zum Verzicht auf SDI appellierte. Ich bin überzeugt, daß seine Vorschläge schließlich helfen werden, "Sternenkriege" zu unterbinden, und daß sie unsere Generation vor der Vernichtung in einem thermonuklearen Krieg bewahren werden.

Isao ASHIBA
Tokio, Japan

Mich regt auf, daß unsere westlichen Massenmedien mit zweierlei Maß an die Berichterstattung aus der UdSSR und Ländern des Westens herangehen. Sie mißbrauchten die Tragödie von Tschernobyl für propagandistische Ziele und blähten ihr Ausmaß und ihre Folgen auf. Als jedoch der Rhein starb (das gleiche Schicksal erwartet unseren Fluß Po), verniedlichte die Presse diese Katastrophe. Schon wenige Tage nach der Tragödie versuchte man die Leser damit zu beschwichtigen, daß alles wieder im Lot sei.

Maria PERELLI
Mailand, Italien

Die US-Propaganda posiert in die Welt hinaus, daß die US-Bürger große Freiheiten genießen. Eine solche "Freiheit" ist die unbegrenzte Möglichkeit eines jeden, eine Feuerwaffe zu besitzen. Unlängst brachte eine unserer Zeitungen die Mitteilung, daß eine Bank in Harrisburg (USA) ihren Kontobesitzern angeboten hat, ihnen statt der Jahreszinsen Feuerwaffen zu liefern. Merkwürdig, daß ein Land, in dem Gewalt herrscht, fast nichts tut, um sie auch nur halbwegs einzudämmen!

Stephanie JACKSON
Gin Gin, Australien

NACH LENIN

Der Dichter hat recht: Lenin ist auch heute lebender als die am Leben sind. Über 60 Jahre nach dem bitteren Januar 1924 wurde das Bedürfnis, Lenin um Rat zu fragen, was zu tun ist, an seinen Vorstellungen, an seinem Vermächtnis unsere Taten und Pläne zu messen, nur noch größer. Warum dem so ist, soll Gegenstand der Überlegungen des Publizisten sein, der in diesem Heft der „Neuen Zeit“ das Wort ergreift. Wir aber wollen ein anderes Thema berühren.

Keiner der auf Erden Lebenden hat so viel für die arbeitenden Menschen getan wie Lenin. Von Lenin erhielten die Werktätigen als Vermächtnis das Sowjetland und die Wissenschaft vom Aufbau des Sozialismus. Ja, nicht immer und nicht allen Leninschen Weisungen haben wir unerschütterliche Treue bewahrt. Und dafür haben wir einen hohen Preis gezahlt. Doch unter jenen Weisungen, an die wir uns stets gehalten haben, ist Lenins Mahnung, unermüdlich für die Befreiung der Menschheit von den Kriegen und den Ursachen, die sie hervorbringen, zu kämpfen.

„Beendigung der Kriege, Friede unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt“ - das ist Lenin zufolge das Ideal des Sozialismus. Unsere Zivilisation diesem Ideal näher zu bringen, war und bleibt die Hauptaufgabe der sowjetischen Außenpolitik. Den Krieg aus dem Leben der Völkergemeinschaft zu verbannen, ist ihr höchstes Ziel. Friedliche Koexistenz, Entspannung und Abrüstung sind ihre höchsten Prioritäten.

Dornig und kompliziert ist der Weg zu einer Welt ohne Waffen, ohne Kriege. Schwer ist die Bürde, die der Sozialismus übernommen hat. Doch der Fortschritt ist unaufhaltbar.

Zum Eckstein der Außenpolitik des jungen Sowjetrußland wurde Lenins Idee der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Vielen schien sie eine Utopie zu sein. Jahrzehnte

waren erforderlich, damit die Idee der friedlichen Koexistenz allgemeine Anerkennung als universelles Prinzip der internationalen Beziehungen fand.

Ein Erfolg? Zweifelsohne. Doch die Zeit schreitet voran. Jetzt leben wir im Nuklear- und Raketenzeitalter. Und das hat seine eigenen Probleme, die ein ungewöhnliches, neues Herangehen verlangen.

Schon lange vor unseren Tagen hielt Lenins scharfer Geist eine besorgniserregende Erscheinung fest. Im Imperialismus, konstatierte Lenin, „durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben“. Heute hat die verstärkte Militarisierung der USA und des gesamten NATO-Blocks zu einem wahnsinnigen nuklearen Rüstungswettlauf geführt, der die Zivilisation immer näher an die kritische Linie treibt.

Es gibt nur eine Möglichkeit, diese kritische Linie nicht zu überschreiten: die Welt von den Nuklearwaffen zu befreien. Ohne sie wird auch ein Nuklearkrieg unmöglich werden.

Die Sowjetunion schlägt, gestützt auf das am 15. Januar 1986 verkündete Programm für eine kernwaffenfreie Welt, ein kühnes, realistisches Herangehen an die Zügelung des Waffentums in allen seinen Richtungen vor. Diese weitreichenden Vorschläge, heißt es in der Botschaft Michail Gorbatschows an die führenden Repräsentanten der Staaten der „Sechs von Delhi“, sind das solide Baumaterial, aus dem bereits im kommenden Jahrzehnt das feste Gebäude einer zuverlässigen Sicherheit für alle errichtet werden könnte.

Die Zeit drängt. Dynamik und Verantwortungsbewußtsein werden von der Politik im Nuklear- und Weltraumzeitalter verlangt. Lenins Weisungen folgend, verstärkt die Sowjetunion das Potential des Friedens. Der Sozialismus kann kein Nein als Antwort auf die Frage nach dem Sein oder Nichtsein der Menschheit akzeptieren. Der gesellschaftliche Fortschritt, die Zivilisation müssen und werden weiterbestehen.



IST EINE KERNWAFFENFREIE WELT MÖGLICH UND WIE STELLEN SIE SICH DIE GRUNDLAGEN DER INTERNATIONALEN STABILITÄT VOR?

Kenneth Kaunda:

LICHT IN UNSERER GEFÄHRLICHEN WELT

Kenneth Kaunda ist Präsident Sambias

Das ist eine sehr wichtige Frage. Sie muß, wenn dem solange nicht so ist, die führenden Repräsentanten aller Länder - in Ost und West, in Nord und Süd - beschäftigen. Wir alle leben auf einem Planeten, und die Bewahrung des Weltfriedens muß eine vorrangige Aufgabe sein. Doch er kann nicht bewahrt werden, solange uns die Nuklearwaffen als Damoklesschwert bedrohen. Ich glaube aufrichtig, daß die Welt ohne Nuklearwaffen bestehen kann. Existierte sie ja, bevor Nuklearwaffen erfunden wurden.

In diesem Zusammenhang möchte ich von der mir gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen, um im Namen des Volkes, der Partei und der Regierung Sambias Michail Gorbatschow für dessen Tätigkeit im Interesse der Bewahrung des Friedens, für dessen Friedensengagement Tribut zu zollen. Er hat dafür so viel getan.

Er hat fürwahr neues Licht in unsere gefährdete Welt getragen. Ich sage das nicht, weil ich jetzt mit einem sowjetischen Journalisten spreche. Ich sage das, was ich denke, sage es von ganzem Herzen.

Mein Aufruf an alle führenden Repräsentanten im westlichen Lager lautet: Gebt Michail Gorbatschow eine Chance, stellt ihn auf die Probe, erprobt das, was die heutige sowjetische Führung sagt, nicht aber das, was früher geschah. Wenn man im Westen die Vorschläge dieses Mannes, seinen aufrichtigen Friedenswillen ignoriert, dann wird eine Chance ungenutzt bleiben, was man später vielleicht immer bedauern wird.

Kurz gesagt, sind die Vorschläge Michail Gorbatschows für die Beseitigung der Nuklearwaffen bis zum Jahre 2000 eine reale Chance. Dieses Ziel ist erreichbar, wenn die Führer aller Nuklearmächte entschlossen handeln werden.

wurde zum Patriotismus und dieser zum Verrat.

Die amerikanischen Fahnenflüchtigen in Vietnam verrieten Amerika nicht. Viele taten es nicht aus Feigheit, sondern weil sie dem Gebot ihres Gewissens folgten. Eine amerikanische Studentin, die in den Lauf einer MPI eine Blume steckte, war eine Patriotin, und der Nationalgardist, der sie ermordete, war ein Antipatriot. Ich könnte noch viele Beispiele anführen.

Patriotismus ohne Gewissen ist Antipatriotismus. Das Gewissen der Menschen ist aber verschieden. Es kann winzig sein und wegen seiner Winzigkeit und Selbstsicherheit unbemerkt von seinem Träger in Gewissenlosigkeit umschlagen. Schlimm, wenn die Evolution des Gewissens hinter der der Technik zurückbleibt. In deren Evolution haben wir manches erreicht. Wohl alle betrachten Leibeigenschaft und Sklaverei als gewissenlos. Doch viele Spielarten der Leibeigenschaft und Sklaverei tragen freiheitliche Schutzfarnung.

Das Gewissen lehnt sich gegen den Krieg auf. Ein schmutziger Krieg tötet es ab. Aus der Geschichte wissen wir, wie oft jede kriegführende Partei raffiniert "bewies", daß sie von der anderen in den Krieg hineingehetzt worden, daß ihr eigenes Gewissen rein und gewissenlos ihr Gegner sei.

Im nuklearen Zeitalter können dem Gewissen keine nationalen Grenzen gezogen werden. Das Gewissen ist nur dann national, wenn es international ist. Nur die Evolution des internationalen Gewissens kann allen Nationen den Frieden verbürgen — allen zusammen und jedem einzelnen.

Jewgeni Jewtuschenko:

ALLES NOTWENDIGE IST MÖGLICH

Jewgeni JEWTUSCHENKO, Dichter

Eine Welt ohne Kernwaffen ist notwendig und darum möglich, denn möglich ist alles, was notwendig ist.

Der internationalen Stabilität liegt die Stabilität des Gewissens zugrunde. Nichts ist aber stabiler als dieser Begriff, der andauernd abgewertet wird.

Verrat am Heimalland ist gewissenlos. Es gibt aber Leute, die das Heimatland mit der Regierung identifizieren. Für die meisten Bewohner Hitlerdeutschlands war Hitlers Befehl ein Befehl des Vaterlandes. Die Geschichte hat aber gezeigt, daß Hitler ein Verräter an Deutschland war, weil er nicht von dessen wahren, sondern von eingebildeten Interessen ausging.

Verrat an einem Befehl Hitlers zu üben, bedeutete Treue zum Vaterland und Wahrung des Gewissens. Der Verrat

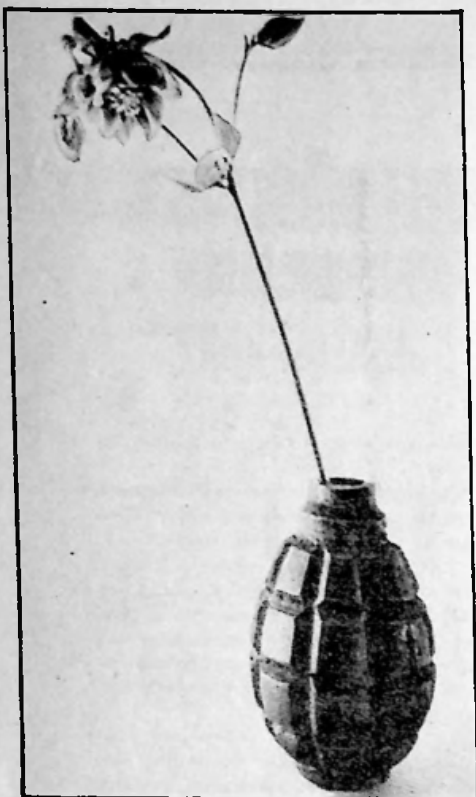
Timothy Renton:

WIR HABEN ANDERE PRIORITÄTEN

Timothy Renton ist Staatsminister Großbritanniens für Auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen.

Das Beste, was man heute tun kann - das Nützlichste und Realste - ist es, sich auf

drei spezifische Prioritäten zu konzentrieren, die Frau Thatcher und Präsident



Plakat von W. Weber [Brasilien] zum internationalen Wettbewerb "Für Frieden und sozialen Fortschritt".

Reagan in Camp David im November v. J. vereinbarten. Das sind jene Prioritäten, die heute von all unseren Verbündeten im Nordatlantikkpakt gebilligt werden. Konkret umfassen sie einen 50prozentigen Abbau der strategischen Offensivwaffen, ein Abkommen über Mittelstreckenraketen größerer Reichweite, die wir vollständig vernichten möchten, und ein Verbot der chemischen Waffen.

Da ich mich hier in Moskau befinde, wäre es wohl angebracht, von unserem Fünfjahrplan zu sprechen. Ich meine, daß wir ein Verbot der chemischen Waffen sogar früher erreichen können. In gleichem Maße gilt das auch für ein Abkommen, das die Mittelstreckenraketen größerer Reichweite verbietet. Für die Ausarbeitung der Einzelheiten des 50prozentigen Abbaus der strategischen Offensivwaffen ist offenbar mehr Zeit erforderlich - daher auch die Fünfjahresfrist des Plans. Doch wenn es uns gelingen würde, eine Einigung über diese drei praktischen Punkte zu erzielen, würde das diese bereits zum umfassendsten Programm für den Abbau der Nuklearwaffen machen. Ich meine, man sollte die Anstrengungen besser auf diese praktisch erreichbaren Ziele lenken als weit vorausschauen, in eine utopischere Situation der vollständigen Vernichtung der Nuklearwaffen, die meiner Meinung nach in nächster Zukunft nicht entstehen wird.

Hans Blix:

EINE SOLCHE WELT IST REAL

Dr. Hans Blix ist Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde.

Optimistisch schätze ich die Möglichkeiten der Abrüstung ein und versuche nach Kräften dazu beizutragen, wenn ich auch bislang nicht auf spürbare Ergebnisse verweisen kann. Nichtsdestoweniger scheint mir, daß die Schaffung einer Welt ohne Nuklearwaffen real ist. Verhandlungen über nukleare Abrüstung werden in Genf geführt, doch auch wir leisten im Rahmen unserer Behörde eine Arbeit, die dafür von nicht geringer Bedeutung ist. Gemeint sind die Maßnahmen der IAEA für Sicherheit und Garantien. Ich will das erläutern: Wir verwirklichen ein Kontrollsystem, in das sowohl Teilnehmer des Atomsperrvertrages als auch andere interessierte Staaten einbezogen sind, die unsere Behörde über den Lagerungsort von Spaltmaterial, d. h. von Plutonium und Uran, informieren. Außerdem entsenden wir Inspektoren in diese Länder, um die angegebenen Lagerungsorte von Spaltmaterial zu kontrollieren. So überwachen wir, daß es nicht für militärische Zwecke in den Teilnehmerländern des Atomsperrvertrages, des Tlatelolco-Vertrages sowie in den Staaten, die ihre Nuklearanlagen unter die Kontrolle der IAEA gestellt haben, verwandt wird.

Bei allen Abrüstungsverhandlungen sind die Fragen der Kontrolle unabdingbarer Bestandteil der Tagesordnung. Deshalb meine ich, daß unsere diesbezüglichen Erfahrungen von großer Bedeutung für die Verhandlungen über nukleare Abrüstung sind.

Und noch etwas. Heute laden vier von fünf Nuklearmächten freiwillig unsere Inspektoren für die Kontrolle einiger zivil genutzter Anlagen ein. Zu diesen Ländern gehört auch die Sowjetunion, die sich vor einigen Jahren einem solchen System angeschlossen hat. Uns wird eine ganze Reihe von Anlagen in der Sowjetunion - nach unserer Wahl - zur Inspektion angeboten. Gegenwärtig verhandeln wir mit China über die Inspektion einiger chinesischer zivil genutzter Nuklearanlagen. Ich möchte hoffen, daß es uns noch in diesem Jahr gelingen wird, eine Vereinbarung mit der VR China zu erreichen.

In Zukunft, meine ich, werden bei der Erörterung von Fragen der nuklearen Abrüstung unsere Erfahrungen bei der Inspektion zivil genutzter Nuklearanlagen in Staaten, die über Kernwaffen verfügen, berücksichtigt werden.

Ivo Spaggiari:

ICH GLAUBE DARAN

Ivo Spaggiari ist unter dem Pseudonym Pantaleone als italienischer Maler, Preisträger vieler internationaler Wettbewerbe bekannt. Er ist Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens.

Ja, die Welt ist ohne Kernwaffen möglich, daran glaube ich, und ohne diesen Glauben wäre es einfach unmöglich, zu leben, zu atmen und zu fühlen. Ja, internationale Stabilität ist bei einem Verzicht auf Kernwaffen möglich.

Als langjährigem Mitglied der KP Italiens und ehemaligem antifaschistischem Partisanen ist mir der rastlose Kampf der UdSSR und ihrer jetzigen dynamischen Führung um festeren Frieden und Völkerverständnis ungemein wichtig, und ich solidarisiere mich damit. Ja, die Kernwaffen auf der Erde könnten vernichtet werden, wenn auch der Westen begreift, wie zeitgemäß und lebenswichtig das umfassende Friedensprogramm ist, das im Komplex der in Reykjavik vorgebrachten sowjetischen Friedensvorschläge so ausführlich und konkret formuliert ist.

Ich gewinne den Eindruck, daß heute viel mehr Italiener als gestern oder

vorgestern erkennen, wer in dem ungemein schwierigen Gespräch zwischen den Großmächten welchen Standpunkt einnimmt. Auf der einen Seite ein stetes Suchen nach neuen, der Nuklearepoche entsprechenden Lösungen und die beeindruckend aufrichtige Bereitschaft, beliebige Gegenvorschläge zu erwägen und zu erörtern, auf der anderen Seite die Verletzung von SALT II, die Weigerung, sich dem sowjetischen Teststoppmoratorium anzuschließen und das Aufstocken qualitativ neuer strategischer Rüstungen.

Mir stehen die Science-fiction-Künstler nahe. Sie könnten Bilder von "Sternenkriegen" malen. Effektivoll würden diese aber nur auf den Bildern aussehen. In Wirklichkeit wären sie das Ende von allem: der gesamten menschlichen Zivilisation und der letzten Blume auf diesem Planeten.

A. ARCHIPOW, I. BABENKO, W. OWSJANNIKOW, N. RESCHETNJAK

An der Umfrage haben mitgewirkt:

ASIATISCH-PAZIFISCHE REGION

Wer wird dem Beispiel folgen?

● IN MOSKAU WURDE DER MIT DER REGIERUNG DER MVR ABGESTIMMTE BESCHLUSS GEFASST, EINEN TEIL DER SOWJETISCHEN TRUPPEN, DIE SICH ZEITWEILIG AUF MONGOLISCHEM TERRITORIUM BEFINDEN, ZURÜCKZUNEHMEN. SO WIRD EINE WEITERE THESE AUS MICHAIL GORBATSCHOWS REDE VON WLADIWOSTOK VERWIRKLICHT.

Die Mitteilung des UdSSR-Verteidigungsministeriums fand ein starkes Echo in der Region. Davon berichteten u. a. alle japanischen Zeitungen. „Die Entscheidung der Sowjetunion“, unterstrich der „Tokyo Shimbun“, „ist von großer politischer Bedeutung.“ Die Sowjetunion, die eine realistische Konzeption für Frieden und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum vorschlug, beschränkt sich nicht auf Erklärungen und Deklarationen, sondern tut das, was von ihr abhängt.

Der Abzug eines Teils der Truppen aus der Mongolei zeugt von der festen Überzeugung Moskaus, daß eine regionale Entspannung möglich ist. Maßnahmen wie die Begrenzung der Rüstungen in der Region, die Beseitigung von Anlässen für mögliche Verdächtigungen im Bereich der militärischen Aktivitäten werden zweifelsohne zur Herstellung von Vertrauen und zur Verständigung zwischen den Staaten beitragen.

„Wir verfolgen aufmerksam die Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum“, sagte mir in Ulan-Bator General Tschordon Purewdorsh, Leiter des Instituts für militärwissenschaftliche Forschungen des MVR-Verteidigungsministeriums. „Hier stoßen zwei entgegengesetzte Tendenzen aufeinander: das Streben einer großen Zahl von Staaten nach einer Stabilisierung der Lage sowie die

Versuche einiger anderer Länder, die ganze Region, wenn schon nicht vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen, so doch zumindest eine Konsolidierung der Friedenskräfte zu verhindern und die bestehenden Spannungsherde zu bewahren. Unserer Aufmerksamkeit ist auch nicht der Prozeß der Verstärkung der amerikanischen Militärpräsenz in der Region entgangen. Wir sind auch darüber besorgt, daß Tokio den Aktionsbereich seiner 'Selbstverteidigungskräfte' ausweitet und von jeder Beschränkung des Rüstungshaushalts Abstand

nimmt. Doch nichtsdestoweniger unterstützen wir den Beschluß der sowjetischen Führung. Der Abzug eines Teils der sowjetischen Truppen - obwohl es uns rein menschlich weh tun wird, von den Waffenbrüdern Abschied zu nehmen - muß als Beispiel dienen und anderen Ländern bei der Suche nach Wegen zur Sicherheit und zu einem dauerhaften Frieden in der Region helfen.“

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder Asiens sind nicht allein in ihrem Streben, hier Stabilität zu erreichen. Großen Einfluß auf die Lage in der Region hat die

Antinuklearpolitik der Staaten des Südpazifiks, vor allem Neuseelands. Offenbar deshalb setzen die USA all ihren Einfluß ein, um deren gemeinsames Handeln zu verhindern und sie zu entzweien. Im neuen Jahr hat Japan, dessen Außenminister T. Kuranari eine Reise durch Länder des Pazifikraums unternahm, um einen „Keil“ (wie der „Tokyo Shimbun“ schrieb) zwischen die Sowjetunion und diese Staaten zu treiben, diese Mission übernommen. Das Programm für die Reise T. Kuranaris war bei den kurz zuvor erfolgten japanisch-amerikanischen militärischen



Wir machen uns hier in Nevada unsere Gesundheit kaputt, weil wir die Welt retten wollen, und die Russen bleiben bei ihrem ekkligen Moratorium!

Zeichnung: W. Arsenjew

Konsultationen festgelegt worden. Die Sprecher des Pentagon und des Nationalen Verteidigungsamtes beschlossen in Honolulu, sich um eine „umfassende Zusammenarbeit“ im militärisch-strategischen Bereich zu bemühen. Nicht nur für abgestimmte Operationen im Kriegsfall, sondern auch, um die Kontrolle über den gesamten Pazifikraum schon heute sicherzustellen.

Eben deshalb sprach T. Kuranari bei seiner Reise immer wieder von dem „immer gefährlicheren Einfluß der Sowjetunion in der Region“. In Canberra schlug er den australischen Ministern vor, eine bilaterale Zusammenarbeit im Kampf gegen die „sowjetische Infiltration“ in die Wege zu leiten. Seine Vorschläge fanden aber keine Aufnahme. In Wellington ging Kuranari mit keinem Wort auf die Antinuklearpolitik Neuseelands ein. Er vermied dieses Thema, da man in Tokio zutiefst darüber besorgt sei, wie die Zeitung „Sankei“ schrieb, daß der Kurs Neuseelands den Antikriegsstimmungen in der Region Auftrieb gebe und der amerikanischen Politik abträglich sei.

So sieht der außenpolitische Kurs Japans aus, eines Landes, dessen Vergangenheit – Hiroshima und Nagasaki – eigentlich von ihm die Teilnahme am Kampf für eine kernwaffenfreie Welt, für einen Abbau der Spannungen in der Region erwarten läßt.

Die Sowjetunion demonstriert, daß das von ihr vorgeschlagene Programm für asiatische Sicherheit verwirklicht werden kann. Die UdSSR, die Mongolei und die anderen sozialistischen Staaten Asiens beweisen dies mit Taten. Wer wird ihrem Beispiel folgen?

L. MLETSCHIN

AFGHANISTAN

Der Waffenstillstand

● WER FÜR UND WER GEGEN DIE POLITIK DER AUSSÖHNUNG IST.

„Solh“ bedeutet in Paschtu und Dari „Frieden“. Dieses Wort ist heute in aller Munde,

bei allen afghanischen Patrioten, die davon träumen, daß im Lande endlich der Frieden Einzug hält. Die Revolutionsregierung hat den Kurs auf Aussöhnung proklamiert. Er wurde von den Delegierten der II. Konferenz der Nationalen Vaterländischen Front (NVF), der größten Massenorganisation der DRA, unterstützt.

Die NVF hat eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung der Politik der nationalen Aussöhnung zu spielen. Dazu wird die Einbeziehung der patriotisch gesinnten Mullahs und der Ulemas, der Richter, Ärzte, Lehrer, Stammesältesten und anderer Mitbürger, die die Achtung des Volkes genießen, in die leitenden Organe der Front beitragen. Auch den islamischen Parteien, die zur Aussöhnung mit der Volksmacht bereit sind, wurde angeboten, sich der Front anzuschließen. Hierbei können sie ihre Organisationsstruktur behalten und sich mit politischer Tätigkeit befassen.

So steht die NVF, die auf der Konferenz in Nationale Front (NF) umbenannt wurde, allen offen: sowohl jenen, die vom Feind betrogen wurden oder mit den Zielen der Revolution nicht einverstanden sind, doch sich als Patrioten Afghanistans betrachten, als auch jenen Organisationen und Gruppen, die die Plattform der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) nicht anerkennen.

Die II. Konferenz der NF fand am ersten Tag des am 15. Januar verkündeten halbjährigen Waffenstillstands statt. Als gesamt nationales Fest begingen diesen Tag Zehntausende von Einwohnern Afghanistans, in Hunderten Dörfern. Auf den Aufruf der DVPA, des Revolutionsrates und der Regierung der DRA zu einem Waffenstillstand reagierten schon in den ersten Tagen einige bewaffnete Gruppierungen, abgesehen von jenen, mit denen bereits früher verhandelt wurde. So gingen in der Provinz Herat 3500 Mitglieder bewaffneter Gruppierungen und in der Provinz Fariab 500 auf die Seite der revolutionären Staatsmacht über. Doch es geschah auch, daß die gegnerische Seite das Feuer eröffnete...

Auf einer Konferenz in Peschawar lehnten die Führer der Oppositionsparteien, deren Hauptquartiere sich in Pakistan befinden, die Friedensvorschläge ab. Offen bekundete Washington seine Ablehnung des Kurses auf nationale Aussöhnung. Der Sprecher des Weißen Hauses bezeichnete den in Kraft getretenen Waffenstillstand als „be-langlos“. Die USA stellen das so hin, als hänge eine politische Regelung in Afghanistan nur vom Abzug der sowjetischen Truppen ab. Zur gleichen Zeit tauchten in der amerikanischen Presse Meldungen über eine Verstärkung der „Hilfe“, die die USA den Duschmanen 1987 zukommen lassen, auf.

Die Volksmacht der DRA ist sich natürlich bewußt, daß die Aussöhnung keine einmalige Aktion ist. Dieser Prozeß verlangt Zeit und Geduld, Kompromisse und Zugeständnisse. Der Generalsekretär des ZK der DVPA, Najib, erklärte auf einer Pressekonferenz in Kabul: „Die Politik der nationalen Aussöhnung wird unter beliebigen Bedingungen fortgeführt – selbst, wenn die Gegner die einseitige Feuereinstellung nicht unterstützen werden. Wenn als Antwort auf unsere Feuereinstellung Kampfhandlungen der gegnerischen Seite folgen werden, dann werden wir darauf mit der ganzen Macht der Streitkräfte antworten müssen. Die Alternative zur Ablehnung der Aussöhnung ist Krieg. Doch dies wird nicht unsere Wahl sein.“

L. MIRONOW

TSCHAD

Keine „Rote Linie“ mehr

● IM TSCHAD SEI EINE „VÖLLIG NEUE LAGE“ EINGETRETEN, MELDETE JEAN

SAULNIER, STABSCHIEF DER FRANZÖSISCHEN STREITKRÄFTE AUS N'DJAMENA. ALS BESTÄTIGUNG VERWIES ER DARAUF, DASS DIE STRATEGISCHE „ROTE LINIE“ AB JETZT NICHT MEHR EXISTIERT.

Das französische Heereskommando hatte die „Rote Linie“ 1983 errichtet. Sie verlief auf dem 16. Breitengrad und teilte den Tschad in zwei Hälften. Im Südtteil befinden sich bis heute noch französische Truppen. Damals wurde verlautbart, daß diese die „Rote Linie“ nicht überschreiten würden. Jetzt dagegen gab der Stabschef der französischen Streitkräfte deutlich zu erkennen, daß auch eine „Rote Linie“ ihn nicht daran hindern werde, im nördlichen Tschad zu operieren. Seinen Worten sollten Taten folgen. Taten wie diese:

Höchstwahrscheinlich setzt die „neue Lage“ für Saulnier am 16. Dezember 1986 ein, denn an diesem Tag warfen französische Transportflugzeuge über dem Hochland von Tibesti im Nordtschad Waffen für Kämpfer der N'Djamena-Regierung ab. Danach ermöglichte das französische Heereskommando etwa 1000 N'Djamena-Soldaten, ihre Korridore zu passieren. Sie fuhren mit LKWs nach Tibesti und nahmen an Kampfhandlungen teil. Somit brach Frankreich ein zweites Versprechen, nämlich keine militärischen Zusammenstöße zwischen den kämpfenden Parteien im Tschad zuzulassen, um ihnen zu ermöglichen, nach friedlichen Lösungen des Konflikts zu suchen, der das Land zerreißt.

Die Soldaten N'Djamenas waren nicht allein im Gebiet Tibesti. Wie der Pariser „Monde“ meldet, waren sie in Begleitung französischer „Beobachter“, die die militärische Aufklärung übernommen hatten. Sie halten sich zweifellos noch in Tibesti auf. Die Zeitung verschwieg die Anzahl der „Beobachter“. Außerdem schwieg sie zu der Frage, ob nicht diese „Beobachter“ die Kampfoperationen der N'Djamena-Truppen leiten.

Auch der „Figaro“ wußte Interessantes zu vermelden. Wie sich herausstellte, wurde am 16. Dezember im Gebiet Tibesti

„NEUE ZEIT“ 4.87



Diese "Mirage" ist eines von den Dutzenden französischen Kampfflugzeugen im Tschad.

Foto: "Jeune Afrique" (Paris)

nicht nur Militärladung abgeworfen. Ebenfalls per Luftweg war eine französische Fallschirmjägergruppe dorthin unterwegs. Die Zeitung schreibt, es handele sich dabei um Instrukteure, die in kürzester Frist N'Djamena-Kämpfer im Umgang mit französischen Waffen schulen und enges Zusammenwirken mit ihren Truppen üben sollen. Weiter berichtet der "Figaro" über französische Trainingslager für N'Djamena-Kämpfer nördlich der "Roten Linie". Mitte Januar flogen 14 französische Jaguar- und Miragebomber einen Angriff auf den Flughafen Ouadi Doum im Nordtschad und setzten das Funkmeßsystem dieses Flugplatzes außer Gefecht.

Damit leitet Frankreich scheinbar sein militärisches Engagement im Nordtschad erst ein. In N'Djamena erklärte Jean Saulnier vor Journalisten großspurig: „Wir sagen nicht, daß wir im Norden, wenn es nötig sein sollte, nicht noch einmal Maßnahmen ergreifen“, und fügte hinzu: „Man darf die Größenordnung seiner Operationen nicht von vornherein beschränken.“

In diesem Zusammenhang bemerkt der "Figaro", daß die Beobachter in N'Djamena gespannt sind auf die Ankunft einiger hoher Luftlandeeinheiten. Dort fragt man sich, ob nicht der Auftrag des französischen Truppenkontingents verändert wurde. Es kann von jetzt an nicht nur Verteidigungs-, sondern auch Angriffsoperationen

durchführen. Besonders seitdem die "Rote Linie" offiziell als nicht mehr existent erklärt wurde, also Fiktion ist.

L. SKURATOW

BRD

Händler und Vermittler

IN BONN NAHM DER AUF INITIATIVE DER OPPOSITIONSPARTEIEN GEGRÜNDETE PARLAMENTARISCHE AUSSCHUSS DES BUNDESTAGES ZUR UNTERSUCHUNG ILLEGALER LIEFERUNGEN VON BLAUPAUSEN MODERNSTER U-BOOTE AN DIE RSA SEINE ARBEIT AUF.

Hohe Regierungsbeamte, Minister und selbst Kanzler Kohl sind in die Affäre verwickelt (siehe NZ 51/86). Ende Dezember bereits sollten die ersten Zeugen ihre Aussagen vor der Kommission machen. CDU/CSU- und FDP-Parlamentarier bestanden jedoch auf ihren Weihnachtsferien und setzten durch, daß die Kommissionssitzung auf Mitte Januar verschoben wurde. Hierbei geht es natürlich nicht um Ferien. Die Regierungsparteien befürchten, daß eine Veröffentlichung neuer Details dieses beschämenden Geschäfts mit den Rassisten sich auf die Ergebnisse der Bun-

destagswahlen am 25. Januar auswirken könnte.

Schon auf den ersten Sitzungen kamen für die jetzige Regierungskoalition ungünstige Fakten ans Tageslicht. Es wurde klar, daß die Kieler Schiffbaufirma „Howaldtswerke - Deutsche Werft“ (HDW) und das eng mit ihr verflochtene Ingenieurkontor Lübeck (IKL) Blaupausen von U-Booten unter den Augen der Regierung an die RSA verkauft hatten.

Der Zeuge Waldemar Schreckenberger, von 1982 bis 1984 Leiter des Bundeskanzleramtes, gab zu, daß ihm Kohl aufgetragen habe, die Anfrage der RSA "wohlwollend" zu prüfen. Die Chefs des Lübecker Kontors wußten von der Interessiertheit des Kanzlers und des CSU-Vorsitzenden Strauß an einem Zustandekommen des Geschäfts (davon hatte ihnen Schreckenberger selbst erzählt) und beeilten sich, den Vertrag über die Lieferung der Konstruktionspläne mit den Rassisten abzuschließen. Am 19. Juni 1985 hatten die IKL-Vertreter den letzten Teil der Skizzen in der RSA-Bootschaft in Bonn übergeben, einen Tag nach dem Treffen mit Wirtschaftsminister Bangemann, der den hanseatischen Geschäftsleuten von der endgültigen Entscheidung der Regierung berichtet haben will, keine Erlaubnis für dieses Geschäft zu geben.

Die Waffenhändler verstanden den Minister offensichtlich so, daß eine fehlende Erlaubnis kein Verbot bedeutet. Schon Anfang der 70er Jahre hatten sie ebenfalls ohne Erlaubnis, aber mit dem schweigenden Einverständnis der Regierung Konstruktionspläne für U-Boote an Israel verkauft.

Inzwischen wurde ruchbar, daß nicht nur Skizzen, sondern auch elektronische Militärausrüstungen an Pretoria gingen. Der "Spiegel" meldete, daß bereits 1981 das noch von Otto Graf Lambsdorff (FDP) geleitete Wirtschaftsministerium der Firma LITEF in Freiburg die Erlaubnis gegeben hatte, der RSA Navigationssysteme, die sich auch für Kriegsschiffe und U-Boote eigneten, zu verkaufen. 1985 und 1986 lieferte LITEF den Rassisten weitere elektronische Anlagen. Konnte man sich im Wirtschaftsministe-

rium tatsächlich nicht vorstellen, wo sie eingebaut werden sollten?

Die CDU/CSU-Mitglieder in der Parlamentskommission haben kein Bedürfnis, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Einen Tag nach Schreckenbergers Aussagen erklärte ihr Obmann Friedrich Bohl, daß die Kommission seiner Meinung nach ihre Pflicht getan habe, und schlug vor, sie aufzulösen. Wenn nämlich von Seiten der Regierung keine offizielle Erlaubnis für den Verkauf der Blaupausen vorgelegt habe, gebe es auch nichts mehr zu untersuchen. Was die Vorgehensweise der HDW- und IKL-Vorstände angehe, so stimme Bohl mit der Kieler Oberfinanzdirektion überein, die den nicht genehmigten Verkauf von Konstruktionsplänen an die Rassisten als minderschweren Fall eingestuft hatte. Die Finanzdirektion hatte vorgeschlagen, jede Firma mit 50 000 DM Geldstrafe zu belegen. Eine lächerlich geringe Summe, wenn man sie mit dem Erlös vergleicht. Norbert Gansel, Obmann der Sozialdemokraten in der Kommission, bewertete diesen Vorschlag als "Freibrief für illegale Rüstungsgeschäfte". Bohls Erklärung veranlaßte Uschi Eid, die Obfrau der Grünen zu der Frage, ob nicht tatsächlich Bestechungsgelder von den Firmen HDW und IKL an Unionspolitiker geflossen sind.

Die Frage ist nicht unbegründet. Bekanntlich wurden die Zeichnungen für 46 Mio DM verkauft. Auf den Rechnungen der Händler figurierten nur 42,6 Mio. Wo die übrigen 3,4 Mio hingekommen sind, weiß niemand. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden sie jenen als Kommission gezahlt, die das Geschäft durchführen halfen. In der Presse wird der Name des ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten und Strauß-Intimus Siegfried Zoglmann genannt, der sich jetzt als Lobbyist der Bundeswehr betätigt. Es fällt jedoch schwer, sich vorzustellen, daß es Zoglmann gelungen sein sollte, eine solche hohe Summe in die eigene Tasche zu stecken, ohne mit anderen "Vermittlern" zu teilen.

A. TOLPEGIN
Bonn NZ-Korrespondent

Gegenangriff der Rechten

Nikita JERMAKOW

In meinem Haus geht das Licht aus. Schnell erkaltet der elektrische Herd, das Abendbrot muß aufgeschoben werden. Die Schreibmaschine stelle ich weg. Wegen des neuerlichen Streiks wird eine halbstündige Unterbrechung der Stromzufuhr angesagt. Wird aber das, was ich heute schreibe, noch aktuell sein, wenn der Leser das NZ-Heft auf dieser Seite aufschlägt?

Jetzt möchte in Frankreich kein Politiker, kein Kommentator und keine Zeitung genau voraussagen, was in den nächsten Tagen geschehen wird.

Wird die regierende Majorität imstande sein, das Anschwellen des Streikkampfes zu verhindern und die "Heldentat" der Regierung Reagan zu wiederholen, die seinerzeit ostentativ gegen streikende Fluglotsen vorging? Oder den "Sieg" der Regierung Thatcher über streikende britische Bergarbeiter? Oder werden die Insassen des Palais Maitignon das Hasenpanier ergreifen müssen und nach einem von vielen abstrusen Szenarios ein politisches Puppenspiel mit Rücktritten und Wahlen veranstalten? Solches liest man dieser Tage zwischen den Zeilen der französischen Presse.

Womit die jetzige Krise auch immer enden mag, sie hat gezeigt, wie akut die Probleme der Gesellschaft Frankreichs sind. Wodurch ist es in diese Lage gekommen? Was für objektive und subjektive Faktoren waren der Anstoß zu der dramatischen Entwicklung?

Der Druck des Großkapitals

Als die Rechten nach fünfjähriger Unterbrechung im Frühjahr 1986 wieder zur Macht kamen, fanden sie die Wirtschaft vom Standpunkt der herrschenden Klasse durchaus befriedigend vor und steuerten den vorherigen Kurs im Grunde genommen nur weiter.

Die Arbeitslosigkeit wurde nach wie vor mit allerlei Mitteln abgebremst, z. B. damit, daß der Jugend keine feste, nur schlechtbezahlte und oft ungelernte Arbeit gegeben wurde. Wie in den anderen westlichen Ländern war die Bekämpfung der Inflation auch hier die größte finanzielle Sorge, und den Schwerpunkt der Etatpolitik bildete die Kürzung der staatlichen Aufwendungen größtenteils für soziale Zwecke.

Die Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrieerzeugnisse wurde namentlich durch Lohn einsparungen und Abbau bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsproduktivität mittels Modernisierung der Industrie stimuliert.

Schon die frühere Majorität ging daran, die Kontrolle über die Preisbildung abzuschwächen. Die Industriellen bekamen Steuervergünstigungen, und bei der Arbeitsorganisation entschied man sich für die sogenannte flexible Arbeitszeit, was den Unternehmern den Arbeitern gegenüber freie Hand gab.

Die Vorlage über die Arbeitszeitregelung war die letzte Verfügung der Sozialisten, die im Eiltempo durchgepeitscht wurde. Dafür wurde eine Sondertagung der Nationalversammlung unmittelbar vor den Wahlen anberaumt und der Regierung die Vertrauensfrage gestellt. Dieses Vorgehen wurde von den französischen Geschäftskreisen anfangs begrüßt, worauf die Börse sofort lebhaft reagierte.

Es gelang der PS, zwischen den Interessen der verschiedenen Schichten zu balancieren, ohne bei der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß sie einer von ihnen den Vorzug gab. Im Sinne der besten Traditionen der Sozialdemokratie wurde ziemlich lange für Burgfrieden gesorgt. Die Rechten störten, als sie wieder ans Ruder kamen, das prekäre Gleichgewicht (was ihnen jetzt von der sozialistischen Opposition vorgeworfen wird), indem sie eine Reihe der vom Großkapital geforderten Reformen forcierten.

Zu dieser Entscheidung wurden die Rechten durch mehrere Faktoren veranlaßt: durch den Durst nach Revanche für die Wahlniederlage von 1981; durch die Neigung zu den bei den Rechtskreisen modischen Dogmen der Reaganomics;

durch die engere Klassenverbundenheit der regierenden Majorität mit der Großbourgeoisie; durch den Wunsch, bei ihren Wählern den Eindruck zu erwecken, als hätten sie den früheren Kurs der Sozialisten aufgegeben; durch den für die Regierung ungünstigen, sie zur Eile antreibenden Terminkalender — im Frühjahr 1988 sollen ja wieder Präsidentschaftswahlen stattfinden.

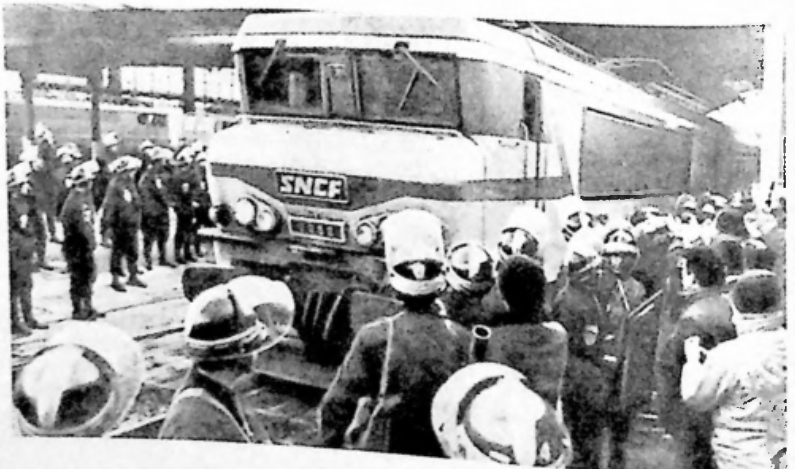
Das alles diktierte der Regierung Chirac ihre Politik. Allerdings konnte selbst die raffinierteste Propaganda nicht tarnen, daß die einen Schichten zusätzliche Zugeständnisse erhalten hatten und daß die anderen noch mehr für die Unkosten der Krise aufkommen mußten.

Wer verlor und wer gewann

Schon eine kurze Aufzählung der Zugeständnisse an die Bourgeoisie aus den letzten Monaten ist sehr aufschlußreich. Die Steuern auf große Vermögen sind restlos aufgehoben worden, man hat die Einkommen- und die Gewinnsteuer der Unternehmer gesenkt, eine Amnestie für Personen erlassen, die widerrechtlich Kapital ins Ausland verschoben. Auch hat man wieder festgesetzt, daß Goldgeschäfte anonym bleiben dürfen. Die Preiskontrolle ist fast restlos aufgehoben. Die Steuern für Personen, die zum Verpachten Immobilien erwerben, sind gesenkt, die administrative Kontrolle über Entlassungen, die eine wenn auch unwesentliche Garantie gegen die

Die Männer mit Stahlhelmen sind kein Ehrengelb eines hohen Gastes. So wurden in Frankreich die streikenden Eisenbahner empfangen.

Foto aus: "L'Humanite" (Frankreich)



unumschränkte Willkür der Arbeitgeber bot, ist abgeschafft.

Es ist ein wahres Geschenk für die Unternehmer, daß die Regierung es ihnen völlig überlassen hat, zu bestimmen, wieviel und für welchen Lohn sie die Werkstätten arbeiten lassen sollen. Wenn sie Personen einstellen, die noch nicht 25 Jahre alt sind, brauchen sie die Pflichtabgaben an allerlei Sozialkassen nicht zu leisten.

Eine bestimmte Wählerkategorie, die gewohnheitsmäßig die Rechten wählt, ist auch nicht zu kurz gekommen, für sie sind 2 Md. Franc staatliche Bauernhilfe (die vornehmlich den großen Landwirten zufließen wird) bereitgestellt worden. Die Honorare der privat praktizierenden Ärzte hat man erhöht.

Zugleich wurden unter dem Vorwand der "Krisenbekämpfung" und aus "nationaler Solidarität" Maßnahmen ergriffen, die die Werkstätten empfindlich getroffen haben. Im Etat für 1987 sind die Sozialaufwendungen stark gekürzt. Der garantierte Mindestlohn und die im staatlichen Wirtschaftssektor verdienten Löhne und Gehälter sind auf Eis gelegt. Der private Wirtschaftssektor darf Löhne und Gehälter höchstens um 2 Prozent erhöhen (was das Steigen der Preise nicht aufwiegt). Die Rentenerhöhung ist abgesagt, dagegen sind die Abgaben der Werkstätten für die Rentenkasse erhöht worden.

Den Fällen vollständiger oder teilweiser Entschädigung für Verluste bei schweren Erkrankungen sind Grenzen gezogen. Selbst eine alle betreffende Maßnahme wie die Senkung der Einkommensteuer hat nur den bevorzugten Schichten Nutzen gebracht, denn dabei haben die Werkstätten um genau soviel mehr in die verschiedenen Sozialkassen einzuzahlen, wie ihr Steuererlaß ausmacht.

Die aufgezählten Maßnahmen bedürfen keines Kommentars, ihre Klassenausrichtung liegt auf der Hand.

Hat es die Regierung fertiggebracht, dadurch, daß sie die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher gemacht hat, das Land aus der Krise hinauszuführen und die Wirtschaft zu sanieren und zu beleben? Das knappe Jahr, das sie an der Macht ist, war eine zu kurze Zeit, als daß man die Dinge objektiv beurteilen könnte. Einige Schlußfolgerungen drängen sich aber dennoch auf.

Man muß bedenken, daß das Kabinett Chirac unter für Frankreich äußerst günstigen Wirtschaftsverhältnissen ihren Einzug im Palais Mafignon hielt. Dank dem jähen Sinken der Rohstoffe, vor allem der Erdölpreise konnte es die Ausgaben für den Import von Energieträgern auf die Hälfte senken und dadurch 80 Md. Franc einsparen. Frankreich hatte auch durch das Sinken des Dollarkurses einen Gewinn. Im vergangenen Jahr verblieb aber die Zahl der Arbeitslosen bei 2,5 Millionen. Die Zuwachsrate der Wirtschaft stieg zwar, wenn auch unwesentlich. Das Anwachsen der Inflation konnte bei 2,3 Prozent abgebremsert werden. Der Fehlbetrag

in der Handelsbilanz sank auf 2,6 Md. Franc. Stimulierend wirkte dabei die im vorigen Frühjahr verfügte Francabwertung im Rahmen des europäischen Währungssystems. Die Zahlungsbilanz schloß seit 1979 zum ersten Mal mit einem Aktivsaldo in Höhe von 20 Md. Franc ab. (Beide Indizes laut Angaben für 11 Monate von 1986.)

Hinter den äußerlich recht annehmbaren Ergebnissen verbirgt sich jedoch eine alles andere als rosige Wirklichkeit. Die Stromgebühren nicht eingerechnet, sind die Preise voriges Jahr insgesamt um 4 Prozent gestiegen. Nimmt man nur die Preise für Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie und für Dienstleistungen des Privatsektors, so sind es 4,7 Prozent.

Frankreich hat am Sinken der Ölpreise 80 Md. Franc gewonnen, aber im Handel mit Industrieerzeugnissen 50 Md. Verlust buchen müssen. Das bedeutet, daß die französischen Erzeugnisse noch nicht konkurrenzfähig genug sind.

Versuche, das damit zu erklären, daß in Frankreich die Löhne zu hoch sind, was den Export verteuere, sind unhaltbar. In der Stahlindustrie machen die Löhne z. B. 30 Prozent des Werts des Endprodukts aus, im Kraftwagenbau 20 und in der Erzeugung der Elektronikindustrie sogar nur 10 Prozent. Diese Prozentsätze sinken — wohlgerneht! — ununterbrochen. Die Erhöhung der Aufwendungen für Löhne je Erzeugniseinheit ist in Frankreich geringer als in der BRD, wo dieser Prozentsatz 1986 auf 2,3 bei gleichzeitiger Zunahme der Konkurrenzfähigkeit bundesdeutscher Waren stieg.

Die Industriellen und Finanzleute sind alles in allem mit der Sachlage zufrieden. Ihre Gewinne erreichten voriges Jahr eine Höhe sondergleichen. Allerdings führte das nicht zum Steigen der geringen Investitionen in der Industrie und auch nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es sieht ganz danach aus, daß diese Tendenz 1987 anhalten wird.

"Die unten" präsentieren die Rechnung

So sah die soziale und wirtschaftliche Landschaft aus, auf deren Hintergrund es gegen Ende vorigen und Anfang dieses Jahres zu der ungeheuren Klassenexplosion gekommen ist. Die Seeleute, Eisenbahner, staatlichen Angestellten, das Kraftwerkpersonal, das des Stadtverkehrs und die Bergleute haben der Regierung und den Unternehmern machtvoll ihre eigene Notlage in Erinnerung gebracht.

Über die anschwellenden Aktionen der Arbeiter nach dem Sieg der Studenten, die durchgesetzt haben, daß die Regierung von ihrer Hochschulreform Abstand genommen hat, ist die herrschende Klasse erschrocken. Zwar war das Anwachsen der Unzufriedenheit unter den Massen nicht zu verkennen, aber ein derart vehementer Ausbruch kam der Regierung denn doch überraschend.

Nach kurzer Verwirrung sind die Rechten zum Gegenangriff übergegangen

und haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Streikbewegung niederzuschlagen.

Bei unwesentlichen Zugeständnissen ist man entschlossen, im Wichtigsten nicht nachzugeben. Man hat die Löhne auf Eis gelegt, und man versucht, die Einheitsfront der Streikenden dadurch zu sprengen, daß man versöhnlerische Gewerkschaften an sich lockt. Auch rechnet man auf die schwere materielle Lage der besonders lange Streikenden, betreibt eine niederträchtige Propaganda gegen die Arbeiter, schreckt die Kleinbürger mit den Kommunisten, bietet die eigenen politischen Aktivisten sowie als Verstärkung Kleinhändler und kleine Fabrikbesitzer auf. Was tut man nicht alles!

Das Blatt der Geschäftswelt "Expansion" schlägt Alarm: Der Konflikt werde rasch politisch, der Burgfrieden sei hin, Klassenkämpfe seien im Gange, sie brächen an beliebigem Ort und zu beliebiger Zeit aus. Im Namen der Unternehmer fordert das Blatt von den Behörden Maßnahmen gegen derlei Erschütterungen. Es klagt: "Konflikten muß man wie der Tbc vorbeugen."

Die stürmischen Geschehnisse haben die Differenzen innerhalb der regierenden Majorität wieder verschärft. Ein Teil ihrer Gruppierungen (z. B. das kleine Sozialdemokratische Zentrum, das zur Union für die Französische Demokratie gehört) sind dazu übergegangen, für einen Dialog und gegen ein Fortdauern der Konfrontation Stellung zu nehmen. Einer der führenden Rechten und wahrscheinlicher Kandidat für den Posten des Staatsoberhauptes, der ehemalige Ministerpräsident Raymond Barre, pflichtet formal noch immer dem Vorgehen der Majorität bei, hat sich aber ganz entschieden von der Regierung distanziert.

Auch ein in der Geschichte der Fünften Republik noch nie dagewesener neuer politischer Mechanismus — die "Koexistenz" des sozialistischen Präsidenten und des Rechtskabinetts — ist ins Schleudern geraten. Der konservative "Figaro" wiederum nimmt an, daß sich die "Koexistenz" im Stadium eines "kalten Krieges" befinde.

Die Sozialisten, die eine eigene Modernisierungsvariante für Frankreich vorschlagen, haben einen großartigen Anlaß zur Kritik der regierenden Majorität bekommen.

Ein grundsätzliches Urteil über die Geschehnisse geben die französischen Kommunisten ab. Sie unterstützen im Tageskampf die berechtigten Forderungen der Werkstätten und deren Vorgehen zur Wahrung ihrer Rechte. Die "Humanité" schreibt: "Was jetzt in unserem Land vor sich geht, heißt Klassenkampf. Die Großbourgeoisie verteidigt sich gegen die Offensive der Werkstätten. Sie verteidigt ihre Vorrechte, ihre Macht, ihre finanzielle und politische Strategie. Man weiß längst, daß ihrer Meinung nach dieser Zweck auch die schlimmsten Mittel heiligt."

Paris

Bofors verwischt die Spuren

Unter rätselhaften Umständen kam der Leiter der Inspektion für Kriegsmaterial (KMI), Carl-Fredrik Algernon, ums Leben

Es geschah abends, in der Hauptverkehrszeit, auf einer Tunnelbahnstation im Zentrum Stockholms. Ein Mann, der am Rande des Bahnsteigs stand, fiel plötzlich auf die Gleise. Alles geschah in Sekundenschnelle...

Die Polizei nahm die Untersuchung auf, appellierte an alle, die Zeugen des Vorfalles gewesen waren, Einzelheiten mitzuteilen, da nicht ausgeschlossen ist, daß jemand Algernon vor den Zug gestoßen hat.

Das Unglück in der Tunnelbahn könnte man in die triviale Chronik der Vorfälle einer Großstadt einordnen. Wenn da nicht Umstände wären, die mit der Person und der beruflichen Stellung Algernons zusammenhängen. Einige Jahre lang war er Leiter der KMI gewesen. Zum Aufgabenbereich dieses Amtes gehört die Kontrolle über den schwedischen Waffenexport. Entsprechend den hiesigen Gesetzen ist der Export von Rüstungsgütern in Länder, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind oder am Rande eines solchen Konflikts stehen, in Länder, in denen die Menschenrechte mißachtet werden, verboten. In anderen Fällen aber muß der Fabrikant nur eine Genehmigung bei der Regierung beantragen, wobei er darauf verweist, wohin die Waffen gehen sollen, und an der Grenze sind dann die ausgefüllten Formulare, in denen der Abnehmer genannt ist, vorzuweisen. Diese Vorschriften zu umgehen ist, wie sich herausstellt, nicht sonderlich schwer.

Jetzt steht die Untersuchung der ungesetzlichen Lieferungen des größten Rüstungskonzerns Bofors - Luftabwehrraketen an die Golfstaaten, darunter den Iran - vor dem Abschluß.

Im Sommer 1985 waren Tatsachen des illegalen Handels bekannt geworden. Der mächtige Boss von Bofors, Klaes-Ulrik Winberg, mußte seinen Posten im schwedischen Unternehmerverband räumen. Wie die französische Zeitschrift „Express“ schreibt, hat Teheran einen Kontrakt mit dem Konzern über die Lieferung von 400 RBS-70-Raketen geschlossen, die es über ein „befreundetes Land“ erhalten sollte. Im „Fall Bofors“ figurierte Singapur als Empfänger.

Doch dieser Kleinstaat fungierte nur als Umschlagspunkt, von wo aus die Waffen dann in die von dem langjährigen militärischen Konflikt erfaßte Golfregion

gelangten. Das teilte neulich der Experte einer hiesigen Antikriegsorganisation, des Schwedischen Komitees für Frieden und Vermittlung, Henrik Westander, mit. Das Komitee prüfte sorgfältig die Angaben über Lieferungen. „Wir vertrauen unseren Informationen voll und ganz und gerade deshalb beschlossen wir, das der Polizei zu melden“, sagte Henrik Westander. Die Glaubwürdigkeit der Fakten wird, wie er erklärte, auch durch Angaben untermauert, die das Komitee aus einigen zuverlässigen Quellen im Iran erhielt. Diese Angaben bestätigt auch der Sekre-



tär der Gewerkschaft der dänischen Seeleute in einem Interview für die schwedische Zeitung „Arbetet“.

Schweden gehört dank den Anstrengungen der Rüstungskonzerne Bofors, Nobel Kemi und FFB schon seit langem zu den zehn größten Rüstungsexporturen. Dabei entfällt die Hälfte seiner Lieferungen auf Entwicklungsländer. Geld stinkt bekanntlich nicht. Es gelangt in die Taschen der Rüstungsfabrikanten, die ihre eigene Moral haben. Jetzt stellt sich der Untersuchung im „Fall Bofors“ die Frage: Wußten die Regierung und die KMI von den Geschäften des Konzerns? Wenn sie informiert waren, aber schwiegen, droht den Bofors-Bossen nichts. Wenn aber der Konzern die Regierung zu befrügen versuchte, dann können seine Bosse hinter schwedische Gardinen kommen.

Jetzt behauptet der Konzern, die Regierung und die KMI seien auf dem laufenden gewesen. Doch offenbar blufft Bofors verzweifelt - niemand kann die Richtigkeit dieser Behauptung bestätigen. Und ist es denn vorstellbar, daß der ermordete Olof Palme, der sich als Vermittler bei Versuchen, den sinnlosen Golfkrieg zu beenden, betätigte, von den Waffenlieferungen des Bofors-Konzerns wußte und ihn gewähren ließ? Auch Algernons Vorgänger Bangk Rosanios kann nichts sagen - gerade, als die Kontrakte geschlossen wurden, erkrankte er plötzlich schwer und starb...

Der geheimnisvolle Tod von Carl-Fredrik Algernon wird die Untersuchung des Bofors-Skandals stark erschweren, meinen die schwedischen Zeitungen. Algernon hätte schon bald aussagen sollen. Doch jetzt ist er verstummt - für immer.

D. POGORSHELSKI,
NZ-Sonderberichterstatter

Stockholm

Der schwedische Bofors-Konzern und seine tödlichen Erzeugnisse, die in Umgehung der Gesetze an den Iran geliefert wurden

Foto aus: „L'Express“
(Frankreich)

Festival der Freundschaft

Ankündigung des UdSSR-Kulturministers Wassili SACHAROW, Vorsitzender des Sowjetischen Festivalkomitees.

Die sowjetisch-indischen Kulturbeziehungen waren schon immer recht vielfältig und reichhaltig, aber ein solch umfassendes sowjetisch-indisches Kulturprogramm, wie wir es bei diesen nationalen Festivals in diesem und im nächsten Jahr durchführen wollen, des indischen in der UdSSR und des sowjetischen in Indien, hat es allerdings noch nicht gegeben.

Die Idee dazu entstand, als sich Premierminister Rajiv Gandhi im Mai 1985 zu einem Regierungsbesuch in Moskau aufhielt. Während des jüngsten Besuchs Michail Gorbatschows in Delhi wurde dann ein Protokoll über Programme und Ablauf der Feierlichkeiten unterzeichnet. Sie sind charakteristischen Daten in der Geschichte unserer Länder gewidmet, dem 40. Jahrestag der indischen Unabhängigkeit, und dem 70. Jahrestag der Oktoberrevolution.

Es wird ein großes Ereignis im kulturellen Leben unserer Völker sein, und in beiden Ländern mißt man ihnen die gebührende Aufmerksamkeit bei. Das können Sie schon daran sehen, daß Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi den Ehrenvorsitz der nationalen Organisationskomitees zur Durchführung der Festivals übernommen haben.

Es sind Theatervorstellungen und Konzerte größerer und kleinerer Künstlerkollektive vorgesehen, Auftritte bekannter Solisten, verschiedene Ausstellungen, Filmfestivals, wissenschaftliche Symposien, kreative Begegnungen, Sportwettkämpfe und Schauvorstellungen.

Alle Aktivitäten erstrecken sich über einen weitgefaßten geographischen Raum. Die indischen Gäste besuchen Moskau, Leningrad, die Hauptstädte der Unionsrepubliken und viele andere Städte unseres Landes.

Auch in Indien haben die Einwohner von nicht weniger als 40 Städten die Gelegenheit, Bühnenvorstellungen und Konzerte sowjetischer Künstler zu besuchen und sich unsere Ausstellungen und Filme anzusehen.

Als zeitlich erstes beginnt das indische Festival am 3. Juli, wenige Tage vor dem 40. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens in Moskau.

Das sowjetische Festival soll am 21. November 1987 in Delhi eröffnet werden. Es wird einen festlichen Umzug und eine künstlerisch-sportliche Massenshow geben. Festakte sollen auch in Bombay, Bangalore und Kalkutta stattfinden.

Im Lauf des Jahres werden in verschiedenen indischen Städten auch unsere

erstklassigen Kollektive auftreten, wie z. B. das Ballett des Bolschoitheaters, des Leningrader Kirow-Theaters und des Alischer Nawoi-Theaters der Usbekischen SSR, choreographische Ensembles unter Leitung von Igor Moissejew, "Berjoska" und "Bachor" aus Taschkent, Schauspielensembles aus dem Moskauer Künstlertheater, dem Leningrader Gorki-Theater, das Puppentheater unter Leitung von Sergej Oblaszow und das Zigeunertheater "Roman".



Diese alte Kupfermünze ist jetzt das Emblem des Indischen Festivals. Sie stellt das alte buddhistische Gebot: "Nichts Lebendiges verletzen" dar.

Das sowjetische Festivalprogramm gestalten Kammerorchester, Schlagerensembles, Chöre, Instrumentalgruppen, Sänger, Zirkusartisten, Folkloregruppen aus allen Unionsrepubliken.

Den Bewohnern des heißen Indiens soll ein ungewöhnliches Schauspiel, eine Eisrevue, geboten werden. Unsere Eistanzer haben eine mobile Bühnenkonstruktion mit Kunsteisbahn im Gepäck.

Auf jeder Seite beteiligen sich etwa 3500 Menschen am unmittelbaren Programmablauf, davon etwa 2300 Künstler und Interpreten. Auch Wissenschaftler, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Filmschaffende, Delegierte von Frauen- und Jugendorganisationen und Sportler zählen zu den Festivalteilnehmern.

Wir werden die verschiedensten Ausstellungen organisieren. Indien wird seine klassische Kunst bei uns vorführen, vom

Altertum bis zur modernen Malerei, Bilder aus Südindien, eine Sammlung nationaler Musikinstrumente, Werke der dekorativen Gebrauchskunst, Juwelierarbeiten, Kunsthandwerk aus verschiedenen Landesteilen, Exponate indischer Textilien mit Modenschau.

Auch wir empfehlen die verschiedensten Exponate der Aufmerksamkeit des indischen Publikums. Wir zeigen eine Lenin-Ausstellung, wir zeigen die Kunst, die durch die Oktoberrevolution erst möglich wurde, wir zeigen eine Sammlung russischer Malerei des 19. Jahrhunderts, eine Ikonensammlung, russische Juwelierarbeiten und Bilder westeuropäischer Meister aus unseren Museen. Es wird eine Teppichausstellung und moderne Textilgestaltung geben, mit Modenschau. Wir werden sowjetische Skulpturen ausstellen und dekorative Gebrauchskunst der Völker der UdSSR, Arbeiten sowjetischer Künstler über indische Themen. Es wird Buchausstellungen geben. Eine besondere Ausstellung behandelt die Geschichte der indisch-russischen und indisch-sowjetischen Beziehungen im Lauf der Jahrhunderte bis in unsere Tage.

In Delhi wird eine große sowjetische Industrie- und Handelsausstellung zu sehen sein. Es werden Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft, Technik und Architektur gezeigt.

In 24 indischen Städten werden 80 sowjetische Spielfilme und 60 Dokumentar-, Lehr- und Zeichentrickfilme vorgeführt werden. Alte und neue Produktionen. Die indischen Filmemacher zeigen etwa ebensoviele Filme in ebensovielen Städten der UdSSR.

Führende Wissenschaftler und Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft beider Länder werden sich an gemeinsamen Seminaren und Konferenzen beteiligen. Es wird eine thematisch weitergefaßte Konferenz geben über "Gegenseitige Beeinflussung und Verbindungen der Völker Indiens und der Sowjetunion auf verschiedenen Gebieten in den letzten Jahrhunderten bis heute".

In Indien finden Konferenzen und Seminare zum sowjetisch-indischen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit statt, zu verschiedenen Aspekten der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit, zum Kampf für Frieden und Sicherheit, unter anderem auch in der asiatisch-pazifischen Region. Es begeben sich Historiker, Ökonomen, Agrarexperten, Ärzte, Dichter, Filmemacher, Lehrer, Bibliothekare und Ethnologen. Es wird Treffen und Diskussionen zwischen Jugendlichen geben. Zwischen den Sportlern unserer Länder werden Freundschaftstreffen stattfinden. Es wird Schauvorführungen geben. Unsere Zuschauer können sich mit traditionellen indischen Sportarten vertraut machen, usw.

Die bevorstehenden nationalen Festivals werden unseren Völkern ermöglichen, Kultur und geistige Welt des andern kennenzulernen. Damit vertiefen wir unser gegenseitiges Verständnis.

WAS TUN?

Fragen an uns in unserer Zeit

Jegor JAKOWLEW

Die Art, wie sich Menschen Lenin zuwenden, sagt viel aus. Wollen wir bis zum Wesen vordringen und eine Antwort auf etwas bekommen, was uns keine Ruhe läßt, oder greifen wir ein brillantes Zitat heraus? Lernen wir — oder entlehnen wir uns ein Zitat, um andere zu belehren? In den 55 Bänden von Lenins Gesammelten Werken gibt es Zitate für alle erdenklichen Situationen, besonders wenn man sie herausreißt oder durch drei Punkte vorne und hinten kappt. Auch inmitten eines Satzes nehmen sich drei Punkte hübsch aus. Zur Zeit der Reorganisation regnete es Zitate über deren Nutzen, dann vergingen Jahre, und nun holt man ein Zitat darüber hervor, wie schädlich ein zu starker Hang zur Reorganisation ist.

Es gab auch einen anderen, offen zugegeben mir besonders gewohnten Weg: Man wandte sich Lenins Schriften zu, um sozusagen etwas Unausgesprochenes ans Licht zu fördern. Man schreibt z. B. den Artikel "Lenins Schule der Sachlichkeit" und zitiert ein Telegramm, das Lenin im April 1918 voller Ärger an den stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Gouvernements Archangelsk richtete: "Wenn wir den Arbeitern und Bauern tatsächlich Disziplin beibringen wollen, so müssen wir bei uns selbst beginnen." Bei einem solchen Zitieren beschäftigt einen nicht die damalige Amtsperson von Archangelsk 1918, sondern eine ganz andere: ein Grobian von einem Leiter, der seine Kollegen drückt und dem man eine Woche zuvor als Journalist begegnet war. Möge er doch lesen und sich Gedanken machen. Sehr möglich ist allerdings, daß er das zwar liest und es doch nicht auf sich bezieht.

Warum schreibe ich über all das in der Vergangenheitsform? Weil ich einmal den ausgetretenen Pfad ging und mich bald in einer Sackgasse sah. Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand statt, ich machte wie üblich einen Band Lenins auf, um meine Gedanken als Publizist darzulegen. Ein Tag nach dem anderen verging, aber mein Artikel wollte und wollte nicht zustande kommen, Seite auf Seite wanderte in den Papierkorb. Was ging vor? Übung hat man, da man seit Jahrzehnten im Metier ist. Dann kam ich jedoch dahinter, genauer, ich empfand es: Die Zeit der Andeutungen vergeht. Wenn man heute etwas sagen will, muß man es mit voller Stimmkraft tun — vorausgesetzt, daß man etwas mitzuteilen hat. Jedermann zieht sich die Grenze des Erlaubten selbst, und jene, die sich nicht so recht entschließen können, tuscheln miteinander und versuchen zu klären, ob die denn das dürfen und wer so was erlaubt habe. Ja, hätten sie es im voraus gewußt, so hätten sie's sich ebenfalls geleistet und wären dann ebenfalls fortschrittlich und betreffenden Ortes gut angeschrieben, und dies mit Garantieschein.

Jenen Artikel habe ich nicht fertiggebracht. Was war, ist vorbei; und das Augenblickliche nur deshalb zu bewundern, weil es endlich so ist, wie es sein soll — ja, besteht die Aufgabe denn darin? Die Zeiten ändern sich. Die Hauptstraße der russischen Publizistik, jene Hauptstraße, auf der sie sich mit seltener Konsequenz bewegt, führt von Alexander Herzens "Wer ist schuld?" bis zu Tschernyschewskis und Lenins "Was tun?"

Unsere Entwicklung bewegt sich von Glauben zu Wissen, von Axiomen zu Theoremen. Vieles mußte — und diese in jeder Hinsicht — neu bewiesen werden. Auch in unserem Verhältnis zu Lenin: von der Bewunderung zur Erkenntnis des Wertes seiner Persönlichkeit und der Vollbringungen dieser Persönlichkeit. Jede Generation hat ihren Weg zu Lenin und ihre Einstellung zu ihm. Heute erheben sich wohl mehr Fragen als je zuvor. Lenins

Zeitgenossen erinnerten sich daran, daß Wladimir Iljitsch sich über zugezogene Vorhänge ärgerte und es nicht duldete, wenn man die Fenster seines Arbeitszimmers mit Stores verdeckte; er hatte das Gefühl, von der Außenwelt getrennt zu sein, und das war ihm unerträglich. Der Wunsch, "die Vorhänge auseinanderzuziehen", ist auf uns übergekommen: der Wunsch, von unserem Heute aus unser wahres Gestern zu sehen. Und selbständig zu entscheiden, was wir davon heute brauchen können.

Unsere vielen Fragen sind keineswegs konstruiert, man hört sie überall: im Freundeskreis, bei einem Vortrag, unter Angehörigen.

Man braucht nur nachzudenken, und vieles, was selbstverständlich schien, ist es mit einmal nicht mehr. Oft wiederholen wir z. B.: nach Leninscher Art leben und arbeiten. Aber wer von uns könnte, wenn man nicht jeder kritischen Einstellung zu sich selbst bar ist, über sich sagen: Ich lebe und arbeite wie Lenin?

Lebendiges kann man nicht ohne weiteres vervielfältigen. Das Beispiel Lenin ist kein Schema zur Nachahmung. Vielmehr handelt es sich um den Sinn des Lebens, seine höchsten Prinzipien, die das Menschengeschlecht seit seines Bestehens erarbeitete. Dem Beispiel Lenins folgen? Ja, dazu muß man eine Persönlichkeit sein, ein Mensch, für den es zwischen Überzeugung und Tat keine Spanne gibt.

Wir fragen dies und wundern uns über jenes. Und möchten, daß jene antworten, an die wir unsere Fragen richten, daß wieder einmal die Stimmen erklingen, die in unserem Gedächtnis vielleicht verstummt waren.

MAXIM GORKI. In den Jahren 1917/1918 waren meine Beziehungen zu Lenin bei weitem nicht so, wie ich sie sehen wollte, sie konnten jedoch nicht anders sein. In der Einschätzung der Rolle der Intelligenz in der russischen Revolution war ich anderer Meinung als die Kommunisten...

LENIN. Sie sind ein rätselhafter Mensch, in der Literatur anscheinend ein guter Realist, in Ihren Beziehungen zu anderen jedoch ein Romantiker. Bei Ihnen sind alle nur Opfer der Geschichte, nicht wahr? Sie möchten mich davon überzeugen, daß eine kampfgestählte Partei der Arbeiterklasse verpflichtet sei, vor allem den Intelligenzern bestens in den Kram zu passen.

GORKI. Die russische Intelligenz war, ist und bleibt noch lange das einzige Zugpferd, das vor den schweren Wagen der Geschichte Rußlands gespannt ist.

LENIN. Eine ... Revolution kann nur bei selbständigem historischem Schöpferum der Mehrheit der Bevölkerung ... erfolgreich verwirklicht werden.

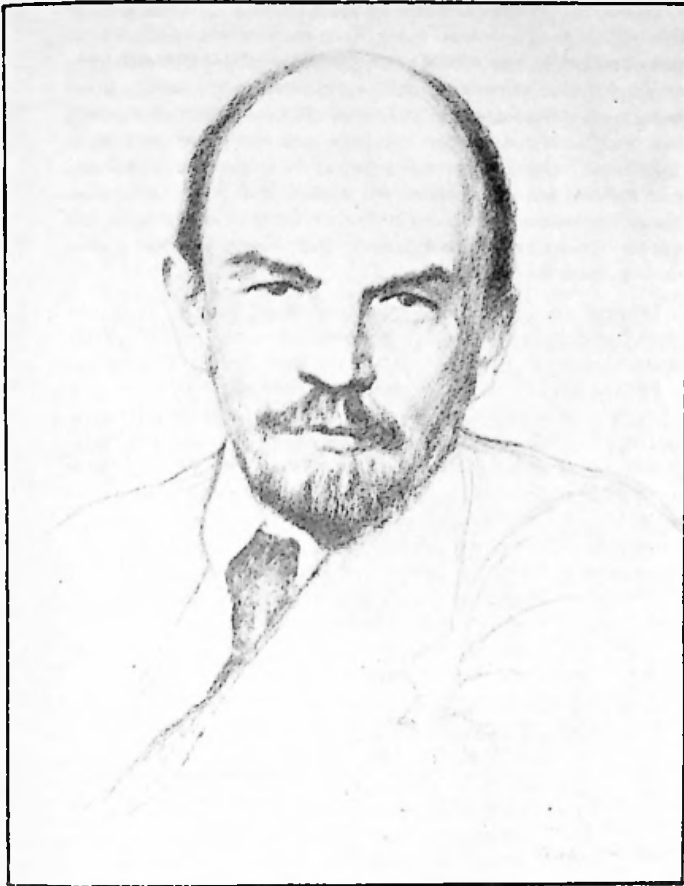
Der bewaffnete Aufstand in Petrograd siegte, es wurden die Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden angenommen. Wie sollte aber das Land regiert werden, da die Bolschewiki noch keine straffen Organisationen im Zentrum und draußen im Lande hatten?

Was tun?

LENIN. In allen Industrie-, Handels-, Bank-, landwirtschaftlichen und sonstigen Betrieben ... wird die Arbeiterkontrolle über die Herstellung, die Lagerung und den Kauf und Verkauf ... eingeführt...

Dir, Arbeiter Iwanow, Petrow oder Sidorow, werden diejenigen unterstellt, die dich früher regierten.

Wie sollte man über die gutsherrlichen Ländereien verfügen? Die Bauern schickten ihre Abgesandten zum Smolny, zu Lenin.



...Regierte er des Denkens Flug
Und deshalb nur — das Land, die Zeit.

Boris Pasternak

Zeichnung: R. Chatschatrian

LENIN. Der Rat der Volkskommissare fordert die Bauern auf, selbst die ganze lokale Macht in ihre Hände zu nehmen.

Du, Bauer Iwanow, Petrow oder Sidorow, kannst über den Grund und Boden verfügen.

Die Armee bleibt noch in den Schützengräben, bis zum Frieden mit Deutschland ist es noch weit.

LENIN. Soldaten!.. Mögen die Regimenter, die in den Stellungen liegen, sofort Bevollmächtigte zur förmlichen Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen mit dem Gegner wählen.

Der Rat der Volkskommissare erteilt euch das Recht dazu... Dir, Soldat Iwanow, Petrow oder Sidorow, gehört nun dieses Recht.

Du, Arbeiter Iwanow, Bauer Petrow, Soldat Sidorow... Die Revolution... Wie lange ist das her! Wir leben inzwischen in einer Welt mit festgelegten Regeln.

Von der Revolution hören wir schon im Kindergarten und dann in der Schule. Sie ist ein eher romantisches Nachahmungsbeispiel. Aber für den Alltag? Wer würde seine täglichen Angelegenheiten so gradlinig — handle von unten, ohne auf irgendwelche Hinweise zu warten — erledigen? Wer, frage ich den Leser: ein Minister Iwanow, ein Vorsitzender Petrow oder ein General Sidorow? Die Zeiten sind anders.

Es wurde zu Recht bemerkt: Denkestereotypen wachsen dem Bewußtsein gleichsam von selbst an. Und schon glaubt man, eine wirklich große Volksaktion sei nur zur Zeit einer Revolution möglich. Dabei waren es die Zeiten des Kriegskommunismus und eines begrenzten Wahlrechts. Lenin nannte sie nur Vorstufen der Geschichte. Er sagte schon in den ersten Jahren der Sowjetmacht: Wir haben bisher nicht erreicht, daß die werktätigen Massen an der Verwaltung mitwirken könnten, denn außer den Gesetzen gibt es noch das Kulturniveau, das sich keinem Gesetz unterwerfen läßt.

"NEUE ZEIT" 4.87

Auch das ist Vergangenheit. Wir leben im Staate des ganzen Volkes, haben ein völlig anderes Bildungsniveau.

Ja, die Zeit ist anders, aber die Wahrheit bleibt die alte. Wir sehnen revolutionäre Wandlungen herbei, und ihr Umfang hängt von jedem von uns wie auch von uns allen ab.

Es genügt nicht, sich auf Lenin zu berufen; man muß seinen Weg gehen. Gehen aber heißt, nicht stehenbleiben, nicht etwa einen Schritt vorwärts und zwei Schritte zurück zu tun. Gehen bedeutet voranzukommen.

Weiter als Lenin?

Gewiß, wie denn sonst? Weitergehen in der Arbeit der Sowjets, im Wahlsystem, in allem, was uns den staatlichen Angelegenheiten näherbringt und die Stimme eines jeden von uns überzeugender macht. Weitergehen bei der Suche nach Formen, die unserem heutigen Tag entsprechen.

LENIN. Revolutionen, die man, nachdem man die Macht erobert hat, in die Tasche stecken könnte, um sich auf seinen Lorbeeren auszuruhen, hat es in der Geschichte nicht gegeben. Wer da meint, daß solche Revolutionen denkbar seien, ist nicht nur kein Revolutionär, sondern der schlimmste Feind der Arbeiterklasse.

Nach Beendigung des Bürgerkriegs war die Politik des "Kriegskommunismus" nicht mehr aktuell. Aber schon damals gab es Stimmen, die forderten, "die Schrauben fester zuzuziehen".

LENIN. Eine solche Politik wäre dumm und selbstmörderisch für eine Partei, die sie erprobt hätte. Es muß offen gesagt werden, einige Kommunisten begingen 'in Gedanken, Worten und Taten' die Sünde einer solchen Politik. Wir wollen versuchen, uns von solchen Fehlern zu befreien. Wir müssen sie unbedingt korrigieren, sonst wird es ganz schlimm sein.

Im Dezember 1920 hörte Lenin auf einer Beratung der parteilosen Bauern die Ansprachen und machte sich Aufzeichnungen, nach Möglichkeit in den Worten der Bauern selbst:

"Man muß den Bauern eben interessieren. Sonst kommt nichts raus. Holz sägen — das kann ich noch bei Knüppeldisziplin. Doch die Landwirtschaft läßt sich nicht unter dem Knüttel betreiben. Die Schaffenden und nicht die Pilzesucher vorziehen."

Die neue ökonomische Politik wurde erwogen. Ihre Basis bildete der Übergang von der Ablieferungspflicht zur Naturalsteuer. Jetzt kann man wohl gar nicht zählen, wie viele Informationen von unten angefordert, wie viele Gespräche und Begegnungen mit Bauern durchgeführt wurden.

LENIN. Ufa. An den Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Gouvernements. Bitte den Bauern des Dorfes Beketowo Alexej Romanowitsch Schaposchnikow und Taras Grigorjewitsch Kondrow unverzüglich die Einladung zu übermitteln, jetzt nach Moskau zu einer Beratung über wichtige Angelegenheiten zu kommen, die die Bauern und die Bauernwirtschaft betreffen.

Die Bauern besuchten Lenin und sprachen nach der Rückkehr auf einer Konferenz der parteilosen Bauern des Gouvernements Ufa. Liest man das Protokoll, kann man sich leicht vorstellen, wovon die Rede in Wladimir Iljitschs Arbeitszimmer war.

EIN BAUER. Aus welchem Grund man uns horbestellt hat, wissen wir nicht. Allerdings haben wir gehört, daß man Leute aus allen Teilen Rußlands zusammenruft, um zu erfahren, wie es im Lande aussieht.

LENIN. Wir möchten wissen, wie sich das Leben bei euch, an Ort und Stelle, anläßt, wie es z. B. bei euch im Dorf ist!

DER BAUER. Sehr schwer, unerträglich ist unser Leben geworden.

LENIN. Warum konkret ist es für Sie unerträglich?

DER BAUER. Die Ablieferungs- und die Arbeitspflicht sind unsäglich schwer. Kaum hat man seiner Ablieferungspflicht genügt, da kommen sie noch einmal und dann ein drittes Mal, bis sie einen völlig ausgenommen haben. Genau so ist es mit dem Vieh: Sie lassen einem nur eine einzige Kuh übrig, alles andere wird weggenommen.

LENIN. Niemand und nichts kann uns zu Fall bringen außer unseren eigenen Fehlern... Eine solche Weisung wurde von niemandem erteilt.

DER BAUER. Ja, und da wissen wir nicht, warum das so getan wird.

LENIN. Und wie soll man mit all dem leben!

DER BAUER. Das Sagen habt ihr. Aber wenn ihr es weiter so treibt, vergällt ihr uns die ganze Lust am Arbeiten.

LENIN. Wenn man aber die Pflichtablieferung durch eine Steuer ersetzt! Sie wird dann je nach der Ernte festgesetzt. Nachdem der Bauer die Steuer entrichtet hat, kann er mit dem Rest nach seinem Ermessen verfahren.

DER BAUER. Da wird jeder Bauer sich Mühe geben und zusehen, daß er zu einem weiteren Pud Getreide kommt. Hat man alles abgeliefert, wie die Steuer verlangt, verbleibt einem noch immer etwas. Das wäre eine Erleichterung für uns.

LENIN. Jetzt sagen Sie mir bitte, warum es, als der Grund und Boden noch dem Gutsherrn gehörte, viel Brot gab: Man führte das Getreide ins Ausland aus, und für Rußland reichte es auch noch. Jetzt habt ihr den gutsherrlichen Boden, Brot aber gibt es nicht genug.

DER BAUER. Der Boden geht von Hand zu Hand. Dabei ist der Boden unser Ernährer. Wenn wir den Boden nicht bestellen, wird es auch kein Brot geben.

LENIN. Das muß man sich durch den Kopf gehen lassen... Dem Wunsch der partellosen Bauernschaft, die Ablieferungspflicht (im Sinne der Beschlagnahme der Überschüsse) durch eine Getreidesteuer zu ersetzen, ist nachzukommen...

GORKI. Ich weiß, er mochte Menschen und nicht Ideen, Sie wissen, wie er Ideen abbrach und zusammenbog, wenn das Wohl des Volkes es erforderte.

Wir zitieren Lenin und freuen uns jedesmal: Das ist, als hätte er es heute gesagt. Ist das aber manchmal kein Grund zu Traurigerwerden? Ich verlasse gerade das Haus und sehe, wie auf dem nahegelegenen Baugelände Fensterscheiben aus Unachtsamkeit zerschlagen und Dachblech verdorben wird. Hat man etwa wenig schöne Worte über das fortgeschrittene Bewußtsein der Werktätigen gemacht? Und da erinnert man sich an Lenin: Von Phrasen muß man sich frei zu machen wissen.

Lenin sagte: Die Elementargewalt des Kleineigentümers, der nur dem Gedanken lebt: "Ich reiße an mich, was ich kann, alles andere ist mir schnuppe", sei stärker als alle Kornilow, Dutow und Kaledin zusammengenommen.

An Kaledin und Dutow erinnert sich kaum noch jemand, aber der Wunsch, "an sich zu reißen, was man kann", macht sich noch immer bemerkbar. Sich als Herr im Lande fühlen... Wie ein Satiriker schrieb, haben einige Menschen das recht originell aufgefaßt: Bis zum Werktor bin ich der Herr über alles, und was hinter dem Werktor liegt, gehört mir sowieso.

Wir lamentieren darüber, haben aber schon zu staunen aufgehört. Ein wahrer Herr mit Eigentümerdenken hätte so was nicht getan. Wir handeln anders — also fühlen wir uns nicht als Herren über das Land.

GORKI. Damals, im Jahre 1920, steckte ich tief im "Alltag". Vieles war komisch, ohne lustig zu sein. Ich klagte Wladimir Iljitsch über die Tücke des tagtäglichen Lebens. Es kam vor, daß ich mit ihm heftig sprach, ohne ihn zu schonen. Mit ihm konnte man sich wie mit keinem anderen aussprechen... Mich deprimiert die Einstellung der Arbeiter zu ihrer Arbeit. Es ist erstaunlich, wie wenig Wert sie darauf legen.

LENIN. Sie wollen sagen, daß die Millionen Proletarier in ihrer Mehrheit unwissend, unentwickelt, ungebildet sind. Was soll man tun, wir haben keine andere Stütze als die Proletarier, die ihrer Partei folgen.

GORKI. In Petrograd reißen Arbeiter Holzhäuser ab, um Holz zum Heizen zu haben, und hierbei zerbrechen sie Fensterrahmen, zerschlagen Fensterglas und verderben das Blechdach für nichts und wieder nichts. Inzwischen tropft das Dach ihrer Häuser, und ihre Fenster sind mit Sperrholz verschlagen... Aber man muß annehmen, daß Sie wahrscheinlich in großen Maßstäben denken. Bis zu Ihnen dringen diese Kleinigkeiten nicht vor.

LENIN. Sie irren sich, wenn Sie denken, daß ich Kleinigkeiten keine Bedeutung beimesse, übrigens ist die von Ihnen festgestellte Unterbewertung der Arbeit keine Kleinigkeit. Wie soll man aber einem Arbeiter vorwerfen, daß er sich noch nicht der Tatsache bewußt ist, daß er der Herr über alles ist! Dieses Bewußtsein muß sich nicht sofort einstellen, es kann sich auch nur bei einem Sozialisten herausbilden. Auf schnelle Fortschritte präbendieren und rechnen wir dabei nicht. Wir wissen, daß diese Sache eine ganze historische Epoche in Anspruch nehmen wird. Es bedarf ganzer Generationen, was jedoch nicht heißt, daß es ganzer Jahrhunderte bedarf.

Selbstverständlich braucht man eine ganze Epoche dazu, das Bewußtsein des Sozialisten zu festigen und es als geistigen Wert jedes einzelnen zu stärken. Aber wo liegt da die Zeitgrenze?

Berufen wir uns auf Lenin, der immer von unaufschiebbar und höchstwichtig sprach. Doch das Höchstwichtige hat bis jetzt noch keinen Abschluß gefunden, es steht bei uns noch bis heute anders. Manchmal so anders, daß man sich schämen muß. Warum? Wohl darum, daß wir, ohne es zu wollen, Lenin zu einem Übermenschen stilisieren. Als müßte sich jener für alles verantworten, der mit seinem Blick Jahre durchdringen konnte, dem es aber nicht gegeben war, mit uns zu arbeiten und zu entscheiden. Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist er nicht mehr. Und so müssen wir uns selbst fragen: Wurde gestern, wird heute alles so getan, wie Lenin uns riet, wie er darauf bestand?

Weiter als Lenin gehen. In gewissen Dingen auch zurückkehren. Zurückkehren zu Dingen, die wir nicht geschafft, die wir aufgeschoben, umgangen, bei denen wir uns überstürzt haben. Ein Grubenarbeiter wird seinen Streb nicht vortreiben, bevor er ihn nicht abgestützt hat.

LENIN. Nicht auf Grund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern mit Hilfe des ... Enthusiasmus, auf Grund des persönlichen Interesses, der wirtschaftlichen Rechnungsführung bemüht euch, zuerst feste Stege zu bauen...; sonst werdet ihr nicht zum Kommunismus gelangen, sonst werdet ihr die Millionen und aber Millionen Menschen nicht zum Kommunismus führen.

Auf einer Sitzung des Rates der Volkskommissare wurde der Finanzplan für die Torfgewinnung erörtert. Lenin führte den Vorsitz. Ein Vertreter von "Glawtorf" (Hauptverwaltung für Torfförderung) erstattete den Bericht.

VERTRETER VON "GLAWTORF". Nun zu den Bedingungen in den Torfbrüchen. Ich spreche vom Wohnen. Der Bau jeder Baracke wird sich, wie aus dem Kostenanschlag hervorgeht, auf 4000 Rubel stellen.

EIN VERTRETER DES VOLKSKOMMISSARIATS FÜR FINANZWESSEN. Unvertretbarer Luxus! Eine Baracke ist ein Provisorium, man muß die Ausgaben dafür einschränken, den Betrag auf 2000 senken.

Inzwischen schrieb Lenin, wie das auf den Sitzungen des Rates der Volkskommissare oft vorkam, Zettel. An den Vertreter von "Glawtorf":

"Haben Sie schon einmal Baracken gebaut!..."

VERTRETER VON "GLAWTORF". Selbstverständlich!

Lenin im Zettel an den Vertreter des Volkskommissariats für Finanzwesen:

Haben Sie je Baracken gebaut!

VERTRETER DES VOLKSKOMMISSARIATS. Nein, ich habe keine gebaut.

LENIN. Es ist besser, die Wahrheit zu sagen, als Minister zu sein... Zwei Vorschläge liegen vor. Der erste, — des Genossen, der Baracken früher gebaut hat: 4000 Rubel zu geben. Der zweite, — des Genossen, der keine Baracken gebaut hat: 2000 Rubel je Baracke zu bewilligen.

Sich immer und in allem vom gesunden Menschenverstand leiten lassen — wer würde denn dagegen Einwände erheben? Dabei geht der Streit weiter. Der Opponent, jener Vertreter des Volkskommissariats für Finanzwesen, erweist sich nicht immer als besiegt. Beispielsweise erbiethet sich einer, für drei zu arbeiten,

"NEUE ZEIT" 4.87

und erwartet natürlich ein entsprechendes Entgelt. Darauf hört er, er wolle sich bereichern.

Instruktionen, Beschränkungen, Warnungen, Bestimmungen... Man braucht ihnen nur blind zu folgen, und schon wirkt Untätigkeit wie Ordnung und ein richtiger Schritt als Verstoß gegen etwas. Alle diskutieren, alle sind unzufrieden, trotzdem gelingt es nicht, dem Sumpf der Bürokratie zu entkommen. Was tun?

Ja, aber leiten heißt nicht nur Verpflichtungen im Rahmen eines Wettbewerbs übernehmen und sie vorweisen. Leiten heißt auch, die Umstände verändern, wenn sie das Leben und Wirken behindern.

Am sichersten sei es, meinen einige, überhaupt nichts zu verändern, vor allem nicht für sich selbst. Heute fällt eine solche Haltung besonders auf. Die Umstände haben sich sehr wohl verändert, aber das freut nicht unbedingt alle.

Früher sprach man gern darüber, daß man vielleicht etwas Vernünftiges und Gutes tun würde, daß die anderen aber es einem unbedingt verwehren würden. Heute heißt es: Macht mal! Aber nein, sie zögern.

Der Kampf für den Stahlausstoß, für die Ölförderung — das springt ins Auge. Aber der Kampf der Meinungen, die Umwertung von Autoritäten, der Kampf gegen Dinge, die sich uns störend in den Weg legen? Man glaubt, das sei etwas für Auserwählte — als gehörte jemand anderer, ein Übergeordneter dazu, das zu tun, was eigentlich deine Sache ist.

Im Jahre 1921 schrieben Kommunisten des Amtsbezirks Bakury, Gouvernement Saratow, an Lenin.

LENIN. Der Sekretär Eurer Organisation ... hat mir schriftlich mitgeteilt, daß ihr auf Verlangen der Bauern beschlossen habt, mich durch ihn von den konterrevolutionären Handlungen gewisser Funktionäre des Ernährungswesens in Eurem Amtsbezirk in Kenntnis zu setzen, solcher Funktionäre, die die Besitzlosen verhöhnen, die plündern, ihre eignen Taschen füllen, die Herstellung von selbstgebranntem Schnaps begünstigen, saufen, Frauen vergewaltigen, die Sowjezmacht provozieren usw.

Was unternahm Lenin? Wenn man ihn über diese Verbrechen in Kenntnis gesetzt hatte, wurden die Schuldigen gewiß bestraft... So heißt es doch gewöhnlich: "Die Schuldigen wurden bestraft" — als hätte nicht er, sondern jemand anderer es getan.

LENIN. Ihr bittet darum, von hier, von Moskau aus diese konterrevolutionären Handlungen zu unterbinden. Es ist aber eine der allerwichtigsten Aufgaben der örtlichen Parteiorganisationen, auch der Euren, den Kampf gegen die Konterrevolution mit aller Kraft an Ort und Stelle zu führen. Es ist Eure Pflicht und Schuldigkeit, ... dafür zu sorgen, daß solche Konterrevolutionäre und Schurken, von denen ihr berichtet, verhaftet und vor das Revolutionstribunal gestellt werden.

Kritisieren, auf seiner Meinung bestehen und — sich durchsetzen. Schön. Wo ist jedoch die Garantie, daß die Kritik unterstützt, daß der eingebrachte Vorschlag angenommen wird? Gibt es eine Garantie, daß das Leben eines Menschen nicht unmittelbar danach zu einem Leidensweg wird? Man kennt Beispiele genug. Bertolt Brecht sagte: Unglücklich das Land, das Helden nötig hat.

Aber eine Menschheit ohne Helden?.. Einmal bemerkte Wladimir Iljitsch, wenn wir "Auf zum letzten Gefecht!" singen, so sei das leider eine kleine Unwahrheit, denn leider sei das nicht unser letztes Gefecht.

Gorki schrieb, Lenins Heroismus sei die in Rußland nicht selten vorkommende bescheidene, asketische Tat eines ehrlichen russischen Intellektuellen und Revolutionärs, der unerschütterlich an die Möglichkeit der sozialen Gerechtigkeit auf der Erde glaubt.

GORKI. Mich beeindruckte stets Lenins unversöhnliche, unauslöschliche Feindschaft gegen das Unglück der Menschen, sein markanter Glaube daran, daß das Unglück keine unverrückbare Grundlage des Seins, sondern eine Widerwärtigkeit ist, die die Menschen hinweglegen können und müssen.

Das schrieb Gorki bereits nach Lenins Tod, in jenem literarischen Porträt, das wir alle kennen. Aber 1920 erschien in der Zeitschrift "Die Kommunistische Internationale" Gorkis Artikel "Wladimir Iljitsch Lenin".

"NEUE ZEIT" 4.87

GORKI. Lenin ist meiner Meinung nach eine Quelle der Energie, ohne deren Einwirkung die russische Revolution nicht die Form hätte annehmen können, die sie annahm... Ich muß sagen, daß meine persönlichen Sympathien für Lenin in dem Moment, da ich über ihn schreibe, keine Rolle spielen. Ich betrachte ihn als ein meiner Beobachtungsgabe zugängliches Wesen neben allen anderen Menschen und Erscheinungen, die mich als Sozialromancier in meiner Heimat interessieren müssen. Lenin ist ein Idealist, wenn man unter diesem Begriff die Konzentration aller Kräfte der Person auf eine einzige Idee — die Idee des allgemeinen Wohlergehens — versteht. Sein persönliches Leben ist so, daß Lenin in der Epoche der vorherrschenden religiösen Vorstellungen als Heiliger gegolten hätte. Ich weiß, Spießbürger würden sich darüber blau und grün ärgern, viele Genossen lächeln, Lenin selbst lustig loslachen...

LENIN. Entwurf eines Beschlusses des Politbüros. Das Politbüro betrachtete es als äußerst unangebracht, daß "Die Kommunistische Internationale" in ihrem Heft Nr. 12 Gorkis Artikel brachte, denn diese Artikel sind vom kommunistischen Geist weit entfernt, ja weisen sogar viel Antikommunistisches auf. Künftig sind ähnliche Artikel in der "Kommunistischen Internationale" auf keinen Fall zu veröffentlichen.

Dieser Beschluß des Politbüros wurde gleich damals gefaßt. Wie man sieht, reagierte Lenin ganz anders, als Gorki angenommen hatte. Das Leben, die Geschichte ist keine Aufführung, in der man eine einzige Figur auf der Vorderbühne anstrahlt. Im Schatten bleiben dann die Partei, die Massen, d. h. jene, die tatsächlich Geschichte machen.

GORKI. Keineswegs verwöhnt, Wein und Tabak abhold, von früh bis spät mit komplizierter, schwieriger Arbeit beschäftigt, verstand er es absolut nicht, für sich selbst zu sorgen, hatte jedoch ein wachsames Auge auf das Leben der Genossen.

Ein Ausweis, den die Verwaltung für die Angelegenheiten des Rates der Volkskommissare an Wladimir Iljitsch Lenin ausstellte:

"Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Wladimir Iljitsch Ulianow (Lenin), beschäftigt sich eine unbegrenzte Zahl von Stunden mit geistiger Arbeit, aus welchem Grund er Anrecht auf die Nahrungsmittel- und Brotmarken erster Kategorie hat."

Lenin kämpfte für soziale Gleichheit. Aber Gleichmacherei war ihm fremd. Übrigens führt man das gern ins Treffen, sobald die Rede auf Privilegien kommt.

Ein Mensch, der sich wirklich der Aufgabe verschrieben hat, soziale Gleichheit herbeizuführen, kann sich nicht der Idee der einfachsten Gleichheit entziehen: der Gleichheit gegenüber sich selbst, gegenüber der eigenen Lebensweise. Dir wird ein Paket mit seltenen Delikatessen an den Arbeitsplatz gebracht, dem anderen sagt man aber, ihm stehe das nicht zu. Du kannst natürlich dabei erröten. Aber viel schlimmer ist: Du kennst die Empfindungen des Menschen, dem ein Vorrecht verweigert wird, nicht. Dabei wirst du morgen vielleicht Ratschläge erteilen, wie er zu leben habe. Und staunen, daß man dich nicht versteht.

Über Privilegien redet man endlos. Schlimm, wenn sie nicht verdient seien. Normal, wenn sie einem "zustehen". Aber liegt der Kern der Sache darin? Wenn dir etwas zusteht, nimmst du es, ohne dich zu befragen? Und wie ist es mit der Selbstbegrenzung, mit welcher eigentlich eine Persönlichkeit beginnt? Ein intelligenter Mensch ist ohne Selbstbegrenzung undenkbar.

Wer staunt über Lenins privates Leben und seine Bescheidenheit am meisten? Leute, denen die Freuden des geistigen Lebens gelinde gesagt nicht sehr bekannt sind.

Es gab Jahre, da es am wichtigsten schien, den Menschen in Lenin zu schildern. Die höchsten Äußerungen des menschlichen Geistes sind immer, in allen Zeiten aktuell. Ganz besonders in freudlosen Zeiten. Wir kehrten von der Vergangenheit zu, dabei ging die Zeit — unsere Zeit! — weiter, veränderte die Gegenwart und überwand Veraltetes. Die Zeit bringt uns zu Lenin zurück, zum Erbauer und Gründer der neuen Gesellschaft, zu einem Menschen, der nach Gorkis Wort die Leute in ihrem gewohnten Leben in einem Maße aufstörte, wie es keiner vor ihm zu tun vermocht hatte.

POLEMIK

Ich habe Ihren Brief, Genosse Rogowoj, gelesen, und dabei mußte ich an die Worte eines Philosophen der Vergangenheit denken: „Wo der gesunde Menschenverstand am Werk ist, da erholt sich das Herz.“ Sie haben offenbar Ihrem Herzen zu große Freiheit gegeben, und das hat Sie wohl gehindert, objektiv daranzugehen, was der Präsident der japanischen Industrie- und Handelskammer, Noboru Goto, in seinem Interview für die NZ sagte, ja überhaupt an die Idee gemeinsamer sowjetisch-japanischer Betriebe.

Das Interview mit Noboru Goto ist, wie ich meine, ein Echo auf Michail Gorbatschows Rede in Wladiwostok vom Sommer v. J. Erinnern Sie sich, dort war u. a. davon die Rede, daß die geographische Lage des Fernen Ostens den Kurs auf die bestmögliche Nutzung der Ressourcen des Ozeans

In Heft 48, 1986 las ich das Interview mit Herrn Noboru Goto, dem Präsidenten der japanischen Industrie- und Handelskammer. Es bedrückte mich.

Erstens zum Standpunkt von Herrn Goto zur Bildung gemeinsamer sowjetisch-japanischer Betriebe.

Herr Goto sieht den Sinn (für Japan, natürlich) von deren Schaffung „... in einem sehr engen Bereich“ im Zusammenhang „mit der Überfüllung des Weltmarkts durch Rohstoffe“. Durch Rohstoffe! Andere Bereiche für Investitionen in Zusammenarbeit mit der UdSSR weist uns das japanische Bureauf, wie der Präsident seiner Industrie- und Handelskammer verkündet, offenbar nicht zu! Herr Goto ist bereit, eigentlich nur „... über die Verarbeitung von Meeresprodukten“ und „über die Nutzung von Walddressourcen“ zu sprechen. Ist es etwa so, daß wir außer Meeresprodukten und Holz Japan nichts zu bieten haben? Gehören ja zur Struktur unseres Exports selbst in Industrieländer sowohl Technologien als auch Industrieerzeugnisse usw. Selbst angesichts der relativ (im Vergleich zur gesamt-nationalen) unzureichenden industriellen Infrastruktur unseres Fernen Ostens ist das im Grunde ziemlich erniedrigend.

Und zweitens, das Wichtigste...

Herr Goto läßt sich völlig klar und eindeutig über das „Bestehen eines Problems - der territorialen Frage“ - aus. Wir aber drängen da einen Dialog auf! Mit dem gleichen Erfolg könnten wir auch mit der BRD über die Grenzen von 1937, einschließlich Ostpreußens, einen „Dialog führen“!

Meiner Meinung nach ist das japanische Monopolkapital ganz konsequent bei der Verwirklichung des Plans, den Hirohito bei der Kapitulation 1945 verkündete: wirtschaftlich-technische Spitzenpositionen zu erreichen und dann... Ob in militärischer Form, im wirtschaftlichen oder im wissenschaftlich-technischen Bereich, die Expansion Japans ist unwandelbar...

W. ROGOWOJ
Krasnodar, RSFSR

Nein, das ist erforderlich

bestimmt, und es wurde auf den chronischen Mangel von diese Ressourcen verarbeitenden Betrieben in jenen Regionen verwiesen. Michail Gorbatschows, der damit auch Holz meinte, betonte, es sei wichtig, aus den fernöstlichen Rohstoffen zumindest Halbfertigprodukte, am besten aber Endprodukte zu gewinnen.

Offenbar studierte Noboru Goto aufmerksam die Wladiwostoker Rede, wie japanische Geschäftsleute üblicherweise mit unseren Grundsatzdokumenten zu Fragen von Wirtschaft und Handel verfahren. Und in seiner Antwort auf die Frage des NZ-Korrespondenten brachte er natürlich seine Haltung zur Idee gemeinsamer Betriebe zum Ausdruck. „... Bei der Verarbeitung der Meeresprodukte, bei der Nutzung der Walddressourcen sind gemeinsame Betriebe angebracht“, sagte Noboru Goto. Was aber seine Bemerkung bezüglich der Überfüllung des Weltmarktes durch Rohstoffe angeht, so entspricht dies der Wirklichkeit, und von einem Unternehmer zu erwarten, daß er unter solchen Bedingungen Kapital in die Förderung von Rohstoffen und Bodenschätzen investieren will, wäre zumindest naiv.

Das Studium der Wladiwostoker Rede Michail Gorbatschows durch japanische Unternehmer hat bereits

konkrete Ergebnisse erbracht. Japanische Firmen unterbreiteten Vorschläge für die Bildung von 11 gemeinsamen Betrieben. So sind drei bedeutendste Fischerei- und Fischverarbeitungsfirmen daran interessiert, mit sowjetischen Betrieben eine gemeinsame Produktion aufzunehmen. Es gibt Pläne für die gemeinsame Produktion von Holzfertigzeugnissen.

Sie schreiben, Sie fühlten sich gedemütigt, da in den japanischen Vorschlägen nicht die gemeinsame Produktion von Industriewaren erwähnt wurde. Meiner Meinung nach wäre es für uns viel betrüblicher, wenn wir z. B. geschickt zubereitete Halbfertigprodukte aus Fisch vergeblich in den Geschäften suchen würden. Die Japaner, die langjährige Traditionen der rationellen Verarbeitung von Meeresprodukten und der Zubereitung schmackhafter Gerichte aus ihnen besitzen, werden uns in den gemeinsamen Betrieben ihre Technologie und ihre Erfahrungen vermitteln, und das wird helfen, das Angebot an Nahrungsmitteln zu vergrößern. Das gleiche gilt für die gemeinsame Produktion von z. B. Möbeln oder Fertighäusern.

Gemeinsame Betriebe sind sowohl für uns als auch für die Japaner etwas Neues. Hat es ja bislang eine solche

Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unserer Länder nicht gegeben. Und verständlich ist das Streben der Japaner, sich davon zu überzeugen, daß ein solches Vorhaben lebensfähig ist. Nahrungsmittel- und Holzverarbeitende Betriebe verlangen keine großen Investitionen, ihre Errichtung ist nicht mit einer außerordentlichen Kräfteanspannung oder mit einem wirtschaftlichen Risiko verbunden. Deshalb sind sie durchaus als, wenn man das so sagen will, Experimentierfeld geeignet, auf dem man die positiven und die negativen Seiten der gemeinsamen Wirtschaftstätigkeit klären kann.

Ich persönlich meine, daß das Experiment gelingen wird. Der gleichen Meinung sind viele japanische Wirtschaftswissenschaftler und Industrielle. So ist Prof. K. Ogawa von der Universität Nagoya, ein Experte der Japanischen Vereinigung zur Förderung des Handels mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern, davon überzeugt, daß gemeinsame japanisch-sowjetische Betriebe aussichtsreich sind. Die Gewähr dafür sieht er neben allem anderen in der Effektivität der Regierungskontrolle in der UdSSR über diese Betriebe. S. Suetomi, Leiter der Moskauer Vertretung der Handelsfirma Mitsui bussan, erklärte, daß „in die Segel der

japanisch-sowjetischen Beziehungen endlich zu blasen begann.

Und weiter sei die Produktion von A. Chemieerzeugnissen, Halbleitertechnik, ähnelt z. B. die eines Monsanto oder S. erstere will gentechnisch erzeugte, die andere für Industrie.

Ihre Bemerkung hat mich sehr verwundert. „Dialog aufdrängen“ ist ein Problem. „Frage“ auslassen. Wir haben, stammen gemeinsame Betriebe von den J. deren Bewußtsein territoriale Frage“, die der hartnäckigen Sowjetunion immer sei. Doch die reale Handel und Wirtschaft wie wir sehen, als sollten wir dann ebenso hinüber sind, besondere Aufmerksamkeit!

Und noch etwas Recht Besorgnis über der neokolonialistischen Politik Japans denzen nicht real eben eine Welt werden, in der c. Recht beruht, nicht der Macht, umfassend vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen Wege, eine solche schaffen.

Ein amerikanischer päpster Geschäft. Stärke der japanischen Konkurrenz paßt, ist Krieg ist, wie das Fortführung der Handelsbeziehungen Japaner meinen, d. Kriegen.“ Wir haben die Haltung zu den, zum Ha wirtschaftlichen. Zu dem XXVII. Part wurde die Aufgabe interessierten Kapital die Handelsbeziehungen geradezu teilhafter und Grundlagede, d. h. des Wohlwollens, des Vertrauens, v.

MEINUNGSSTREIT

Trennung von der Heimat...

DOPPELT

BETRÜBLICH

Aus verschiedenen Gründen verlassen einzelne Bürger für immer die UdSSR und suchen ihr Glück in der Ferne.

Betrüblich, daß sie der bürgerlichen Propaganda glauben, daß sie vernünftigen Argumenten nicht zugänglich sind. Für mich ist es aber noch betrüblicher, wenn solchen Leuten die Schuppen von den Augen fallen, wenn sie sich entschließen heimzukehren und ihnen diese Rückkehr erlaubt wird. Was soll das? Mir ist es unverständlich. Kann man etwa die Heimat zurückholen, kann man etwa die eigene Mutter, die man aufgehört hat zu lieben, wieder lieb gewinnen? Unser Land verlassen Menschen, die sich der Tragweite ihres Schrittes bewußt sein sollten. Wir aber verzeihen ihnen dann alles. Finden Sie das gerecht?

A. SHOWNIR

Gebiet Saporoschje, Ukr. SSR

UND DOCH

TUN SIE

EINEM

LEID

In letzter Zeit las ich wiederholt von Menschen, die das Leid des Verlustes ihrer Heimat erfahren, denen mehr als genug Schweres in der Ferne widerfuhr.

Mein Verstand sagt mir, daß sie selbst an ihrem Schicksal schuld sind, doch wenn man die Tränen in ihren Augen sieht, dann krampft sich das Herz zusammen. Da sagt man sich: Ja, sollen sie doch zurückkommen, wenn sie unserem Land, als sie in der Fremde waren, keinen großen Schaden zufügten. Haben viele ja Kinder. Und kann man etwa Kinder ohne die Heimat erziehen?

P. WASSILJEWA
Irkutsk, RSFSR

WIE

SKLAVEN

AUF

PLANTAGEN

Unsere Familie ließ sich 1905 in Kalifornien nieder, nachdem mein Vater, ein Ukrainer, aus Rußland emigriert war. Nach seiner Ankunft in den USA suchte er lange Arbeit und kam schließlich als Bergmann in Kupfergruben unter. 1929 starb er an Silikose. So mußte ich mit 14 zu arbeiten beginnen. Und ich schultete, oft ohne Urlaub, bis ich 62 war. Anfangs arbeitete ich 6 Tage die Woche 10 Stunden täglich, wobei ich einen Wochenlohn von 2,5 Dollar erhielt. Erinnerst du dich eine solche Malöche an die Arbeit der Negerklaven auf den Plantagen im 18. Jh.? Glauben Sie mir, das ist keine Übertreibung. Wenn Sie wüßten, wie die ständige Sorge um das Morgen dem Menschen zusetzt! Ich habe schon lange verstanden, daß nur die sozialistische Gesellschaft Leben und Zukunft sichert. In der Welt, in

der ich lebe, gibt es keine Organisation, die tatsächlich die Rechte und Interessen der Werktätigen

verteidigen würde. Jetzt weiß ich, daß ich keine Zukunft habe, bis ich die USA verlassen und in die Sowjetunion übersiedeln werde.

Katherine SENIEK
Kalifornien, USA

Diese Silhouette wurde auf der Erde aus Zeitungen von Arbeitslosen aus Minneapolis zur Erinnerung an Arvid Dulak, einen von Millionen obdachlosen Amerikanern, gelegt. Er übernachtete in einer Mülltonne und wurde von dem Räumungsfahrzeug zermalmt. In den Zeitungen (darunter auch in der „Minneapolis Star and Tribune“; den Ausschnitt sende ich Ihnen) wurde dieser Unglücksfall gemeldet. Und der Kommentar dazu! Arvid Dulak wird da im Gegenteil „verurteilt“ - weil er nicht dort, wo es sich gehört, schlief.

Ronald J. SCHLEYER
Minneapolis, USA

1947 planten die USA die Okkupation Chinas.

Davon zeugt die

Direktive 476/2

Das Dokument des Oberkommandos der US-Streitkräfte ist umfangreich: über 180 Seiten, dazu Landkarten, Tabellen und Schemata, wie sich's für Stabsunterlagen gehört. Codename der Operation: "Moonrise" [Mondaufgang], Ausfertigungsdatum 29. August 1947, Nr. 476/2 (die Zwei bedeutet, daß auch andere Operationsvarianten bestanden); Erarbeiter: Vereinigter Ausschuß für Verteidigungsplanung, der dem Vereinigten

Komitee der Stabschefs (oberstes militärisches Organ der US-Streitkräfte) unterstellt war. Geheimhaltungsgrad: "Streng geheim". Der Ernst der Zusammensteller steht außer jedem Zweifel, sie verwiesen in der Einführung sogar eigens, der Plan sei "aufmerksam zu lesen".

Wir wollen das tun. Die erste Frage in diesem Zusammenhang: In welchem Teil der Welt sollte die geplante Operation steigen?

Ort

der Handlung

Die Antwort finden wir schon auf S. 5, auf der der Operationsraum von "Moonrise" wie folgt charakterisiert wird:

"Das in Betracht kommende Areal von Südkina bis Ostsibirien und Alaska stellt in der Hauptsache einander abwechselnde Streifen von Hochgebirgen und Tälern dar, die sich ungefähr parallel zur kontinentalen Pazifikküste ziehen. Die Gebirgsgebiete sind mäßig durchschnitt, wenig bewaldet und im Schnitt nur 5000–8000 Fuß hoch. Sie schließen kleinere Ebenen und nicht sehr hohe Plateaus zwischen sich ein, viele Gebirgseinschnitte sind durch lange Tälerketten verbunden. Die tiefsten zwischen den Bergen liegenden Becken sind unter dem Meeresspiegel gelegen, darin befinden sich das Japanische, das Südkinesische, das Ostchinesische, das Ochotskische und das Beringmeer. Ausführlicher s. Ergänzung A zum Anhang (S. 60)."

In der Tat werden auf den Seiten 60–76 ausführlich folgende Gebiete untersucht: Kamtschatka, Sachalin, Südost- und Nordostsibirien, China (Mandschurei, Nord- und Ostchina), Korea, Japan (die Inseln Hokkaido, Honshu, Kyushu und Shikoku) sowie Alaska. Am ausführlichsten

wurden die physisch-topographischen Eigenschaften Chinas analysiert, in welchem Zusammenhang folgende tiefsinnige Bemerkung gemacht wird:

"Bei militärischen Operationen in China sind die Klima- und Witterungsbedingungen in Betracht zu ziehen."

Demnach militärische US-Operationen in China 1947? In einem Land, das auch damals gleich den Vereinigten Staaten UNO-Mitglied und sogar Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates war?

Am Ursprung

des Neoglobalismus

Im Herbst 1946 wurde in einer geheimen Denkschrift für Präsident Truman von seinem Sonderberater Clark Clifford empfohlen:

"Unsere Politik muß völlig global sein. Aus seinerzeit naheliegenden Gründen behandelten wir die Europa-, die Nahost-, die Indien- und die Chinapolitik gesondert..."

Dies ist ein wichtiger "methodologischer" Hinweis: Will man amerikanische Pläne im Hinblick auf ein Land prüfen, so ist in erster Linie der Platz dieses Landes in Washingtons globalen Plänen zu bestimmen. Clifford bezeichnete diese Pläne als die eines "Totalkrieges gegen die UdSSR".

Die Zeittafel des abenteuerlichen Pentagon-Vorhabens ist nun bekannt: Der erste Plan eines Atomwaffenüberfalls auf die UdSSR ist vom 3. November 1945 datiert; darin wurde, wenn auch in sehr allgemeiner Form, das mögliche Verhalten dritter Länder im Kriegsfall erwogen.

Die in Weiterentwicklung dieses Dokuments ausgearbeitete Operation "Pincher" (Direktive des Vereinigten Ausschusses für Verteidigungsplanung vom 2. Februar 1946) sah konkret vor, daß zum Moment der Kriegsentfesselung durch die USA sie und ihre eventuellen Bündnispartner Unterstützung "an der Linie Beringmeer–Japanisches Meer–Gelbes Meer" brauchen, was seinerseits "eine aktivere Benutzung Alaskas, der US-Stützpunkte im Pazifik, auf den in Treuhänderschaft stehenden japanischen Inseln, in Japan, auf Riukiu und möglicherweise von Häfen und Stützpunkten in China" erfordern werde.

Warum der Stützpunkte in China? Hier die Antwort:

"Qingdao, Shanghai und Chengdu werden als Fliegerstützpunkte betrachtet, von denen aus vier Industriegebiete der UdSSR – Nowosibirsk, Irkutsk, Kemerowo und Stalinsk – zu erreichen sind. Diese Gebiete sind für die auf Japan und Okinawa gestützten B-29-Flugzeuge unerreichbar und gegen die auf Indien gestützten Flugzeuge durch den Himalaja abgeschirmt."

Ein zweifacher Plan

Aber das ist nur der eine Aspekt der geheimen US-Pläne von 1946/47. Ihr Objekt war nicht nur die UdSSR. In nicht geringerem Maße richteten sie sich auch gegen China, gegen die chinesische Revolution. Im Jahre 1947 wurde der "Pincher"-Plan durch einen neuen, unter dem Codenamen "Broiler", ersetzt. Über diese Ziele hieß es darin:

"Es gilt, eine militärische und politische Situation im Fernen Osten zu verhindern, in der die Völker Asiens die kommunistische Ideologie akzeptieren könnten."

Der Schluß: "Das nationalistische China ist zu unterstützen", weil es in seinen Beziehungen zu den USA "den gleichen Kurs wie während des zweiten Weltkrieges steuern" werde.

Eine weitere Direktive jener Zeit, Nr. 1769/1 vom 29. April 1947, betitelt "US-Hilfe an andere Länder im Interesse der nationalen Sicherheit", erläuterte recht zynisch:

"Chinas größte militärische Ressource ist das Menschenmaterial. Doch verfügt China über keine Industrie, die dieses Menschenmaterial für die Teilnahme an Kampfhandlungen einkleiden könnte, und ist nicht imstande, es zu ernähren, damit es kampffähig ist..."

Nicht weniger zynisch äußerten sich die Urheber der Direktive dahingehend, daß es keinen Sinn habe, viel zu viel in die Guomindang zu investieren, weil deren Effektivität "zweifelhaft" sei. Doch wenn eine amerikanische Offensive "auf unseren ideologischen Hauptgegner", d. h. auf die UdSSR, beginne, werde "ein Erfolg der Offensive die unentwickelten Fernostländer vom Kommunismus isolieren. Es wird möglich sein, sie durch wirtschaftliche Quarantäne in Isolierung zu halten."

Und so erkannte die Direktive 1769/1, "ausgehend davon, daß der künftige Krieg ideologisch sein wird und die laufende Hilfe nur vom Standpunkt unserer nationalen Sicherheit aus erwiesen werden muß", den ersten Platz in den US-Plänen im Fernen Osten nicht dem China Tschiang Kaischeks, sondern Japan zu. Trotzdem war im Punkt 7 des "Broiler"-Plans die Rede erneut von der Notwendigkeit, Tschiang Kaischeks Truppen und Regime zu unterstützen sowie gegen die Volksbefreiungsarmee Chinas vorzugehen.

In den Kriegsjahren

Die Beziehungen der USA zu Tschiang Kaischeks Regime wurden in den Kriegsjahren vor allem durch die Erfordernisse des Krieges gegen Japan diktiert.

"Moonrise": Richtung der Kampfhandlungen der US-Luftwaffe gegen China und die UdSSR.

"NEUE ZEIT" 4.87

Japan okkupierte einen großen Teil des chinesischen Territoriums: die Mandschurei, Nord-, Zentral- und Südostchina, die ganze Seeküste des Landes mit den wichtigen Häfen Tianjin, Shanghai und Kanton. Die Truppen der Guomindang-Regierung standen formell auf seiten der Alliierten, leisteten jedoch keinen nennenswerten Beitrag zu deren Kampf. Der US-General Joseph Stilwell, der sich in China als militärischer Hauptberater befand, sandte wiederholt besorgte Berichte nach Washington: über den Zerfall des Regimes, über den Unwillen Tschiang Kaischeks, gegen die Japaner Krieg zu führen, und seine Pläne eines Bürgerkriegs. Tschiang sabotierte eindeutig die Kampfhandlungen gegen Japan und konzentrierte sich auf den Kampf gegen die Volksbefreiungsarmee und auf die Blockade der befreiten Gebiete Chinas.

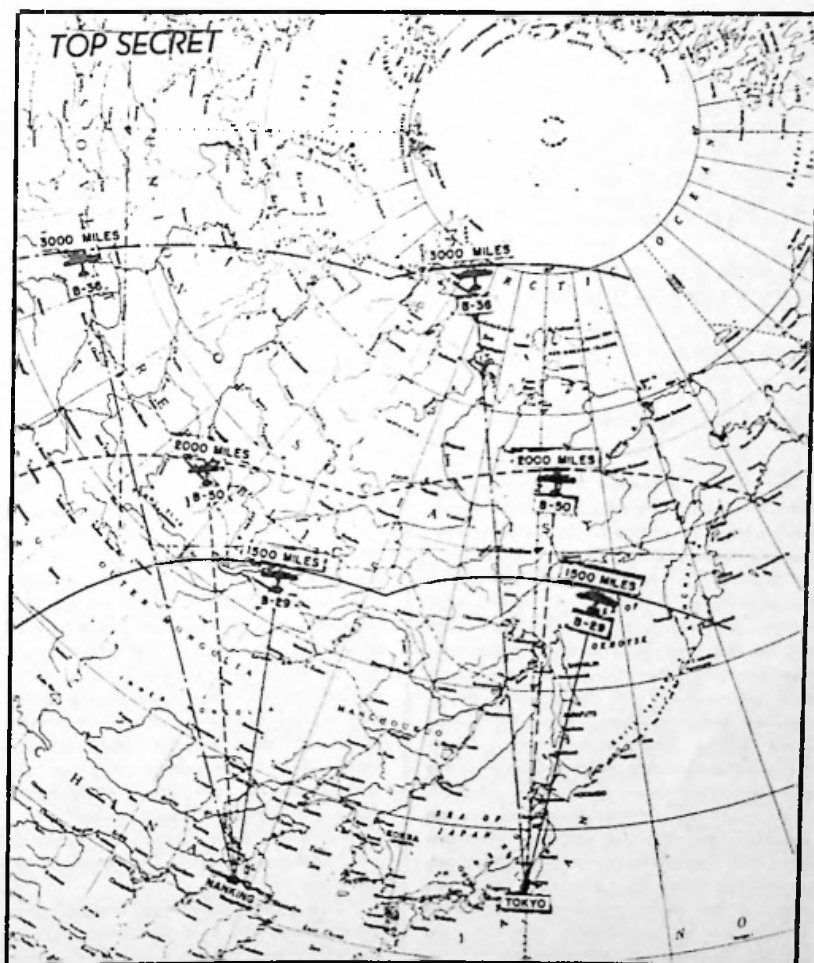
Als das Jahr 1945, das Jahr des Sieges in Europa und auch im Fernen Osten, kam, suchten die militärischen und politischen US-Kreise, wohl wissend, daß sie ohne die sowjetische Hilfe den Krieg nicht zu beenden vermochten, nach Mitteln und Wegen, die eigenen Interessen in China, das seiner Befreiung entgegenfierte, zu gewährleisten. Am 21. Juli 1945 ließen die Vereinigten Stabschefs auf Weisung Präsi-

dent Trumans den Truppen im Fernen Osten die Direktive zugehen, die vorschrieb, zu "Soforthandlungen", nämlich "möglicherweise vor dem Einmarsch der Russen", bereit zu sein. Gemeint war eine dringliche Landung von US-Truppen in der Mandschurei und in Korea.

In Erfüllung ihrer Pflicht als Alliierte gingen die sowjetischen Truppen im Fernen Osten am 9. August zur Offensive über. Zwei Tage später, am 11. August, richteten die Vereinigten Stabschefs folgende Direktive an die Kommandierenden:

"Nach Ansicht des Präsidenten ist es notwendig, im voraus Maßnahmen auszuarbeiten, damit der Hafen Dairen (Dalni) und ein Hafen in Korea (Söul) sofort nach der Kapitulation Japans okkupiert werden können, wenn die Häfen bis dahin nicht von den sowjetischen Truppen besetzt sein werden."

Zur Erfüllung der Direktive forderte General Wedemeyer, Chef der US-Militärmission in China, von Washington am 12. August dringend sieben US-Divisionen an. Darauf mußte jedoch verzichtet werden: Schon am 12. August mußten die Vereinigten Stabschefs ihre Direktive "angesichts des raschen Vorstoßes der Russen" aufheben.



DIREKTIVE 476/2

Darauf wurde die Konzeption abgeändert: Tschiang Kaischek sollte direkte Hilfe erhalten, damit gerade seine Truppen die Provinzen Nordost- und Zentralchinas besetzen. Diese Operation begann tatsächlich am 30. September mit der Landung der 1. Division in Tanggu (bei Tientsin). Darauf versuchte die 7. Flotte, die Guomindang-Truppen an Bord genommen hatte, eine Landung in Dalni, was den geltenden sowjetisch-chinesischen Abkommen direkt widersprach. Nach einer Niederlage setzte das US-Kommando diese Truppen in anderen Gebieten aus. Im Ergebnis befanden sich in China Ende 1945 rd. 113 000 US-Soldaten, was keineswegs nötig war, um bloß die japanischen Truppen zu "entwaffnen".

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1945 widersetzten sich die USA erbittert dem Beschluß, alle fremden Truppen aus China abzuführen. Die US-Vertreter redeten von der Notwendigkeit, die japanischen Kriegsgefangenen zu "überwachen" und zu evakuieren. Nach der Kapitulation war jedoch schon viel Zeit vergangen, und dieses Argument wirkte wenig überzeugend. Die USA mußten den Beschluß darüber unterzeichnen, daß der "Truppenabzug wünschenswert" sei. Als die UdSSR den endgültigen Abzug ihrer Truppen aus der Mandschurei bis zum 15. April 1946 bekanntgab, sahen sich die USA genötigt, die Stärke ihrer Truppen zu vermindern. Bis Juni 1947 blieben dort nur noch 6180 Mann.

So kommen wir an das Jahr 1947 heran, da die Operation "Moonrise" entstand.

"Wenn

die US-Truppen..."

Mit dieser Operation wollten die USA sowohl die UdSSR als auch die chinesische Revolution schwächen. Deshalb wurde das militärpolitische Ziel so formuliert:

"Durch Angriffsoperationen hauptsächlich im Westen Eurasiens und aktive Verteidigung in Ostasien den Willen der Sowjetunion zur Fortführung der Kampfhandlungen zu unterdrücken. Vor allem die Linie Beringmeer-Japanisches Meer-Gelbes Meer durch die erste Hilfe an China abzusichern... Maximal wirksame strategische Luftangriffe auf die lebenswichtigen westlichen Gebiete der UdSSR zu unternehmen und sie mit Operationen zur Sicherstellung notwendiger Luftstützpunkte sowie mit politischen, psychologischen und illegalen Operationen auf den durch die Russen besetzten Territorien zu verbinden, um die russischen Ressourcen lahmzulegen."

Das war das allgemeine Ziel. In Anwendung konkret auf China erwogen die Urheber des "Moonrise"-Plans mehrere Varianten des Vorgehens (eine für alle militärischen US-Dokumente jener Jahre charakteristische Methode).

Bei der ausführlichen Analyse aller Aspekte der möglichen US-Aktivitäten in China wurden nämlich folgende Varianten in Betracht gezogen:

a) China bleibt ein "neutraler und nichtokkupierter Staat";

b) US-Truppen marschieren in China ein und gehen gemeinsam mit den Guomindang-Behörden vor.

Die amerikanischen Planer wären natürlich nicht amerikanische Planer gewesen, wenn sie als "dritte Variante" nicht eine imaginäre Okkupation Chinas, der Mandschurei, Taiwans, Japans und selbst Alaskas durch sowjetische Truppen beschrieben und ausgemalt hätten. Aber das "gehörte eben dazu", und die "Analytiker" selbst zogen den Schluß, daß die UdSSR solche Pläne für den Fernen Osten wohl nicht habe. Die Pläne einer US-Okkupation dagegen...

Sie war für die "Moonrise"-Urheber ein durchaus machbares Vorhaben. Begründet wurde das so:

"Die USA sind die einzige Großmacht, die zweifellos mit gutem Willen der politisch indifferenten Bevölkerungsmasse Chinas rechnen kann. Das hängt teils mit der US-Hilfe an China während des zweiten Weltkrieges, teils mit dem relativ guten Ruf der USA in Vorkriegschina zusammen..."

Wenn US-Truppen an militärischen Operationen teilnehmen, werden sie in den meisten Gebieten Chinas auf geringeren Widerstand als andere Länder stoßen. Mehr noch: Da die US-Truppen in hohem Maße sich selbst versorgen und kaum zur gewaltsamen Requisition greifen werden, wird auch der unmittelbare Grund zum Widerstand entfallen."

Es meldeten sich jedoch auch Zweifel:

"Anzunehmen ist, daß die Guomindang-Behörden wahrscheinlich auf seiten der US-Truppen sein und ihnen helfen werden. Aber ihre Hilfe wird nur einen Teileffekt haben. Erstens ist das Niveau ihrer verwaltungstechnischen Aktivität in China nicht hoch. Die Guomindang ist unfähig, einen wirksamen Verwaltungsdienst auszuüben. Noch wichtiger ist, daß die Guomindang keine positive Unterstützung im Volk hat. Heute vermag sie es nicht, das Volk für die Alliierten und ihre Unterstützung zu begeistern. Andererseits können die Guomindang-Behörden wegen der seit alters traditionellen Passivität der Bauern die äußeren Machtattribute bewahren und bei der Unterdrückung der Widerstandsbewegung auf großen Flächen helfen."

Wer sollte nach Ansicht der Verfasser des Dokuments den Okkupanten Widerstand leisten?

"Von größter politischer Gefährlichkeit für die US-Kräfte wird die Kommunistische Partei Chinas sein. Sie hat eine ausge-

zeichnete disziplinierte Führung und ein praktisches Programm, das dazu angetan ist, von der Bevölkerung unterstützt zu werden. Die Präsenz der US-Truppen wird den Kommunisten die Möglichkeit geben, den latenten Ausländerhaß der meisten Chinesen auszunutzen, und sie könnten den Kern einer ernstzunehmenden Widerstandsbewegung bilden. Da sich die kommunistischen Funktionäre grundsätzlich zur sowjetischen Interpretation des marxistischen Dogmas bekennen, ist schwer damit zu rechnen, daß beträchtliche kommunistische Massen für die Sache der Amerikaner zu gewinnen sind."

Doch in den USA glaubte man, "innere" Reserven für eine Okkupation Chinas zu haben:

"Die chinesischen Regierungen unterdrückten die nationalen Minderheiten der Mongolen in der Inneren Mongolei und die Moslems in Xinjiang, daß es ein leichtes sein wird, die Einheimischen zu einem Aufstand zu provozieren."

Wirtschaftliches

Ein Abschnitt des "Moonrise"-Plans ist insofern ungewöhnlich, als er rein wirtschaftliche Probleme behandelt, wenn auch von einem originellen Standpunkt aus: von dem wirtschaftlicher Vorteile (und Nachteile) einer Okkupation Chinas. Hier zeigten die Planer einen nicht eben alltäglichen Realismus, weil sie sich bei einem Einmarsch amerikanischer Truppen in China keine besonders großen und raschen wirtschaftlichen Vorteile versprachen. Zuerst untersucht der Plan "augenblickliche Vorteile" der Okkupation:

"Die für die Ausfuhr geeigneten Objekte haben einen geringen Wert im Vergleich mit amerikanischen oder sowjetischen Industriebetrieben. Das gesamte rollende Material z. B. zählt rd. 1370 Lokomotiven und 18 000 Waggons von verschiedenem Grad der Einsatzfähigkeit, und die Spurbreite ist schmaler als auf den sowjetischen Eisenbahnen. Ein Großteil der Industrieanlagen ist entweder veraltet oder hat wenig mit der Rüstungswirtschaft zu tun, wie z. B. kleine Mehl- und Ölfabriken. Der Gewinn von dem 1947 zu erwartenden Produktionsausstoß ist eine Quantität negligeable."

Alles klar, sollte man meinen, kein wirtschaftlicher Gewinn winkt, nicht einmal zum Plündern ist etwas da. Aber die Analyse geht weiter und führt uns an einen bemerkenswerten Schluß heran:

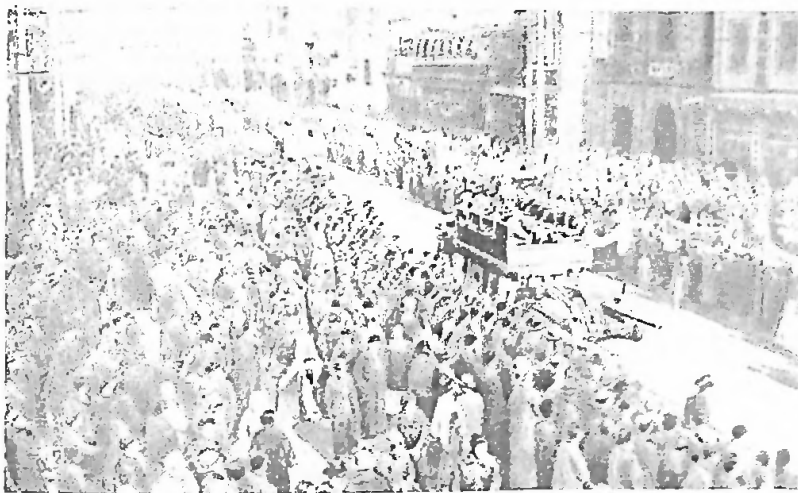
"Die Umstände, unter denen ein Territorium unter fremde militärische Kontrolle kommt (z. B. laut einem Vertrag), oder die Aussicht auf langwährenden Charakter einer solchen Kontrolle könnten die Okkupationsbehörden zur Prüfung umfassender Aspekte der Wirtschaftspolitik veran-

lassen. Politische Ziele und eine langzeitliche militärische Notwendigkeit könnten eine Erhöhung der Okkupationsausgaben rechtfertigen, damit sie die Verantwortung für das Funktionieren der Zivilwirtschaft einschließen... Die wichtigsten Vorteile des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sind hauptsächlich vom Standpunkt der Erreichung politischer Ziele zu beurteilen."

Da haben wir es: Die USA nahmen ein wirtschaftliches Risiko bei der Okkupation Chinas in Kauf, nur um ihre politischen Ziele zu erreichen!

Sinn der Operation

Der "alternative" Charakter der Erwägungen im "Moonrise"-Plan — hier die



Argumente für und hier gegen die Okkupation Chinas — ist verständlich. In der Tat waren die Jahre 1946 und 1947 für die Macher der amerikanischen Fernostpolitik schwer. Die antikommunistischen Denkmuster hatten Washington in eine Sackgasse getrieben, denn trotz aller Schwierigkeiten siegte die Volksrevolution in China, während die Reaktion eine Schlappe nach der anderen einstecken mußte. Wie nun weiter? Lehren aus der Geschichte ziehen? Den Realitäten Rechnung tragen?

Nein, antwortete die US-Generalität, wozu Lehren ziehen, wenn es doch in Jahrhunderten bewährte Mittel gibt? Eben darin bestand der praktische Sinn der "Moonrise"-Operation: Sie sollte den imperialistischen Status quo im Fernen Osten wiederherstellen. Und die Operation war schon nicht "alternativ", sondern sehr konkret geplant. Man braucht sich nur die durch und durch sachlichen Anlagen zum "Moonrise"-Plan anzusehen:

— Standortskizze der Truppen der USA, Großbritanniens, der Guomindang und der Volksbefreiungsarmee;

— Karten der Chausseen und Eisenbahnen in China, der Häfen an der Küste Chinas, Japans, Koreas und des sowjetischen Fernen Ostens;

— Karten der US-Luftstützpunkte im Fernen Osten (unter Angabe der Reichweite der Bomber und der Ziele für Luftangriffe in Sibirien).

Besonders detailliert wurde im Plan die Möglichkeit einer Landung von Truppen in fernöstlichen Häfen geprüft, wozu alle Häfen nach folgendem Schema klassifiziert waren:

1. Name des Hafens;
2. Zahl der Schiffe vom "Liberty"-Typ*, die der betreffende Hafen gleichzeitig aufnehmen kann;
3. Tonnage, die in 24 Stunden bearbeitet werden kann.

Nach diesen Punkten wurde die Einschätzung folgender Häfen vorgenom-

Truppen der Volksbefreiungsarmee ziehen ins befreite Peking ein.

men: Jinwangtao, Dairen, Port Arthur, Weihaiwei, Chefu, Qingdao, Nanjing, Shanghai, Ningbo, Wuhu, Sangtuao, Liaoyao, Hankou, Amoy, Hongkong, Kuonchouwan, Macao und Huilingsan.

Eine weitere Anlage gab Aufschluß über die Möglichkeiten, in Gebieten ohne Häfen Truppen auszusetzen.

Viel genauer waren die Anlagen über Straßen und besonders Luftstützpunkte. Für einen solchen Stützpunkt auf den Aleuten wurde die Reichweite der Bomber angegeben: 2000 Meilen bis zu den

* Der meistverbreitete Typ der amerikanischen Frachtschiffe in der Kriegszeit.

** Bei Handlungen von den Luftstützpunkten in China (z. B. von Nanjing) aus galt es für B-29-Flugzeuge als möglich, ganz China, Tschita und Chabarowsk, für B 50 Nowosibirsk und für B 36 Swerdlowsk zu erreichen.

Städten der Mandschurei für B-50-Maschinen bzw. 3000 Meilen bis Zentralchina für B 36. Für die Luftstützpunkte auf Alaska: 1500–3000 Meilen für Angriffe auf sibirische Städte.** Zur Sicherstellung des US-Vorgehens sollten eine Luftlandedivision, zwei Gruppen schwerer Bomber, drei Jägergruppen, je eine Gruppe von Allwetterjägern und von Absetzflugzeugen, je eine Staffel von Aufklärungsflugzeugen und von Wetterfernaufklärungsflugzeugen konzentriert werden. Den Bedarf an Seestreitkräften bestimmte der Plan wie folgt: ein operatives Flugzeugträgerverband, drei Such-Angriffsgruppen von Geleittflugzeugträgern, 8 U-Boot-Flottilien, 1 Gruppe Unterwasserminenleger und 12 Staffeln von Patrouillenflugzeugen.

Auch ein konkreter Plan der Kampfhandlungen wurde umrissen:

"Am günstigsten ... wäre die Halbinsel Shandong. Das dortige Gelände ergibt ideale Verteidigungsstellungen, besonders in unmittelbarer Nähe von Qingdao. Ein weites Tal, das sich von der Basis der Halbinsel in ihr Inneres zieht, bietet zahlreiche Möglichkeiten für die Anlegung von Flugplätzen, darunter für schwere Bomber. Das ganze Territorium ist durch Eisenbahnstrecken und Chausseen mit dem ausgezeichneten Hafen Qingdao verbunden. Bei Handlungen von den Stützpunkten auf der Halbinsel Shandong könnten die Luftstreitkräfte der Alliierten den Russen die Kontrolle der Kommunikationen in Korea und Nordchina streitig machen. Sie könnten ferner Dairen, Port Arthur und andere sowjetische Häfen am Gelben Meer und in der Zhili-Bai neutralisieren und um die Luftherrschaft in der ganzen Region rivalisieren. Nach Erreichung der Luftherrschaft könnte Qingdao einen ausgezeichneten Stützpunkt für die Seestreitkräfte abgeben, die zur Erreichung der völligen Kontrolle über die Zhili-Bai eingesetzt sein werden. Die chinesischen nationalistischen Kräfte sind außerstande, den Raum Shandong zu halten. Sie werden eine wesentliche Hilfe der Alliierten zu Lande, auf See und in der Luft brauchen."

Nur wenig schien zu fehlen: Befehl erteilt, und...

Eine Rechnung ohne den Wirt

Aber die Verfasser des "Moonrise"-Plans schwankten wie Buridans Esel: Sollten sie mit Chinas Okkupation beginnen, sollten sie damit warten oder sich gänzlich zurückziehen?

Die Frage, ob die US-amerikanische Okkupation möglich und machbar war, wurde ganz anders entschieden: durch das chinesische Volk.

Im März 1947 unternahmen die Guomindang-Truppen eine Offensive gegen Yangan, das Zentrum der befreiten Gebiete. Tschiang Kaischek versprach, die

Kommunisten im August oder September zu "vernichten". Er konnte sein Versprechen jedoch nicht halten. In der Mandschurei gingen die nach ihrer Befreiung aufgestellten Truppen der Vereinigten Demokratischen Armee Anfang 1947 zur Gegenoffensive über. Ende 1948 endete sie mit der völligen Zerschlagung einer etwa 500 000 Mann starken Guomindang-Gruppierung und mit der Befreiung der ganzen Mandschurei. Erschreckt forderten Tschiang Kaischeks Anhänger von den USA, "der UdSSR einen Schlag zu versetzen", um den Vormarsch der revolutionären Truppen zum Stehen zu bringen. Tschiang wollte diesen Schlag "unverzüglich, solange die UdSSR keine genügend starke Industriemacht geworden" sei.

In dieser Situation entstanden die Pläne einer Okkupation Chinas. Der "Moonrise"-Plan war 1947 geheim, bekannt wurde dagegen General Wedemeyers Bericht, worin vorgeschlagen wurde, Tschiang größere Finanz- und Militärhilfe zu erweisen, die Stärke der Gruppe der US-Militärberater in China auf 10 000 Mann zu bringen und sogar eine "Treuhänderschaft der Großmächte" über die Mandschurei zu errichten. Der General der Luftstreitkräfte Chennault seinerseits forderte dazu auf, amerikanische "Freiwilligentruppen" für den Einsatz in China aufzustellen.

Aber es war zu spät, zu retten, was zugrunde ging. Truman selbst gab zu: "Unsere Lage in China ließ uns nur eine begrenzte Wahl übrig. Einerseits konnten wir die Angelegenheit nicht sich selbst überlassen... Aber die Alternative war gleichermaßen unannehmbar. Sie bestand darin, die Zerschlagung der Kommunisten zu übernehmen und die Russen gewaltsam zum Abzug aus der Mandschurei zu zwingen."

Selbstverständlich gab sich der Präsident einer Illusion hin, als er von "einer Zerschlagung der Kommunisten", und sei es mit den US-Kräften, schrieb. Während er davon träumte, rückten die Truppen der Vereinigten Demokratischen Armee stürmisch aus der Mandschurei nach Nordchina vor, von wo aus sie gemeinsam mit der Volksbefreiungsarmee in einem Zug den Yangtsekiang erreichten. Es begannen die letzten Kämpfe um die Befreiung, und die USA konnten ihren Ausgang nicht verändern. In jener Zeit schrieb Mao Zedong: "Die USA setzten keine großen Kräfte zu einer Offensive auf China ein, aber nicht, weil die US-Regierung das nicht wollte, sondern weil sie ihre Befürchtungen hatte... Sie befürchtete, daß die Völker der UdSSR, Europas und der ganzen Welt gegen sie auftreten würden."

Der "Moonrise"-Plan blieb in den Pentagon-Safes liegen. Doch bisweilen charakterisieren unverwirklichte Pläne die Politik von Staaten besser als öffentliche Reden ihrer führenden Politiker.

**Publikation von
L. BESYMENSKI**

„Europa-Kernbombe“¹⁾

und die Alternativen zur Abschreckungsstrategie

Alexander LEBEDEW

Wie sehen die Argumente für die "Euro-Bombe" aus? Zunächst einmal wird behauptet, die Warschauer Pakt-Staaten seien an konventioneller Rüstung überlegen. Bei der quantitativen Bestimmung wiederum schwankt man zwischen zweifacher, dreifacher, gar fünffacher Überlegenheit...

Indes bestätigen das Internationale Institut für strategische Studien in London, das Internationale Friedensforschungsinstitut in Stockholm (SIPRI) und verschiedene einschlägige Publikationen, wie die französische "Defense nationale", ein annäherndes Gleichgewicht zwischen konventionellen Waffen und Streitkräften der Warschauer Vertragsstaaten und der NATO natürlich unter Berücksichtigung ihrer strukturellen Unterschiede.

Wer die Erpressung fürchtet

Eigenartigerweise behaupten nun London, Paris, Bonn und ihre Verbündeten immer wieder eine Überlegenheit des Ostens an konventionellen Waffen, atomaren taktischen und Mittelstreckenraketen und chemischen Waffen, ohne die Vorschläge des Warschauer Vertrages für eine einschneidende Reduzierung all dieser Waffenarten ernsthaft zu prüfen.

Vielleicht ist Westeuropa wirklich so "schutzlos", daß man dort eines nuklearen Keuschheitsgürtels bedarf, um seine Jungfernschaft bei einigem Risiko für Leib und Leben zu konservieren? Der US-Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Richard Burt, ließ hierzu im November 1986 in einem "Stern"-Interview eine interessante Bemerkung fallen, er habe in den letzten Monaten einige Zeit bei den Streitkräften der USA und der Bundesrepublik verbracht und könne sagen, daß eine Beseitigung der Atomwaffen in Europa nicht bedeutet, daß Westeuropa schutzlos dasteht. Er beruhigte die Europäer, indem er ihnen versicherte, daß die Verteidigung der Alten Welt sich jederzeit auf die amerikanischen strategischen Waffen verlassen könne.

Warum also hörtel man in Westeuropa so äußerst gefährliche eigene und eingeführte Waffen, wenn Washington Sicherheit mit amerikanischen strategischen Waffen garantiert, vor einer übrigens nicht existenten Bedrohung?

Viele westeuropäische Politiker stellen sich diese Frage. Der Standpunkt des

¹⁾Zweiter Teil des Artikels zum Kernwaffenpotential Großbritanniens und Frankreichs

bundesdeutschen Ex-Kanzlers Helmut Schmidt ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert. Er selbst trägt ein gerüttelt Maß Verantwortung für die Stationierung amerikanischer Pershings und Cruise Missiles in Europa. Seiner Meinung nach sind die sowjetischen nuklearen operativ-taktischen Mittel nicht geeignet, als Instrument der politischen Einschüchterung zu dienen. Das Ungleichgewicht zwischen West und Ost auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung werde außerdem stark übertrieben. Schmidt meint, daß die europäischen konventionellen Streitkräfte selbst in der Lage seien, die Sowjetunion von einer Invasion oder von Erpressung abzuhalten und ohne amerikanischen Atomtschid auszukommen. Der frühere Kanzler ging noch weiter. Falls Amerika auch weiterhin mit einem Abzug seiner Soldaten aus Europa droht, dann sei er der Meinung, je früher, desto besser.

Damit antwortete Schmidt gleichsam zufällig auf eine kürzlich erfolgte Erklärung des amerikanischen NATO-Oberbefehlshabers in Europa, General Rogers, der androhte, 350 000 GIs aus Europa abziehen, falls Großbritannien sein Territorium für US-amerikanische Kernwaffenstützpunkte sperren sollte.

Das nennt man wahrscheinlich in jeder europäischen Sprache Erpressung. Dabei warnt gerade General Rogers die Westeuropäer unermüdlich vor sowjetischer Erpressung. Daß die Sowjetarmee zum Sprung über die Elbe ansetze, untersteht selbst er sich nicht, zu behaupten, aber die Bedrohung sei ja noch viel schlimmer: Ohne einen einzigen Schuß abzufeuern, könne die Sowjetunion Westeuropa in die Knie zwingen. Indem sie mit ihrer atomaren Überlegenheit droht, versteht sich. Hier sollte man auf die Ansicht der britischen Labour Party verweisen, die aus einer Erklärung zu Verteidigungs- und außenpolitischen Fragen hervorgeht. Es sei unmöglich, heißt es darin, auch nur ein einziges Beispiel anzuführen, daß NATO-Länder, ob mit oder ohne Atomwaffen auf ihrem Territorium, jemals einer atomaren Erpressung ausgesetzt gewesen wären.

NATO-Generäle sind im übrigen der Ansicht, daß die Angst vor Vergeltung seitens der USA die Sowjetunion davon abhalte, irgendjemanden zu erpressen. Worin besteht dann eigentlich die selbständige "Abschreckungsfunktion" der britischen und französischen Atomwaffen? Antwort: als Rückendeckung im Fall eines Abzugs der Amerikaner aus Westeuropa.

Die Westeuropäer brauchen sich, "NEUE ZEIT" 4.87

gläube ich, die geringsten Sorgen zu machen, eines schönen Tages von den Vereinigten Staaten im Stich gelassen zu werden. In letzter Zeit verstärkt zu beobachtendes Gerede über die Gefahr einer Rückkehr der USA zur Isolationspolitik der 20er und 30er Jahre verfolgt eine ganz bestimmte Absicht, die der erwähnte General Rogers eindeutig formulierte, nämlich Westeuropa einzuschüchtern und noch willfähriger zu machen.

Aus mehreren Gründen denken die Amerikaner nicht daran, Westeuropa den Rücken zu kehren. Dabei steht nicht einmal die Tatsache im Vordergrund, daß die westeuropäischen Regierungschefs die USA überreden, das ja nicht zu tun. Das ist kein Grund, sondern eine Entschuldigung. Auch Emotionen, so etwa die gemeinsame Quelle der westlichen Mittelmeerzivilisation, ethnische Wurzeln und Geschichtsbande sind hierbei nicht ausschlaggebend. Erst recht nicht für einen Staat, der den Globalismus zu seiner Strategie gemacht hat.

Was ist es dann, was diesen unüberwindbaren Drang der USA nach Europa ausmacht, diese Sucht, ganz dicht an der Konfrontationslinie beider Systeme und Blöcke zu balancieren, als angeblich Garant atlantischer Solidarität? Auf beiden Seiten des Atlantik erklärt man schließlich eifrig, wie notwendig die militärische Präsenz der USA in Westeuropa sei.

Ich möchte auf einen Grund hinweisen, der im Westen nicht an die große Glocke gehängt wird. Jenseits des Ozeans bleibt man nämlich eher von Schlafstörungen verschont, wenn man keine westeuropäischen Extratouren zu befürchten hat, im Innern nicht und nach außen nicht, wenn man weiß, daß auf dem Kontinent amerikanische Truppen unter Waffen Wache schieben.

Überdies beruhigt die Gewißheit, daß in Europa amerikanische Atomwaffen stehen, sehr. Um eben deren Beibehaltung sorgen sich die USA zuallererst. Das gab man Neil Kinnock in Washington unlängst unmißverständlich zu verstehen. Nach dem Motto: Ob ihr euch Tridents kauft oder es bleiben laßt, ist euer Bier. Aber wenn ihr unsere Kernwaffenstützpunkte von den Britischen Inseln runterschmeißen wollt...

Im ersten Artikel war bereits die Rede davon, daß man in Washington anfangs keine Begeisterung für die britischen und französischen Atomwaffen aufbrachte. Später lernte man dann, sie für sich strategisch und wirtschaftlich profitabel zu nutzen. Der Verkauf von Trident-U-Booten an die Briten ist übrigens auch kein reiner Akt der Nächstenliebe, wenn die Rüstungsindustrie der USA daran wenigstens 14 Mrd. Dollar verdient. Jenseits des Atlantik wacht man aber argwöhnisch über jeden Schritt Westeuropas auf ein autonomes militärisches Integrationssystem hin. Erst recht, wenn es auf Kernwaffen beruhen soll. Washington mahnt: Die NATO ist es, worum sich Westeuropäer zunächst einmal zu küm-

mern haben. Den bestehenden europäischen Brückenkopf zu festigen (und auszubauen) und keine europäische militärisch-politische Integration anzustreben. Man spürt den Arm des amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes. Er haßt Konkurrenten.

Todsichere Selbstmordwaffen

Um diese Fragen ist scheinbar ein heimlicher diplomatischer Kampf entbrannt, über den nicht viel geschrieben wird. Betrachtet man allein die Wallun-

die der Magier zum Entzücken des Publikums aus dem Zylinder zaubert, und wieder hineinsteckt.

Wenn britische und französische Atomwaffen existieren, woran heute niemand zweifelt, muß man auch die Möglichkeit ihres Einsatzes in Rechnung stellen. Wie verunfährlich eine solche Perspektive auch immer scheinen mag.

NATO-Doktrin und französische Strategie halten für sich die Option auf einen atomaren Erstschoß für den Fall eines in Europa entstehenden Konflikts offen. Sollte so etwas passieren, können sich Großbritannien, Frankreich und ihre



Zeichnung: N. Stscherbakow

gen an der Oberfläche, dann ist die westeuropäische Argumentation recht kurzatmig. Wenn London, Paris und auch Bonn schon so eingenommen sind von der Idee einer "Atommacht Europa", warum klammern sie sich dann noch so verzweifelt an amerikanische Mittelstreckenraketen, die sowjetisches Territorium erreichen? Betrachten sie diese dagegen als Ausgleich für die sowjetischen SS-20, wozu brauchen dann Großbritannien und Frankreich eigene Atomwaffen?

Sie weigern sich, ihr Kernwaffenpotential in die Kategorie der europäischen Atomwaffen aufnehmen und bei einer europäischen Aufrechnung mitzählen zu lassen. Für sie gehören ihre eigenen Atomwaffen in die Kategorie der strategischen Waffen. Steht jedoch diese Kategorie zur Debatte, sträuben sich London und Paris dagegen, daß ihre Atomwaffen überhaupt bei Verhandlungen erwähnt und bei irgendwelchen Kürzungen etwa dazugezählt werden.

Nun könnte man meinen, sie seien keine Realität. Aber es geht nicht an, U-Boote mit Hunderten nuklearen Sprengköpfen an Bord zur weißen Taube hochzustilisieren.

Partner in Westeuropa die Folgen eines sowjetischen Vergeltungsschlages an zehn Fingern ausrechnen. Dann helfen ihnen auch die Amerikaner nicht mehr.

Solche Szenarien sind haarsträubend. Man muß sie jedoch einkalkulieren, weil das Ausknobeln verschiedener Varianten eines atomaren Konflikts und seiner Eskalation im Westen zu einer "Wissenschaft", einem Beruf aufgewertet wurde. Greifen wir uns eines der gebräuchlichsten Szenarien heraus. Ein Schlagabtausch zwischen USA und UdSSR findet statt. Glaubt man in Großbritannien, Frankreich und den westeuropäischen Staaten, die Atomwaffen auf ihrem Territorium stationiert haben, denn im Ernst, in diesem Fall ungeschoren davonzukommen?

Man darf wohl kaum erwarten, daß ein Land Opfer eines atomaren Angriffs wird, treu und brav auf die edlen Absichten und christlichen Tugenden der Westeuropäer vertraut und wertvolle Zeit verliert, indem man darüber nachgrübelt, wessen Rakete, eine britische, eine französische oder eine in der Bundesrepublik Deutschland stationierte, denn nun auf ihr Ziel abgeschossen wurde. Die Ziele, vorher schon unter die westlichen Bündnispartner aufgeteilt, liegen auf sowjetischem Boden.

Worin also besteht der Versicherungsschutz der britischen und französischen Atomwaffen? Man sollte sie vernünftigerweise eher als todsichere Selbstmordwaffen bezeichnen.

Eine Reduzierung dieser Mittel und um ein entsprechendes Äquivalent verringerte sowjetische Waffen würden zumindest das gefährliche atomare Fieber in Europa und die Gefahr eines nichtsanctionierten Nuklearschlages senken. Eine solche Maßnahme hätte unschätzbare politische Bedeutung: Sie würde zeigen, daß man ein weiteres Anwachsen der atomaren Waffenarsenale verhindern kann und daß es möglich ist, ihre stufenweise Reduzierung bis zur völligen Beseitigung in die Wege zu leiten. Sie würde zeigen, daß der gute Wille dazu vorhanden ist. Als die britische Labour Party ihr nukleares Abrüstungsprogramm verabschiedete, versprach man in Moskau, das eigene Arsenal um ebensoviele Sprengköpfe zu dezimieren, wie London bereit ist, eigene zu liquidieren. Für den Fall eines Abzugs ausländischer Atomwaffen von britischem Territorium erklärte die UdSSR, keine Atomraketen zu unterhalten, die die Britischen Inseln im Visier haben. Man könnte einwenden, dies bewahre uns immer noch nicht vor dem "nuklearen Winter", wenn ein globaler Konflikt ausbricht. Sicherlich nicht. Davor kann uns nur die restlose Beseitigung aller Kernwaffen bewahren. Aber auch Teilschritte sind wichtig. Sie müssen nur in diese Richtung führen... Sicherheit für Europa liegt im Verzicht auf Atomwaffen, nicht in ihrer Vervollkommenheit.

Es könnte aber doch sein, daß Großbritannien und Frankreich atomare Stärke nicht einmal so sehr als militärisches, sondern vielmehr als politisches Mittel brauchen, als unverzichtbares Attribut gegenwärtiger Diplomatie, als Prestigeobjekt?

In den 60er Jahren hätte man solche Träumereien noch verstanden, aber heute?

Jeder Staat hat das legitime Recht, hinreichende Mittel für die Gewährleistung seiner eigenen Sicherheit zu besitzen. Die Gefahr eines planetaren Zusammenbruchs aber um eines hinterwärtigen Prestigebegriffs willen zu erhöhen, wäre riskant und rücksichtslos. Derartige Bestrebungen werden auch weder durch historische Erfahrungen, noch durch die politische Praxis Englands bzw. Frankreichs bestätigt.

Es ist noch innerlich, daß der außenpolitische Kurs de Gaulles Frankreich große internationale Autorität sicherte. Damals befand sich ihre "force de frappe" noch im Entwicklungsstadium. Paris dürfte mit Atomwaffen wohl kaum etwas anfangen können im Tschad, oder im Nahen Osten, etwa bei der Lösung der Geiselfrage, oder auch in Neukaledonien. Paris erntet keinen Lorbeer, sondern vielmehr abgrundtiefe Verachtung durch die unbeeirte Fortsetzung von Atomtests auf dem Mururoa-Atoll und durch das rüde Vorgehen des französischen Geheim-

dienstes gegen Green-Peace-Mitglieder.

Das britische Beispiel ist nicht weniger aufschlußreich. Die britische Atomflotte konnte Argentinien nicht davon abhalten, wegen der Falkland-Inseln (Malvinen) mit London in Konflikt zu geraten. Glücklicherweise leisteten die mit Atomwaffen bestückten britischen Schiffe keinen unmittelbaren Beitrag zum "heldenhaften" Sieg der königlichen Streitkräfte. Allein ihre Anwesenheit in der Kampfzone hätte, der britischen Presse zufolge, äußerst dramatische Folgen haben können.

Keine Rückkehr zu Pfeil und Bogen

Beim gegenwärtigen Entwicklungsstand der Atomwaffen und angesichts des Kräfteverhältnisses in der Welt wäre es wenig sinnvoll, sich die effektive politische Funktion der nuklearen Mittel vorstellen zu wollen, die der britischen und französischen Diplomatie zur Verfügung stehen. Einflußreiche politische Kräfte in Großbritannien urteilen ebenso. Die Labour Party meint, die NATO solle überhaupt auf die überlebte Atomstrategie verzichten. Als Reagan in Reykjavik einer vollständigen Vernichtung der Nuklearrüstung im Prinzip zustimmte, erklärten Labour-Politiker, daß seine Position jetzt näher an ihrer, als an der Position der Konservativen Partei liege. Das hat viele Tories aufgeregt. Die Allianz der Liberalen und Sozialdemokraten bezieht eine Kompromißlinie: Ihre Führung ist der Auffassung, das Schicksal der britischen Nuklearrüstung müsse in Verhandlungen entschieden werden, während sie ein weiteres Anwachsen dieser Mittel nicht befürworten.

In Frankreich verläuft die Scheidelinie zwischen Gegnern und Befürwortern einer nationalen Atombewaffnung weniger klar. Gründe dafür liegen in der Nachkriegsgeschichte, als noch viele Franzosen mit der Atombombe die Vorstellung einer wiederaufstehenden Großmacht verbanden. Ob jedoch der Glaube an Atomwaffen, selbst wenn sie niemandem sonst unterstellt sind, heute immer noch so stark ist, in einer von gegenseitiger Abhängigkeit bestimmten Welt, über der die gleiche Gefahr des atomaren Todes schwebt, dürfte bezweifelt werden.

Schon jetzt macht sich in verschiedenen Schichten der französischen Gesellschaft ein Stimmungswandel bemerkbar. In der letzten Zeit setzen sich nicht nur Kommunisten, sondern auch die Friedensbewegung und einige führende Militärs im Rohstand für den Abbruch der Kernwaffenfestes ein. Das würde zu einem Einfrieren der Atomwaffenarsenale auf dem jetzigen Stand führen. Anscheinend wächst auch unter Sozialisten die Bereitschaft, Korrekturen an der Militärdoktrin vorzunehmen. Es sieht so aus, als sei auf verschiedenen politischen Ebenen

Frankreichs eine Diskussion über Funktion und Aufgabe der "force de frappe" in Gang gekommen.

Es wäre wünschenswert, wenn auf beiden Seiten des Ärmelkanals die Einsicht wächst, daß sowohl England als auch Frankreich, beide Mitglieder des Sicherheitsrates, ausreichend politische, wirtschaftliche, diplomatische und militärische (nichtnukleare) Mittel haben, um nicht nur eigene Interessen zu verteidigen, sondern auch eine konstruktive Rolle bei der Beilegung von Konflikten und beim Abbau von Spannungen zu übernehmen.

Was soll man also mit den britischen und französischen Atomwaffen anfangen?

Der einzig vernünftige Weg führt über ihren Abbau bis zur völligen Verschrottung. Würde man das in London, Paris und Bonn doch nur nicht mißverstehen als Anschlag auf ihre Souveränität, auf ihre eigenständige Rolle in der Weltpolitik oder gar auf die westeuropäische Selbständigkeit!

Es könnte möglicherweise wie ein Anschlag aussehen, würde die Sowjetunion gleichzeitig darauf bestehen, ihre eigenen Atomwaffen unangetastet zu lassen. Wenn sie also beabsichtigte, ein europäisches nukleares Raketenmonopol zu errichten. Aber so stehen die Dinge nun einmal nicht.

Moskau verlangt keine unverzügliche Reduzierung oder Beseitigung britischer und französischer Atomwaffen. Die UdSSR und die USA müssen ihre Kernwaffen als erste abbauen. Großbritannien und Frankreich wären, wie in der Erklärung vom 15. Januar 1986 vorgeschlagen wurde, erst in der 2. Etappe, also in 5 bis 8 Jahren, an der Reihe, sich diesem Prozeß anzuschließen. In der bis zum Ende dieses Jahrhunderts verbleibenden Zeit müßte die Beseitigung aller nuklearen Raketenwaffen auf der Erde erfolgen.

Würden die jetzigen Führer Großbritanniens, Frankreichs und anderer westeuropäischer Länder ihre Öffentlichkeit nur nicht immer wieder damit erschrecken, daß Europa in das Zeitalter der Siebenjährigen, Dreißigjährigen oder Hundertjährigen Kriege zurückgeworfen werde! Die Rückkehr zu Pfeil und Armbrust droht nicht.

Überlebenschancen für Europa liegen nicht im Projekt einer "Euro-Bombe" oder stellvertretend für alle westeuropäischen Länder einzusetzenden britisch-französischen Atomwaffen. Sie liegen ganz woanders. Echte nationale Sicherheitsgarantien kann man heute nur noch über umfassende, universelle, einheitliche und für alle gleiche Sicherheit erarbeiten. Das ist Sache der Politiker und nicht der Militärs.

Großbritannien, Frankreich und ihre nichtnuklearen westeuropäischen Verbündeten können in diesem Prozeß eine wichtige Aufgabe wahrnehmen. Und wenn sie nur darin besteht, ihn nicht durch zusätzliche Hindernisse zu stören.

Devisenspiele

Im jetzigen rekordkalten Januar waren offenbar die Devisenbörsen die einzigen heißen Plätze in der Welt des Kapitals. Die Temperaturen dort begannen bereits kurz vor Neujahr wegen der Entwertung des französischen Franc zu steigen. Nach dem Franc fielen die Spekulanten über die italienische Lira, die dänische Krone, den belgischen Franc und das irische Pfund her. Gegen Ende der zweiten Woche des Jahres war das Fieber so hoch geklettert, daß die EG-Finanzminister das Verhältnis der Wechselkurse der Währungen, die zum Europäischen Währungssystem (EWS) gehören, revidieren mußten. Um die Devisenleidenschaften zu dämpfen, vereinbarten die Minister eine Anhebung des Kurses der D-Mark und des holländischen Guldens, was entsprechende Veränderungen der Wechselkurse in den anderen EWS-Teilnehmerländern nach sich zog.

Doch diese vierte Wechselkurskorrektur der vergangenen 18 Monate in der EG kühlte die westeuropäischen Börsen nicht ab. Stürmische Kursschwankungen vollzogen sich auch in den anderen Finanzzentren des Weltkapitalismus, hatte sich ja ein sehr routinierter Devisenschieber, Washington, aktiv in das Spiel eingeschaltet. Und der agierte nicht nach den Regeln und entgegen den Vereinbarungen, die er den anderen westlichen Ländern aufgezungen hatte.

Im September 1985, als sich die Konjunktur in der amerikanischen Wirtschaft zu verschlechtern begann - nicht zuletzt wegen der Verschärfung der ausländischen Konkurrenz -, wurde im New-Yorker Plaza-Hotel eine Sonderberatung von Finanziers der „Gruppe der Fünf“ (USA, Japan, BRD, Großbritannien und Frankreich) einberufen. Sie schlossen ein Abkommen über eine „geregelt“ Senkung des Dollarkurses, die es den USA erlauben würde, die Konkurrenzfähigkeit ihrer Waren zu steigern und mit der Zeit die Außenhandelsbilanz zu verbessern. Je niedriger die Währung eines Landes gegenüber den Währungen seiner Handelspartner bewertet wird, desto billiger sind ja seine Exportgüter, desto größer ist sein Export. Washington aber brauchte eine „geregelt“ Entwertung des Dollars, weil sich die Konkurrenten dem auf verschiedene Weise widersetzen könnten, damit ihre Waren nicht teurer werden.

Doch die Konkurrenz widersetzte sich nicht. Und im Laufe des Jahres 1986 fiel der Kurs des Dollars gegenüber der D-Mark und dem japanischen Yen um 20 Prozent. Als besonders verhängnisvoll wirkte sich die entsprechende Anhebung des Yen-Kurses auf die japanische Wirtschaft aus: Sie führte zu einem jähen Rückgang der Produktion in den Exportbranchen. Da ein weiterer Aufschwung des Yen noch größere Verluste heraufbeschwor, unterzeichnete Tokio am 31. Oktober das von Washington vorgeschlagene zweiseitige Abkommen über die Stabilisierung der Kurse beider

Währungen. Doch auch dieses Abkommen wurde von den USA im Januar total ignoriert, als die ersten Gerüchte von einer Senkung des Dollarkurses auftauchten. Für die Devisenspekulanten sind solche Gerüchte ein Signal, US-Dollar abzustößen sowie D-Mark, Yen, Pfund Sterling und selbst die schwachen Währungen Franc und Lira anzukaufen. Washington begann eine „Flucht aus dem Dollar“ zu organisieren, um die Konkurrenten mit billigen Waren brutal zu schlagen - ebenso, wie es das Anfang der 70er Jahre tat.

Die Ergebnisse der damaligen Devisenpolitik der USA sind bekannt. Sie führte zum Zerfall des Bretton-Woods-Systems der Nachkriegszeit für die harten Währungskurse, zu hemmungsloser Inflation, zu einem jähen Ansteigen der Weltmarktpreise für verschiedene Waren und zu allgemeiner finanzieller Instabilität. Gegen Ende der 70er Jahre war der Dollar derart geschwächt, daß das Versprechen, ihn erneut stark zu machen, ein erfolgreicher Wahlkampfrumpf Ronald Reagans wurde.

Wozu aber kann die Wiederholung dessen führen, was die Reagan-Administration selbst schon einmal durchgeführt hat? Darüber zerbrechen sich jetzt Wirtschaftswissenschaftler auf beiden Seiten des Atlantik und auf den japanischen Inseln den Kopf. Dabei kommen sie zu dem Schluß, daß Washingtons neue Devisenspiele ein nicht geringes Risiko sowohl für die amerikanische Wirtschaft als auch für das auf die Dollar-Hegemonie gegründete kapitalistische Währungssystem insgesamt in sich tragen.

In den Jahren des „starken Dollars“ (1980-1984) hatte sich das US-Finanzsystem derart an ständige Spritzen von Auslandskapital gewöhnt, daß dessen Abfluß in andere Länder sehr schmerzhaft sein wird. Vor allem wird er einen Mangel an Leihkapital auf dem Geldmarkt der USA hervorrufen, was den Diskonissatz hochtreiben wird. Das aber wird zu einer Rezession führen - und das, wo die Konjunktur auch ohnehin zu wünschen übrigläßt. Bekannt ist ferner, daß Ausländer einen Großteil von Staatsanleihen der USA angekauft haben, wodurch sie halten, das Defizit des Bundeshaushalts zu decken und die Rechnungen des Pentagon zu begleichen. Da ein Ende der Defizite einstweilen nicht abzusehen ist, fragt sich, wie die Reagan-Administration die wachsenden Ausgaben decken wird.

Unterdes drängt die Zeit, um so mehr, da Washington nicht nur die Außenhandels-, sondern auch die Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen hat. Sind die USA ja aus einem Kreditgeberland zum größten Schuldner der Welt geworden. Einerseits verringert die Senkung des Dollarkurses diese Schulden, andererseits aber veranlaßt sie die Kreditgeber der Vereinigten Staaten, schneller ihr Kapital aus den Dollarfonds herauszunehmen. Und wie in den 70er Jahren wird der stürmische Transfer von Spekulationskapital aus einer Währung in die andere die Devisenlage des Westens erschüttern.

Der heiße Januar an den Finanzbörsen der Welt des Kapitals hat gezeigt, daß eine solche Erschütterung bereits begonnen hat. Der Kurs der D-Mark steigt, obwohl der Dollar bereits weniger D-Mark wert ist als vor 6 Jahren. Und vielleicht ist der Tag nicht fern, da die Einstellung gegenüber dem US-Dollar auf den Straßen Europas ebenso sein wird, wie sie der Karikaturist 1973 darstellte.

F. GORJUNOW

„Offenbar ist der Dollarkurs wieder geteilt.“

Zeichnung aus: „Tageszeitung“ (BRD)



Mehrfacher Mord

Martin Luther King
und das gespaltene Amerika

Melior STURUA

Der Mensch Martin Luther King wurde am 15. Januar 1929 in Atlanta, Georgia, geboren und wurde am 4. April 1968 in Memphis, Tennessee, ermordet. Das Symbol Martin Luther King wird in den Vereinigten Staaten von Amerika tagtäglich geboren und bricht erschlagen zusammen. Er wird geboren im Feuer des Kampfes, den die schwarze Bevölkerung des Landes für ihre Gleichberechtigung führt. Und fällt, niedergestreckt durch die Unbarmherzigkeit, mit der eine gewalttätige und rassistische Gesellschaft auf seine Brüder einschlägt. Dieses Paradoxon kennzeichnet Leben und Wirken eines Apostels der Gewaltlosigkeit, der im Feuer fällt und neu ersteht, der im Kampf der Leidenschaften fällt und neu ersteht.

Frage an den Präsidenten

1986 wurde Kings Geburtstag erstmalig zum Nationalfeiertag erklärt. In einer Geburtstagsbotschaft hatte R. Reagan pathetisch verkündet: "Voller Genugtuung richte ich meine innigen Grußworte an alle, die den Tag Martin Luther Kings erstmalig in unserem Lande als Bundesfeiertag begehen. Doktor King schmiedete seinen Traum aus den Werten seiner Religion und aus den Idealen der Gründer unseres Landes. Er hegte einen Traum von einer Welt, in der die Menschenwürde respektiert wird und die Menschenrechte verteidigt werden und in der alle vor dem Gesetz gleich sind. Wie schon Abraham Lincoln, so strebte auch er danach, unsere Unabhängigkeitserklärung vollständig mit

Leben zu erfüllen. Laßt uns, die wir den Geburtstag Martin Luther Kings feiern, noch einmal die Verpflichtung erneuern, seinen Traum wahr zu machen."

Schöne Worte, nicht wahr? Der sie ausspricht, ist derselbe Politiker, der, als King 1964 der Friedensnobelpreis verliehen wurde, gegen das Bürgerrechtsgesetz Front machte. Derselbe Politiker, dessen Regierung, Justizminister Meese voran, mit allen Mitteln versucht, die Struktur dieses Gesetzeswerkes selbst zu zerstören. Derselbe Politiker, der Gegner der Rassenintegration in die Bürgerrechtskommission delegierte und die Steuerbefreiung für Colleges unterstützte, die Schwarze diskriminieren. Derselbe Politiker, der konsequent Jahr für Jahr Sozialleistungen kürzt. Derselbe Politiker schließlich, der bis zuletzt verhindern wollte, daß der Geburtstag des großen Künders aus Atlanta zum Nationalfeiertag erklärt wurde.

Der entsprechende Gesetzentwurf hat eine 16jährige Irrfahrt durch das juristische Labyrinth des Kongresses hinter sich. Reagan begründete seine Weigerung, die Bill durch seine Unterschrift zu bestätigen, damit, daß er sich nicht den Luxus leisten könne, seinen Staatsbeamten "noch einen Feiertag" zu schenken. Senator Jesse Helms aus North Carolina, Führer der Ultrarechten, eilte seinem Präsidenten zu Hilfe, indem er die Version einer "kommunistischen Steuerung" Kings aufwärmte. Er verlangte die Veröffentlichung des von FBI-Direktor Hoover angelegten Dokuments Nr. 2027. Als man Reagan fragte, was er von Helms' Beschuldigungen halte, witzelte der Präsident: "In



35 Jahren sind wir klüger, oder?" Damit wollte er auf die Geheimhaltungsfrist angespielt haben. Darauf gab es einen Skandal, und Reagan mußte sich bei Kings Witwe Coretta entschuldigen. Dann ließ er sich doch noch dazu herab, die Bill zu unterzeichnen: "Okay, wenn sie unbedingt wollen..."

Man wird unwillkürlich an eine länger zurückliegende Pressekonferenz im Weißen Haus erinnert, als eine schwarze Journalistin Reagan fragte:

"Herr Präsident, in den 60er Jahren waren Sie gegen jede Form von Bürgerrechtsgesetz. In letzter Zeit hieß es, daß Sie sich als Teilnehmer der von Martin Luther King ausgerufenen Revolution betrachteten. Wenn das so ist, warum setzt dann Ihre Regierung alles daran, die flexiblen Lohnsätze für schwarze Amerikaner, Angehörige von Minderheiten und Frauen abzuschaffen?"

Ohne mit der Wimper zu zucken versetzte der "große Kommunikator":

"Wir wollen dasselbe, was meiner Meinung nach auch Martin Luther King gefordert hat, nämlich eine Gesellschaft, in der die Hautfarbe des einzelnen Mitglieds keine Rolle spielt..."

Danach gab es noch eine Frage:

"Glauben Sie, daß Sie heute Präsident wären, wenn Sie mit schwarzer Haut oder als Frau geboren worden wären?"

Der "große Kommunikator" sah von einer Beantwortung dieser Frage ab.

Der Mörder ist frei

Als Mörder Martin Luther Kings gilt der Gefangene Nr. 65 477 im Staatsgefängnis Tennessee, James Earl Ray. Die Einzeltäterversion hält jedoch keiner Kritik stand und wurde noch nie unter Beteiligung aller

Seiten vor einem Geschworenengericht nachgewiesen. Kann man dann nicht alle rassistischen Verbrechen Einzeltätern zuschreiben? James Earl Ray sitzt in seiner fensterlosen Zelle im "Todestrakt" von Block 6, ist also zuverlässig untergebracht. Genauso verzweifelt saß er auch an jenem verhängnisvollen Tag im Mai 1985 da, als in Philadelphia unverhüllter Genozid verübt wurde. Oder konnte der Gefangene Nr. 65 477 etwa elf Schwarze umbringen, die in Osage-Avenue Nr. 6221 wohnten, in der Stadt, wo die Unabhängigkeitserklärung verkündet worden war, an die Reagan ungebrachterweise im Zusammenhang mit Kings Geburtstag erinnerte? Konnte der Gefangene Nr. 65 477 etwa das Haus Nr. 6221 im Alleingang umzingeln und es dann noch vom Hubschrauber aus bombardieren? Unter den Toten waren Frauen und Kinder.

Oder war der Gefangene Nr. 65 477 etwa nicht zuverlässig eingesperrt, als in jener grausigen Dezembernacht 1986 im New-Yorker Vorort Howard Beach der schwarze Jugendliche Michael Griffith gelyncht wurde? Griffith und seine "dreckigen Niggerfreunde" wurden allein deswegen vorprügelt, weil sie es gewagt hatten, sich in einem Weißenviertel zu zeigen. Dreien gelang die Flucht. Griffith ereilte der Tod unter Autoreifen. Michael Griffith und Martin Luther King brachte nicht der Gefangene Nr. 65 477 um, sondern, wie Mark Twain es nannte, die "Vereinigten Lynch-Staaten".

Aus Anlaß des vorjährigen Geburtstags Martin Luther Kings besuchte Reagan in einem Washingtoner Viertel eine Grundschule für schwarze Kinder, die den Namen des großen Kämpfers für die Gleichberechtigung der Farbigen trägt. Mit einem Schüler dieser Schule, dem achtjährigen Rudy Heinz, schreibt sich der Präsident noch heute. Reagan pries King und seine Sache, sprach davon, daß er "weiterhin energisch die Menschenrechte mit Leben erfülle", daß "unser Land solange nicht frei sein wird, wie wir alle nicht frei sind". Zu guter Letzt sagte Reagan:

"Auf die Frage, wie es den Schwarzen im Amerika von heute geht, kann ich nur antworten: 'Besser, als jemals zuvor!'"

Den Kindern erzählt man Märchen. Weil ich hier nicht für Kinder schreibe, bringe ich statt dessen Statistik. Zunächst einige Angaben des amerikanischen nationalen Zentrums für Gesundheitsstatistik: Zwischen 1960 und 1985 stieg die Zahl der Suizide unter Schwarzen um das Dreifache. Aber was in der Statistik Selbstmord heißt, ist politischer Mord. Die Verzweifelten sollen selbst Hand an sich gelegt haben? Das wäre zu simpel. Es ist diese Gesellschaft, die sie in die Zange nimmt.

Einer von der Fernsehgesellschaft CBS und der "New York Times" durchgeführten Meinungsumfrage zufolge meinen

die Schwarzen mehrheitlich, daß sich ihre Lage in den USA in den letzten 5 Jahren verschlimmert hat.

William Wilson, Dekan des Fachbereichs Soziologie an der Universität Chicago und Experte in Fragen der schwarzen Armut, fand in den 60er Jahren heraus, daß auf 100 schwarze Frauen zwischen 20 und 24 Jahren noch 70 schwarze Männer in Lohn und Brot kamen. 1980 waren es 50 und bei den 18-19-jährigen nur 35.

Der Gefangene Nr. 65 477, eingesperrt in Einzelhaft, im "Todestrakt" von Block 6 des Staatsgefängnisses Tennessee, ist nicht für den Landeshaushalt verantwortlich. Er ist mit dem Abfassen von Begnadigungsgesuchen beschäftigt. Den Landeshaushalt stellen andere zusammen. Der Korrespondent E. Lewis kommentierte den Bundeshaushaltsentwurf der USA für das Finanzjahr 1987: "Was ist los in der Bundesregierung? Justizminister Meese kämpft darum, die bescheidenen Maßnahmen und seit längerer Zeit unternommenen Versuche außer Kraft zu setzen, mit denen schwarze Amerikaner wieder in den Wirtschaftsprozess des Landes integriert werden sollen, aus dem man sie vorher ausgeschlossen hatte. Damit signalisiert er: Ihr seid uns egal. Auch Präsident Reagan hat das klar zum Ausdruck gebracht. Sogar die effektiven Programme, die dazu geeignet waren, die Ärmsten der Armen aus dem Schlamassel zu ziehen, sie gesund werden und Hoffnung schöpfen zu lassen, sollen geopfert werden, damit wir mehr Rüstung produzieren können." Der Bundeshaushaltsentwurf für das Finanzjahr 1988 verstärkt diese Tendenz noch.

Liebe und Haß

Im Referat "Lage im schwarzen Amerika 1986", veröffentlicht von der Schwarzenorganisation National Urban League, heißt es: "Wenn die Regierung die Bürgerrechte in Rambo-Manier zertrümmern will, dann soll sie nicht so tun, als seien ihre Bestrebungen segensreich für die schwarze Bevölkerung." Rambo-Rassisten zerstören King und seinen Traum. Dabei sind die statistischen Zahlen schon keine Kugeln aus einer "Remington" mehr, sondern Granaten aus den Fünfzehnzöllern der "New Jersey". In dem Referat heißt es weiter: "Wenn die Schwarzen 12 Prozent der US-Bevölkerung ausmachen, stellen sie doch 22 Prozent der Armen seit 1980."

Wenn es um die Respektierung von Bürgerrechten geht, stellt John E. Jacob, Vorsitzender der National Urban League, Reagan die miserabelsten Personalakte im Vergleich zu allen Regierungen der letzten 50 Jahre aus.

... Es geschah vor genau einem Jahr. Im Kuppelsaal des Kongreßgebäudes auf

dem Kapitol gab sich die "Washingtoner Gesellschaft" ein Stelldichein. Anlaß war die feierliche Enthüllung einer Bronzebüste Martin Luther Kings, des ersten und bislang einzigen Denkmals für den Schwarzen im Gebäude des höchsten gesetzgebenden Organs der USA, das mit Büsten, Statuen und Gemälden historischer Würdenträger geradezu vollgestopft ist. In ihrer Gesellschaft nahm sich King nicht nur einsam, sondern wie ein Gefangener in einem Gefängnis mit hochtrabendem Namen aus.

"Wir müssen eins wissen: Dr. King starb nicht, weil er träumte, sondern weil er handelte und die Regierung herausforderte", sagte sein Freund und Schüler Jesse Jackson. Wahre Worte!

Präsident Reagan rang sich eine schiefmälige Entschuldigung bei Coretta King ab, wegen seines plumpen Scherzes über das FBI-Dossier. Völlig unbeeindruckt warfen die Behörden dagegen Coretta und ihre Kinder, Martin Luther Kings Sohn und Tochter, ins Gefängnis, als sie vor der RSA-Botschaft in Washington an einer Protestkundgebung teilnahmen.

Vize Bush will Kings Geburtstag als "Tag der nationalen Versöhnung" begangen wissen. Als könnte man Freiheit und Sklaverei miteinander versöhnen! Aber wenn der Name Kings für die einen Beruhigungsmittel ist, so ist er für andere ein Kampfauf Ruf. Deshalb nahm an den vorjährigen Feierlichkeiten in Atlanta ein weiterer Friedensnobelpreisträger teil, der südafrikanische Bischof Desmond Tutu. Coretta King überreichte Desmond Tutu in der baptistischen Ebenezerkirche, in der schon King und sein Vater gepredigt hatten, den Martin-Luther-King-Preis. Im Gegensatz zu Bush sprach Tutu nicht von "Versöhnung", sondern von Unversöhnlichkeit. Im Gegensatz zu Bush, der gesagt hatte, daß die Liebe stärker sei als der Haß, sprach Tutu davon, daß die Freiheitsliebe stärker sei als der Haß ihrer Verfolger. Der eine wie der andere schwörte auf Martin Luther King.

Seine Träume bleiben vorerst noch Träume. Amerikas Hauptstraße, die Main Street, bleibt Schwarzen vorerst verschlossen. Die Straßen, in denen die schwarze Bevölkerung der Vereinigten Staaten lebt, sehen eher so aus, wie die Auburn-Avenue in Atlanta, in der King geboren wurde, die Straße der Slums und der Ausgestoßenen.

Hinter der baptistischen Ebenezerkirche an der Auburn-Avenue ruht Martin Luther Kings Asche unter weißem Marmor. In die Grabplatte sind seine bekannten Worte eingemeißelt: "Free at last, endlich frei." Kings Volk ist in Amerika noch lange nicht frei. Es kämpft für seine Freiheit. King ist mit seinem Volk. Auch der Tod hat ihn nicht von dieser Pflicht erlöst.

Die Steine Prags

- Alte Baukunst, neue Probleme
- Handwerker gesucht ● Auf daß die Zeitfolge nicht abbreche.



Albert PIN, NZ-Sonderkorrespondent

Die Tür zum Hause "Unter der Glocke" war abgeschlossen. Dr. Jozef Mayer entschuldigte sich und ging den Schlüssel holen. In den Minuten, bis er wiederkam, konnte ich die Fassade des alten Baus, den umzäunten Bauplatz davor, das Jan-Hus-Denkmal daneben und die imposante Teynkirche dahinter betrachten.

Ich stand auf dem berühmten Staroměstské Platz, der jahrhundertlang das Herz Prags war. Die Turmuhr auf dem Rathaus schlug die Mittagsstunde — das tut sie schon fast 500 Jahre, seitdem ein kunstfertiger Meister die sehenswerte Uhr schuf.

Dr. Mayer, Abteilungsleiter in der Prager Zentrale für Denkmals- und Naturschutz, kam mit dem Schlüssel zurück und schloß auf.

Ich möchte mir eine kurze Abweichung vom Thema gestatten, aber der Besuch in dem Haus "Unter der Glocke" (einem der wunderbarsten Prager Bauwerke) ist nur aufgeschoben, während wir einen Abstecher ins Prager Stadtmuseum gemacht und das einzigartige, vor mehr als 150 Jahren angefertigte Modell des historischen Stadtzentrums gesehen haben. Der Künstler, Antonín Langweil, hat nicht nur Straßen, Plätze, Gebäude, Denkmäler, Fahrdämme und Gehsteige auf 19 Quadratmetern reproduziert, sondern auch Details wie die Straßenlaternen und Gullys, die Zäune, Schuppen und Brennholzstapel auf den Höfen, die Bäume, Sträucher und Wege in Gärten und Parks. Er hat sich sogar bemüht, die Farbe der Fassaden und die Form der Dächer, die Hausnummern, Wappen und Schilder an den Häusern getreu nachzubilden.

Das Modell ist heute für Historiker, Architekten, Kunsthistoriker und Restauratoren sehr wertvoll. Im vorigen und jetzigen Jahrhundert hat das Stadtbild viele neue Züge angenommen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde in Prag viel umgebaut, und in den jüngsten Jahrzehnten hat es sich ausgedehnt. Doch der historische Stadtkern mit den wunderbaren Baudenkmalern ist, wenn auch nicht ganz ohne Einbußen, erhalten geblieben. Ein Kenner von Altertümern, der Langweils Modell betrachtet und es unwillkürlich mit dem heutigen Prag vergleicht, seufzt gewiß öfter. Leider sind die Einbußen zahlreich und um so bitterer, als nicht nur der Zahn der Zeit, sondern auch menschlicher Leichtsinn, Unverstand und Drang nach Gewinn schuld daran sind. Dennoch haben die Prager, die ihre Stadt innig lieben, wie mir scheinen will, Grund zum Optimismus. Die Sorge für die Erhaltung des Erbes und folglich auch der Gegenwart und Zukunft des Landes ist jetzt Staatsangelegenheit. Natürlich kostet das viel Mühe, braucht man die Fähigkeit, Probleme zu lösen und Versäumtes nachzuholen. Aber gerade darin zeigen sich die Reife der Gesellschaft und ihre sozialistische Zivilisiertheit.

Unter

Denkmalsschutz

Das Haus Nr. 8 am Hradšchin-Platz ist in Prag vielen bekannt. Im Register der Prager Sehenswürdigkeiten ist es als ehemaliges Martinsky-Schloß aus der zweiten Hälfte

des 16. und von Anfang des 17. Jahrhunderts als Denkwürdigkeit der Renaissance geführt. Vor etwas mehr als zehn Jahren sind die ursprüngliche Planung des Grundstücks, die Räume sowie der Hof mit Brunnen und Treppe wiederhergestellt worden. Das Haus gehört jetzt den Architekten. Hier empfing mich in seinem Arbeitszimmer der Chefarchitekt Prags, Blahomír Borovicka.

Als ich hinging, stellte ich mir schon einen Kreis komplizierter Probleme vor, über die der Chefarchitekt zu mir sprechen würde. Die Geschichte berühmter Bauten und Städte interessiert mich schon lange. Ich wußte auch von der alten Tradition der Prager, die von ihren Vorfahren geschaffenen Werte zu ehren. Seit 1900 besteht ein Klub namens "Für das alte Prag", dem Kulturschaffende und einfache Leute angehören, die die Denkwürdigkeiten des Landes vor der Habgier der Bourgeoisie in Schutz nehmen. Damals bauten geschäftstüchtige Leute die ersten Mietskasernen und vernichteten dabei skrupellos oft einzigartige alte Bauten. Dank den Klubmitgliedern konnte vieles davor bewahrt werden.

"Über das alte Prag, über seine Denkwürdigkeiten und Lokalpatrioten könnte ich endlos sprechen", sagte Blahomír Borovicka. "Ich möchte aber vor allem ein Ereignis der jüngsten Zeit erwähnen. Durch einen Regierungsbeschluß von 1971 ist der historische Stadtkern mit seinen etwa 900 Hektar zum Prager Stadtmuseum erklärt und unter Denkmalsschutz gestellt worden. Hier stehen 13 nationale Baukomplexe wie der Hradšchin, Vyšehrad und über 1400

Schlösser, Klöster, Kirchen, Kapellen und alte Wohnhäuser."

Die Museumszone ist zugleich das Zentrum der Landeshauptstadt. Ob sich das miteinander verträgt? Ich frage meinen Gesprächspartner, wie sich die Einwohner der Alt- und Neustadt, die von Vysehrad, der Kleinseite und des Hradschin denn so fühlen, ob sie nicht lieber in den Neubauvierteln wohnen möchten.

"Wir haben natürlich Schwierigkeiten und Probleme. Der historische Stadtkern nimmt nur 1,6 Prozent des jetzigen Stadtareals ein. Ende vorigen, Anfang dieses Jahrhunderts hatte er 170 000 Einwohner, jetzt sind es nur 60 000 oder 5 Prozent aller Einwohner Prags. Im historischen Zentrum arbeiten aber etwa 220 000 Personen, hier befindet sich ungefähr ein Drittel aller Prager Arbeitsplätze. Hierher kommen Leute aus allen Stadtteilen zur Arbeit. Es ist dringend notwendig, das Zentrum zu entlasten und einen Teil der Bürobetriebe in andere Bezirke zu verlegen. Das ist in den Plänen für die nächste Zeit berücksichtigt. Zugleich haben wir auch die ungünstige Voraussage in Betracht gezogen, daß die Prager Museumszone bis zum Jahr 2000 noch weniger Einwohner haben wird. Diese Tendenz rückläufig zu machen, ist so gut wie unmöglich, aber abbremsen können wir sie.

Das historische Zentrum genießt noch jetzt die besondere Sympathie der Prager.

Prag heute: Die Teynkirche und viele Gebäude der Altstadt sind mit Baugerüsten verschalt

Foto: Autor



Sie hängen daran, obwohl es sich in den alten Häusern viel unbequemer als in Neubauten wohnt. Die Unbequemlichkeiten belasten ältere Leute und auch jüngere, noch kinderlose nicht allzu sehr. Wenn junge Ehepaare Kinder bekommen, dann bemühen sie sich gewöhnlich, in andere Stadtbezirke umzuziehen."

Davon sprach auch Ende vorigen Jahres Karel Beranek, Sekretär des Prager Stadtpartei Komitees, auf einem Plenum des ZK der KPTsch. Er machte folgende Angaben: Von den gut 3000 Häusern im historischen Zentrum sind über 1100 kulturelle Denkmäler. Über 800 stammen aus dem 13.—18. Jahrhundert, über 600 aus dem 19. Fast die Hälfte der Wohnungen hat nicht alle Bequemlichkeiten. Bisher sind nur Fassaden und Dächer instand gesetzt, innen sind sie kaum modernisiert worden. Mitien in der Stadt stehen baufällige Häuser unbewohnt.

"Die Schlußfolgerung", fährt mein Gesprächspartner fort, "drängt sich auf: Soll das alte Prag nicht leerstehen, soll es das belebte Stadtzentrum bleiben, dann muß man sich neben der Restaurierung der geschichtlichen Denkmäler energischer mit der Modernisierung der bewohnbaren Häuser befassen.

Nach dem Krieg wurde in Prag größtenteils extensiv gebaut. An den Stadträndern entstanden immer neue Wohnviertel. In erster Linie wurde damit die Wohnungsfrage bereinigt, und die Renovierung und Modernisierung der alten Häuser wurde aufgeschoben. Jetzt sind die Neubaumöglichkeiten fast erschöpft, weil so gut wie keine Grundstücke mehr frei sind. Also müssen wir Baugelände in der Altstadt finden und uns vor allem ernsthaft mit ihrer durchgehenden Rekonstruktion befassen. Das ist gar nicht einfach. Die Bauleute sind schon gewöhnt, sozusagen auf einem leeren Fleck anzufangen. Im alten Prag geht Fließbandarbeit nicht an, die modernen großen Baumaschinen kann man hier nicht herbringen. Folglich müssen sich viele Bauleute, z. B. Montagearbeiter, umstellen. Dagegen nimmt der Bedarf an Maurern, Dachdeckern usw. zu. Es müssen ja Häuser modernisiert oder umgebaut werden, die vor langer Zeit oder in unserem Jahrhundert entstanden. Beim Umbau muß man die Decken auswechseln, die Räume völlig anders anordnen — eine Heidenarbeit. Dazu gehört auch die Rekonstruktion der Tiefbauanlagen, was unter alten Umständen, besonders aber in alten Wohnvierteln mit ihren schmalen Straßen und lückelosen Häuserzeilen, ungemein mühselig ist. Deshalb kann man die Häuser z. B. nicht an die Fernheizanlagen anschließen, das Rohrlegen wäre hier unmöglich. Zum Heizen wird man statt Kohle mehr Gas und Strom benutzen. Das ist unbedingt notwendig: Die 680 alten Kohleheizkessel im historischen Teil der Stadt sind ein um so größeres Problem, als die Luftzirkulation in der zwischen Hügeln eingezwängten Prager Senke erschwert ist."

Noch eine Besonderheit dieser Phase der Rekonstruktion nennt der Chefarchitekt (Blahomir Borovicka ist es schon 16 Jahre). In den 70er Jahren umfaßten die Restaurationsarbeiten einzelne Baukomplexe und sozusagen historische Schlüsselobjekte wie die Karlsbrücke und den Hradschin. Jetzt konzentrieren sich die Restauratoren auf eine durchgehende Rekonstruktion ganzer Häuserblocks oder Straßen, was viel rationeller ist. Ein Beispiel ist die Celetna-Straße in der Altstadt.

Die Königsstraße

Die Celetna ist eine der ältesten und zweifellos der interessantesten Straßen Prags. Gäste aus aller Welt sehen sie sich unbedingt an. Sie bildet ja einen Teil der sogenannten Königsstraße, die in alten Zeiten die Prager Hauptstraße war.

Ihre Geschichte wird auf König Vaclav IV., Sohn Kaiser Karls, zurückgeführt. Vor ihm wohnten die Herrscher noch über der Moldau im Hradschin. Ende des 14. Jahrhunderts baute Vaclav an der Grenze zwischen der Alt- und der Neustadt noch eine Residenz. Unter Vaclav und einigen seiner Nachfolger war der Hradschin nur Schauplatz offizieller Empfänge und Zeremonien. Dorthin begaben sich der Herrscher und sein Gefolge aus dem neuen Königsschloß.

Die Celetna ist jetzt eine Art Mikromuseum der Prager Architektur. Allerdings ist der gotische Baustil nur in den Kellern der alten Gebäude zu finden, während das Barock durch mehrere Meisterwerke repräsentiert ist. Den tschechischen Kubismus repräsentiert in der Baukunst das Haus "Zur Schwarzen Madonna", das 1911/1912 an einer Ecke des Obstmarktes gebaut wurde. Bei einem Spaziergang auf der Celetna ist es übrigens jetzt nicht ganz einfach, die Folge der Zeitläufe zu erkennen. Andauernd muß man Bogen schlagen oder sich an Mauern, Schaufenster oder Türen einladender Weinkeller drücken. Fast die ganze Straße starrt von Baugerüsten.

Über 50 alte Gebäude dieser Straße nehmen ihr ursprüngliches Aussehen an (viele andere haben es schon angenommen) oder sind, falls nötig, innen modernisiert worden. Bis Ende dieses Jahres bekommt die Straße auch neue Tiefbauanlagen, neues Pflaster und neue Beleuchtung. Kurz, bis Februar 1988 — bis zum 40. Jahrestag des Sieges über die Reaktion — wird die Straße in voller Schönheit prangen und mit ihr auch das historische Staromestske-Platz, wo ebenfalls große Restaurationsarbeiten im Gange sind.

Rekonstruiert wird auch das nach dem tschechischen Dramatiker Jozef Tyl benannte Theater, ein altes Gebäude auf der Ryterska, das in die Weltgeschichte der Musik eingegangen ist: Hier wurde im Oktober 1787 Mozarts in Prag entstanden.

ner "Don Juan" uraufgeführt. In den Gäßchen hinter der Teynkirche werden Baudenkmäler aufgefrischt. Bauleute und Restauratoren arbeiten auch am anderen Ende der Königsstraße, auf der Neruda. Dort modernisieren sie über 90 Häuser. Die Restaurationsarbeiten auf dem Hradschin und an den alten Schlössern auf der Kleinseite gehen weiter — alle kann man gar nicht aufzählen.

Wie mir Dr. Mayer erzählte, werden in diesem Planjahr fünf für solche Arbeiten 3,5 Md. Kronen bereitgestellt. Ungefähr die Hälfte bekommt Prag. Ein schönes Geld, aber der Bedarf ist groß. Und hier ein Problem aus den letzten Jahren: In Prag fehlt es an hochqualifizierten Bauarbeitern, die zu manueller Arbeit fähig sind. (Davon sprach ja auch der Chefarchitekt Prags). Noch unlängst zog Prag Fachkräfte aus Böhmen und anderen Gebieten heran. Sie haben viel zur Rekonstruktion und Erneuerung bekannter Baudenkmäler beigetragen. Aber jetzt sind viele von ihnen heimgekehrt. Dort werden sie auch dringend gebraucht. Überall in der CSSR werden ja jetzt Baudenkmäler (es gibt dort über 30 000) wiederhergestellt.

Für sich selbst

Am Frontispiz des unlängst rekonstruierten Nationaltheaters steht: "Das Volk für sich". Die Prager nennen das schöne Gebäude an der Vltava, das für Volksgeld gebaut wurde und für das die Fundamente aus allen Landesgegenden angefahren wurden, die Goldene Kapelle. Im November 1883 feierlich eröffnet, symbolisiert das Theater das Erwachen des nationalen Selbstbewusstseins.

Die Worte "Das Volk für sich" drücken, meiner Ansicht nach, auch die heutige Sorge der sozialistischen Gesellschaft für die historischen und kulturellen Denkwürdigkeiten aus. An diesem edlen Werk ist ein weiter Kreis beteiligt: Baufachleute, Restauratoren, Historiker, Architekten, Bildhauer, Maler, Enthusiasten der verschiedensten Berufe, Schulkinder und Studenten, Hausfrauen und wer nicht noch alles. Für die einen ist das Arbeit, für andere ihr Lebenszweck und für viele Bürgerpflicht und ureigenes Anliegen. Ich erwähnte schon den Klub "Für das alte Prag". Er hat jetzt 2000 ehrenamtliche Mitglieder, darunter Baumeister, Bauingenieure und Kunstgeschichtler. Sie leisten den Restauratoren viel praktische Hilfe, und das uneigennützig, in ihrer Freizeit.

Auf die maßgebliche Meinung des Klubs hören Staatsorgane und Stadtbehörden. Hier ein Beispiel. Als zur Debatte stand, ob Prag eine U-Bahn bekommen

soll, sagte der Klub kategorisch ja dazu und lehnte eine andere Variante zur Lösung des Verkehrsproblems — Schnellstraßenbahnen — ab. Wäre diese Variante durchgekommen, so hätte man viele alte Bauten abtragen müssen.

Dr. Mayer, der mir vom Klub und von dessen Enthusiasten erzählte, ist selbst einer. Doktor der Philosophie, Wirtschaftsfachmann, Kunstgeschichtler und Archäologe, leitet er — ich erinnere — in der Prager Zentrale für Denkmals- und Naturschutz eine Abteilung und ist im Klub Vizevorsitzender. Übrigens ist er in erster Linie Wirtschaftsexperte, und die einschlägigen Kenntnisse sind ihm in seinem jetzigen Wirkungskreis gut zustatten gekommen. Er mußte sich sogar mit der Kybernetik anfreunden. Für Leute, die Baudenkmäler bewahren, sind Computer keine Modeangelegenheit, sondern eine Notwendigkeit. Die erste Voraussetzung für die Effektivität dieser Arbeit ist ja die gründliche Kenntnis der alten Bauten. Man braucht genaue Angaben über ihre Geschichte und ihren jetzigen technischen Zustand, also solide gespeicherte Informationen, und da ist der Computer ein unentbehrlicher Helfer.

Dank Dr. Mayers Mitarbeitern in der Abteilung für Denkmalschutz sind fast für alle historischen Bauten ausführliche Dokumente angefertigt worden. Denkwürdigkeiten aus vielen Jahrhunderten stehen unter Aufsicht der Prager Zentrale: Schlösser, Kirchen, alte Häuser mit vielen Herren, angefangen vom Kulturministerium bis zu gewöhnlichen Mietern. Leider kommen nicht alle Besitzer oder Mieter ihren Verpflichtungen, die Werke der Ahnen zu bewahren, befriedigend nach. Bisher hat man Gleichgültige oder Nachlässige nur kritisiert und die Schuldigen ermahnt. Mit Genugtuung erzählt mir Dr. Mayer, daß schon eine Gesetzesvorlage abgefaßt ist, laut der auf Beschädigung eines Baudenkmals eine Geldstrafe bis zu einer Million Kronen stehen wird.

Bei den jetzt so begrenzten Baukapazitäten und beim jetzigen Mangel an Fachkräften muß man für die Restaurations- und Rekonstruktionsarbeiten eine Reihenfolge festsetzen. Hiermit und mit der Aufsicht über die Arbeiten befaßt sich das Personal der von Dr. Mayer geleiteten Abteilung. Nicht minder wichtig ist es, festzustellen, wie ein in Rekonstruktion befindliches historisches Objekt benutzt werden könnte, d. h. dafür die zweckmäßige Verwendung bei geringfügigen inneren Veränderungen zu finden, namentlich, wenn es sich um eine uralte Denkwürdigkeit handelt.

Das Blazena-Anezka-Kloster wurde rekonstruiert. Einst war es der schönste Prager Baukomplex. Noch im vorigen Jahrhundert war dieser frühgotische Bau (das Kloster wurde im 13. Jahrhundert gegründet) vom Einsturz bedroht. 1892 entstand eine Gesellschaft für seine

Wiederherstellung, aber erst unter der Volksmacht erlebte das Kloster seine Wiedergeburt. Jetzt beherbergt es eine ständige Ausstellung tschechischer Malerei des 19. Jahrhunderts aus der Nationalgalerie.

Ein Kulturzentrum mit winzigem Kinosaal, einem Vortragssaal und einer Diskothek im Keller eines einstigen Schlosses, wo sich früher ein Speicher befand... Geschmackvolle Schaufenster von Antiquariaten und Buchhandlungen anstelle von Bürofensern... Ein Künstlerklub oder ein Hotel in einem noch unlängst vernachlässigten Haus... Eine Fußgängerzone mitten im Zentrum, wo man sich vom Karussell der Autos ausruhen kann. Derartige Verwandlungen freuen die Prager natürlich, wenn vielleicht im Alltagsrudel auch nicht jeder bemerkt, wie sich das alte Prag verändert, wie seine Mauern, die Last der Jahrhunderte abwerfend, ihre ursprüngliche Schönheit wiedererlangen.

Aber kommen wir auf den Sternomestske-Platz, zu dem Haus "Unter der Glocke", zurück! Wir folgen Dr. Mayer hinein und hören seiner Erzählung über dieses Schloß, das im 14. Jahrhundert für die Mutter Karls IV. gebaut wurde, zu. Im vorigen Jahrhundert wurde es zur Hälfte zerstört, später aber aufgestockt. Wir lernen die Restauratoren kennen, die vor 15 Jahren zum ersten Mal herkamen, und gratulieren zur fast fertigen mühevollen Arbeit allen Beteiligten: den Bildhauern, Zimmerleuten, Maurern und Kunsthistorikern.

Ich erriet unschwer, daß Dr. Mayer dieses Haus ganz besonders liebt, denn der nicht mehr junge Mann fühlte mich, angeregt erzählend, von Stockwerk zu Stockwerk, von Saal zu Saal. Später erfuhr ich, daß er demnächst eine umfangreiche Monographie, einen Bericht über die langjährigen Forschungen herausgibt, dank denen die Geschichte des Hauses rekonstruiert und dieses in allen Details authentisch rekonstruiert werden konnte.

Ich glaube, nicht einmal alle Prager wissen schon von den hochinteressanten Entdeckungen der Restauratoren. Ein Geheimnis des Hauses hat mich besonders beeindruckt. Ganz zu Anfang der Restaurationsarbeiten wurde ein zugemauerter Durchgang in die anstoßende Teynkirche entdeckt. An einer Wand war eine Art Balkon, zu dem man direkt aus dem Oberstock des Hauses gelangen konnte. Dr. Mayer gab mir eine Taschenlampe, und ich betrat durch einen engen Korridor den Balkon, der über der leeren, hallenden Kirche hing.

Bald wird die Prager Galerie, die neue Herrin des Hauses "Unter der Glocke", hier ihre Ausstellungen anordnen. Einige Räume, z. B. zwei Hauskapellen, in denen gotische Fragmente gefunden wurden, werden bestimmt reges Interesse finden. Ein Saal soll zu Konzerten dienen. Bei drei Probekonzerten hat sich die Akustik als vorzüglich erwiesen. Sie wurden für diejenigen veranstaltet, die das Werk der Ahnen zu neuem Leben erweckt haben. Prag—Moskau

Sonne und Brot in seiner Malerei

Eine traurige Nachricht erreichte uns aus Italien.
Im Alter von 75 Jahren starb der Maler der italienischen
Sonne und der Erde, ein großer Maler des 20. Jahrhunderts,
unser Freund Renato GUTTUSO.



Selbstbildnis

Das leidgeprüfte, von sozialen Konflikten, Armut und täglich neuen Verbrechen der Mafia zerrissene Sizilien, die Heimat Renato Guttusos, hat einen Sohn verloren. Zeit seines Lebens war seine Seele weitgeöffnet für diese heimatliche Erde, sprachen seine Bilder von seiner innigen Liebe zu den kühnen Menschen dieser Erde, den Fischern, Weinbauern, den ewig Armen und Ausgebeuteten, aber Unbeugsamen.

Italien hat einen Künstler verloren, der mit seiner Malerei die großen Traditionen eines Landes fortsetzte, das zur Wiege der Renaissance wurde, der Welt Riesen schenkte, deren Kunst heute noch der menschlichen Zivilisation als Gradmesser ihrer geistigen Errungenschaften dient.

Die Welt und die Menschheit haben einen Sänger verloren, der immer, auch in den finsternen Epochen der Geschichte den Menschen besang, seine körperliche und seelische Schönheit, seinen Drang nach Freiheit, nach Licht und weltweiter Brüderlichkeit.

Leben und Werk jedes echten Künstlers sind immer Freude für die Zeitgenossen und immer Lektion, Unterweisung für die Nachkommen, die jüngeren Brüder, für Kollegen und Gleichgesinnte.

Im Herzen eines solchen Künstlers lebt eine Liebe, zu groß, um darin Platz zu finden, immer bereit, auszubrechen als lebensspendender Quell unvergänglicher Schönheit und menschlicher Wärme. So war es bei Guttuso. Eben dieses erhabene Gefühl erhebt die von ihm geschaffenen Personen — Bauern, Bäuerinnen, Landarbeiter, Bergleute und Hirten. Sie schreiten dahin, Heugabeln und Hackmesser hoch erhoben, die rote Fahne entfaltet, streng und entschlossen, den Kampf mit den Mietlingen der Großgrundbesitzer aufzunehmen, ihr Recht auf das Stück Boden durchzusetzen, das sie der sonnen- durchglühten Ode abrang. Alle Kräfte angespannt, krallen sie sich in den felsigen Boden und füllen schwere Körbe voll mit giftigem Schwefel. Mit geballten

Fäusten stehen sie mit dem Rücken zur Wand vor einem vertierten Gegner, und scharlachrotes Blut tropft auf den Stein...

Charakteristisch für Guttuso ist, daß er nie darauf verzichtete, die soziale Zugehörigkeit seiner Personen selbst in den Bildtiteln zum Ausdruck zu bringen: „Bergmann“, „Steinmetz“, „Mädchen, die 'Internationale' singend“, „Zeitungslesender Arbeiter“, „Die Fischer Kalabriens“...

So bestimmt seine Ansichten und Vorlieben deklarierend, mußte der Künstler die Welt der Bourgeoisie und die in ihr herrschende Ungerechtigkeit herausfordern.

In den Kriegsjahren, als das faschistische Italien an der Seite Hitlers kämpfte, malte Renato Guttuso die enthüllende, von Protest erfüllte „Kreuzigung“, die hinter dem biblischen Gegenstand

„Mädchen, die 'Internationale' singend“



einen brennend aktuellen politischen bloßgelegten Inhalt zeigt. Unerbittlich klagt das Bild die Henkersknechte an.

In dieser Zeit trat Renato Guttuso in die Kommunistische Partei ein. Im Atelier des Künstlers war zwischen Staffeleien und Paletten die Druckerpresse der römischen Parteiorganisation versteckt, auf der die Genossen Flugblätter druckten, die zum Kampf gegen den Faschismus aufriefen.

Es ist nicht erstaunlich, daß Guttuso im Nachkriegsitalien die demokratischen Kräfte unter jungen Künstlern anleitete, die ihren Weg in der Kunst suchten, sich Moden widersetzen, die sich als aufdringliche Wellen von jenseits des Atlantik über das Land ergossen. Einer dieser Moden, dem Modernismus in seinen extremen Ausformungen, der Formspielereien zuliebe den Menschen negierte, seine geistige Welt und seine Psychologie, setzte Guttuso keine aus dem Tag geborene Agitationsposter entgegen, sondern die realistische scharfsinnige Aneignung der Wirklichkeit, einen satten Ausdruck des vollen Lebens in all seiner Vielfalt.

Dieser Ansatz erwies sich als weitaus ernsthafter, tiefer und wirksamer als jede plakative Propaganda. Auch davon gab es reichlich auf den Ausstellungen all dieser Jahre.

Wir haben es Guttuso zu verdanken, daß im Ringen echter Künstler mit dem Kommerz, im Ringen der Kunst mit dem Kapital, das die Schöpferkraft erdrückt, das Band zwischen fortschrittlichem Kunstschaffen und den Sehnsüchten von Millionen Werktätigen erstarkte.

Guttuso ging von uns. Seine Kunst ist mit uns und wird weiterhin unser Kampfgefährte bleiben.

Durch Wiederholung wird der Sinn dieser Worte verwischt. Aber sie bringen eine tiefe Wahrheit hervor. Wie die Sonne und das Brot seiner Malerei.

Griqori OGANOW

Igor Belanows

„Goldener Ball“

Keiner der Fußballkenner hätte vor einem Jahr gedacht, daß der Stürmer von Dynamo Kiew, Igor Belanow, eine der begehrtesten Trophäen des Fußballs in Europa und in der Welt — den „Goldenen Ball“ — holen wird. Diese Auszeichnung wird nach Auswertung einer Umfrage der führenden Fußballreporter Europas verliehen, die von der Wochenschrift „France-Football“ veranstaltet wird.

Igor Belanow (26), der nach der WM in Mexiko-Stadt die ganze Fußballwelt von sich sprechen ließ, konnte bedeutend mehr Punkte als der Engländer Gary Lineker sammeln, der den 2. Rang belegte. Zu den 10 besten Fußballern Europas gehörte 1986 noch ein Kicker aus Kiew — Alexander Sawarow.

Und der symbolischen Welt-Elf des Jahres 1986 (zusammengestellt von der italienischen „Gazzetta dello Sport“) gehört neben Igor Belanow auch der sowjetische Torhüter Rinat Dasajew an.

Belanow ist der dritte sowjetische Fußballer, der mit dem „Goldenen Ball“ ausgezeichnet wurde. 1963 ging dieser Preis an den legendären Torhüter von Dynamo Moskau und der Nationalelf der UdSSR, Lew Jaschin, und 1975 an Oleg Blochin.

Blochin und Belanow haben viel Gemeinsames in ihrem Schicksal. Beide konnten Spitzensportler werden in der Obhut eines der besten Trainer der Welt Valeri Lobanowski. Beide Fußballer sind vorzügliche Sprinter, die blitzschnell Höchstgeschwindigkeit erreichen können. Olegs und Igors atemberaubende Vorstöße sicherten oft den Erfolg.

Allerdings könnte kein auch noch so herausragender Stürmer all sein Können richtig präsentieren, wenn er nicht sofort von seinen Partnern verstanden würde. An den Kombinationen, die von Oleg Blochin



Foto: TASS

mit einem sicheren Treffer gekrönt wurden, beteiligte sich seinerzeit unbedingt auch Wladimir Muntian, der es verstand, den Ball auf eine Entfernung von Dutzenden von Metern exakt zu jenem Punkt zu kicken, wohin Blochin bereits eilte. Für Belanow „arbeiten“ heute gleich mehrere Mannschaftskameraden. Besonders zu erwähnen wäre Alexander Sawarow. Seine Finten verwirren oft die Verteidiger, die gegen ihn und Belanow spielen sollen. Berücksichtigt man, daß Sawarow dribbeln kann wie kein anderer und obendrein noch eine ganze Palette von heimtückischen Pässen aufzuweisen hat, so wird verständlich, weshalb Dynamo Kiew und die Nationalmannschaft der UdSSR während der Spielzeit 1986 so viel Lob verdient haben.

Ich will in keiner Weise den persönlichen Beitrag Igor Belanows zu den Erfolgen seines Klubs und der Nationalelf schmälern und ihm die Rolle

eines Ausführenden fremder Ideen zuweisen. Im Gegenteil. Belanow spinnt selber feine Kombinationen und steuert das Spiel, er kann zwei, ja drei Verteidiger binden und somit seinen Mannschaftskameraden Spielraum für eine Attacke schaffen. Nicht von ungefähr wird er von seiner Elf mit der Rolle des Elfmeter-Schützen betraut.

Mit dem Fußball begann es für Igor in Odessa, einer Stadt, wo schon vor der Revolution die ersten Fußballspiele hierzulande ausgetragen wurden. Die Einwohner von Odessa lieben diese Sportart und kennen sich darin aus. Zwar mußte die hiesige Mannschaft, Tschernomoretz, die Oberliga verlassen, doch darf man nicht außer acht lassen, daß dieser Fußballklub immer durch originelle Meister gegläntzt hat, deren Art zu spielen sogar in der Nationalmannschaft unverkennbar war (ein Beispiel — der bekannte Leonid Burjak, der ebenfalls,

seinerzeit von Tschernomoretz zu Dynamo Kiew überwechselte).

Igors Weg im Sport war nicht mit Rosen bestreut. Als kleiner Junge bat er um die Aufnahme in einen Fußballzirkel. Vergebens: zu klein und nicht schnell genug... Zum Heulen. In dieser Situation zeigte er zum ersten Mal seinen eisernen Charakter. Igor hörte mit dem Fußball nicht auf und spielte leidenschaftlich, zumal es in Odessa genug Wiesen und Rasen gibt.

Es vergingen einige Jahre, da machte er auf sich aufmerksam. Es folgte eine Einladung zu Tschernomoretz. Drei Jahre danach hatte ihn Lobanowski im Visier.

Bei Dynamo Kiew klappte das Spielen für Igor Belanow nicht sofort. Die Mannschaft insgesamt machte damals gerade eine Krise durch, setzte aber viel daran, ihr kämpferisches Potential wiederherzustellen. Sie suchte nach neuen Wegen im modernen Fußball. Lobanowski konnte die Rolle Belanows in der Mannschaft richtig erahnen. Er glaubte daran, daß der junge Sportler sowohl superhartes Training als auch die Last vorübergehender Mißerfolge ertragen können. Igor Belanow bewährte sich. Nunmehr ist die Zeit gekommen, da er aus dem Kiewer Klub wie aus der Nationalelf nicht mehr wegzudenken ist.

Der Inhaber des „Goldenen Balls“ ist bescheiden und wirkt sogar etwas scheu. Er hat nichts übrig für Interviews. Muß er aber mit Journalisten sprechen, so erzählt er lieber von seinen Mannschaftskameraden.

König Fußball hat von Belanow noch einiges zu erwarten. Lernet Igor, die Trefferchancen besser zu nutzen, so wird er eine neue Stufe in seiner Meisterschaft erreichen.

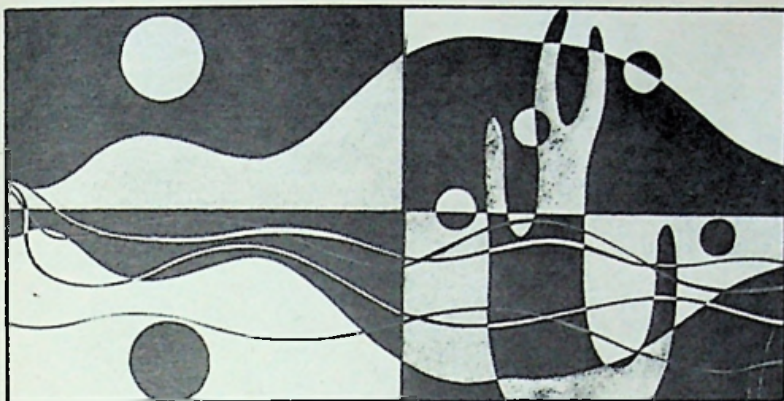
In diesem Jahr stehen Igor Belanow und seinen Kameraden schwere Kämpfe bevor: Im Februar geht es um den Europapokal im Spiel gegen Steaua (Bukarest), den Pokalinhaber, danach folgen die nächste Runde des Europapokals und Auswahlspiele für die EM'88 mit der sowjetischen Nationalelf.

A. TSCHAIKOWSKI

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung „Trud“ • Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache • Gedruckt in der Druckerei „Moskowskaja prawda“



Liu Nanping: „Die Natur, Mutter aller Dinge“



Zhang Jie:
„Flöte“

Zheng Xiuqian:
„Stadt am
Minjiang“

Wang Zhensuo:
„Bergdorf“



Eine Gabe des Qishubaums

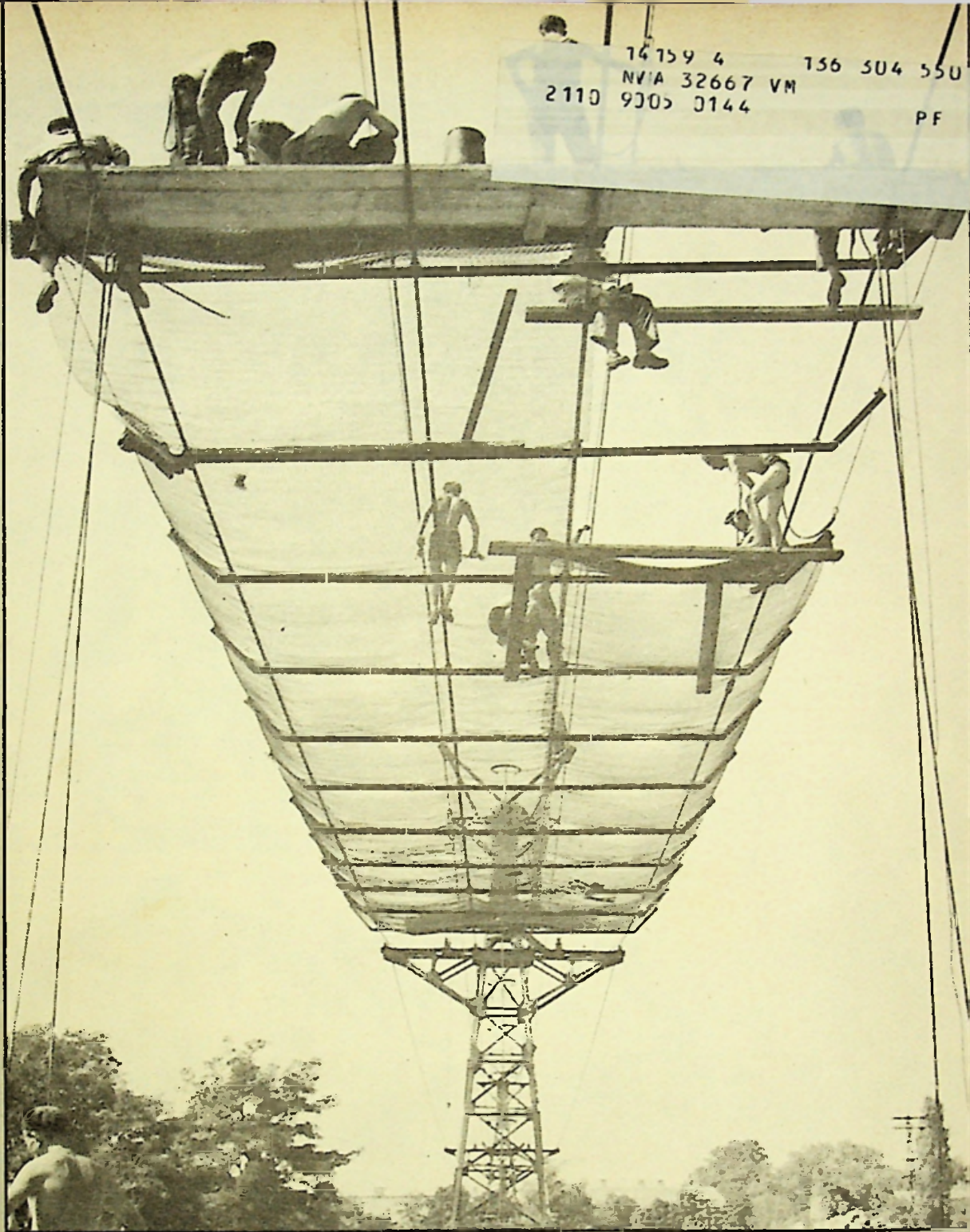
Harz in haltbare, federleichte Meisterwerke.

Gegen Mitte unseres Jahrhunderts erlebte die chinesische Lackarbeit eine Wiedergeburt, doch in Gestalt von Tafelgemälden. Moskauer und Gäste Moskaus konnten unlängst im Staatlichen Museum für orientalische Kunst auf einer Ausstellung „Die moderne chinesische Lackmalerei“ etwa 100 solche in den letzten Jahren entstandene Arbeiten bewundern. Sie verbinden die traditionelle Technik mit modernen Mitteln und einem modernen Stil. Die Chemie hat den Künstlern eine reichere Farbskala beschert und hat synthetische Lackarten entwickelt, die den natürlichen in nichts nachstehen. Holz, Aluminium, Eierschale, Goldstaub, Perlmutter, Ferrate — es gibt kaum einen Stoff, der mit der Gabe des Qishubaums nicht harmonierte.

Fotos: W. Panow

Lackarbeiten sind eine wahre Augenweide. Der Blick durchdringt gleichsam die undurchsichtige Oberfläche und erfreut sich am zarten Spiel der Licht-Schatten-Effekte und an den zarten Farben. In China sind Lackarbeiten seit 2000 Jahren v. u. Z. bekannt. Der Lack wurde aus dem zähen, giftigen Harz des Qishubaums gewonnen. Ehe er die kunstvollen Vasen, Wandschirme, Becher, Kästchen oder Möbel bildet, durchläuft er eine langwierige komplizierte Bearbeitung. Er wird grundiert, getrocknet und poliert. Zu besonderer Blüte gelangte diese Kunst unter der Ming-Dynastie (14.—17. Jh). Schnitzereien, feinste Malereien und Einlegearbeiten verwandelten das dickflüssige





Montagearbeiter

Lajos Tabak (Ungarn)



INTERNATIONALER WETTBEWERB

„MENSCH, MENSCHLICHKEIT, MENSCHHEIT“

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ